Anlage 1
zur Vorlage KT_29/2021

LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Beteiligungen des Landkreises

Bericht 2019

Beteiligungsmanagement

Beteiligungsbericht 2019
des Landkreises Ludwigsburg

Ausgearbeitet auf der Grundlage
der Prüfungs- und Geschäftsberichte

Herausgeber: Stabsstelle Beteiligungsmanagement

Beteiligungsmanager: Michael Jakob

Kontaktadresse: Stabsstelle Beteiligungsmanagement
Landratsamt Ludwigsburg
Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Tel: 07141 / 144-42140
Fax: 07141 / 144-399
E-Mail: Michael.Jakob@landkreis-ludwigsburg.de

Titelblatt

Bildquellen
AVL (Andreas Dalferth)
Fotolia.com (creyx)
Fotolia.com (satyrenko)

Vorwort zum Beteiligungsbericht 2019 des Landkreises Ludwigsburg

Eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wird außerhalb der Kernverwaltung des Landkreises Ludwigsburg durch privatwirtschaftliche Unternehmen, Zweckverbände und weitere Gesellschaften des öffentlichen Rechts erbracht. Trotz einer Ausgliederung der Aufgabenwahrnehmung aus der Kernverwaltung, bleibt die Verantwortung des Landkreises für die Aufgabenerfüllung und die damit verbundene Finanzverantwortung bestehen. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, Beteiligungsunternehmen so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird. Diese Aufgabe wird federführend von der Stabsstelle Beteiligungsverwaltung wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis zur Information aller Gremien und Kreiseinwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 % mittelbar beteiligt ist. Im Bericht soll jedoch ein umfassender Überblick über die Beteiligungspolitik gegeben werden, weshalb auch weitere wesentliche Beteiligungen aufgeführt werden.

Der vorliegende Bericht stellt die wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen transparent dar und schafft eine Bewertungsgrundlage für die Aufgabenerfüllung der Beteiligungen.

Im Beteiligungsbericht wird über die folgenden Beteiligungen des Landkreises informiert:

- Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
- Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
- Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
- Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
- Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
- ORTEMA GmbH
- Kliniken Service GmbH
- MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)
- ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)
- Komm.One AöR
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH
- Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH

Ergänzend zu den o.g. Beteiligungen werden auch die Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei den folgenden Zweckverbänden aufgenommen:

- Zweckverband Strohgäubahn
- Zweckverband Kreisbreitband

Die Darstellung der einzelnen Unternehmen im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2019 erfolgt mindestens nach den gesetzlichen Vorgaben. Alle Jahresabschlüsse der Gesellschaften sind geprüft und wurden von den entsprechenden Gremien genehmigt.

Ludwigsburg, im Juni 2021

Dietmar Allgaier
Landrat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Informationen zum Beteiligungsbericht 2019	6
Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH	8
Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	18
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	25
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	36
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	56
ORTEMA GmbH	69
Kliniken Service GmbH	81
MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)	86
RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	91
RKH Privatkliniken GmbH	95
ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)	98
Kleeblatt Pflegeheime gGmbH	101
Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH	105
Komm.One AöR	110
Zweckverband Strohgäubahn	113
Zweckverband Kreisbreitband	118

Anlagen

Anlage 1	Bilanz Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
Anlage 3	Bilanz Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
Anlage 4	Gewinn- und Verlustrechnung Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
Anlage 5	Bilanz Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
Anlage 6	Gewinn- und Verlustrechnung Regionale Kliniken Holding RKH GmbH
Anlage 7	Bilanz Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
Anlage 8	Gewinn- und Verlustrechnung Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
Anlage 9	Bilanz Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
Anlage 10	Gewinn- und Verlustrechnung Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
Anlage 11	Bilanz ORTEMA GmbH
Anlage 12	Gewinn- und Verlustrechnung ORTEMA GmbH
Anlage 13	Bilanz Kliniken Service GmbH
Anlage 14	Gewinn- und Verlustrechnung Kliniken Service GmbH
Anlage 15	Bilanz MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH
Anlage 16	Gewinn- und Verlustrechnung MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH
Anlage 17	Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
Anlage 18	Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung RKH Privatkliniken GmbH
Anlage 19	Kennzahlen im Überblick

Informationen zum Beteiligungsbericht 2019

Ausgliederung kommunaler Aufgaben

Der Landkreis Ludwigsburg ist an mehreren Unternehmen, die in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführt werden, beteiligt. Diese Unternehmen erfüllen kommunale Aufgaben für den Landkreis.

Mit der Errichtung von Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Verwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber beim Landkreis. Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften.

Inhalte des Beteiligungsberichts

Gemäß § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) hat der Landkreis zur Information des Kreistages und der Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis unmittelbar oder mit mehr als 50% mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Im Beteiligungsbericht wird für den Kreistag und die Öffentlichkeit dargestellt, welche öffentlichen Aufgaben die Unternehmen im vergangenen Jahr erfüllt haben und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen verlief.

Folgende Inhalte sind im Beteiligungsbericht darzustellen:

Gegenstand des Unternehmens
Hierunter versteht man den Bereich und die Art der Betätigung des Unternehmens, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung vereinbart wurden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Hier wird insbesondere darauf eingegangen, wie das Unternehmen den im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung festgelegten öffentlichen Zweck durch seine Geschäftstätigkeit verfolgt.

Beteiligungsverhältnisse
Bei diesem Punkt werden die Gesellschafter des Unternehmens und die Verteilung der Geschäftsanteile auf die Gesellschafter aufgeführt.

Beteiligungen des Unternehmens
Hier sollen diejenigen Beteiligungen aufgezeigt werden, die das betreffende Unternehmen selbst an anderen Unternehmen hält.

Besetzung der Organe
Die Besetzung der Organe ist vor dem Hintergrund der Kontrolle durch die Gebietskörperschaft wichtig. Hier wird aufgezeigt, wie der Landkreis in der Gesellschaftsversammlung sowie ggf. im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung vertreten ist.

Für das letzte Geschäftsjahr

- Grundzüge des Geschäftsverlaufs
- Lage des Unternehmens
- Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis
- Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres
  - Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen
  - Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
  - Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
    (Hierbei ist jedoch gemäß § 105 Abs. 2 Nr. 3 GemO der § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs anwendbar, wonach auf die Angabe der Gesamtbezüge verzichtet werden kann, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des jeweiligen Organs feststellen lassen).

Ist der Landkreis **unmittelbar mit weniger als 25%** beteiligt, kann sich die Darstellung auf folgende Punkte beschränken:

Gegenstand des Unternehmens

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Beteiligungsverhältnisse

Die Inhalte der jeweiligen Berichte zu den Beteiligungsunternehmen orientieren sich an den genannten Pflichtinhalten. Teilweise wurde jedoch aus Gründen der besseren Verständlichkeit sowie der Erhöhung des Informationsgehalts von der obenstehenden Untergliederung abgewichen.

Da in den Beteiligungsbericht gemäß § 105 Abs. 2 GemO nur Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts aufgenommen werden müssen, sind Beteiligungen an Zweckverbänden nicht zwingend im Beteiligungsbericht aufzuführen. Aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit sind die bedeutendsten Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei Zweckverbänden ebenfalls im Beteiligungsbericht mit aufgeführt.

Vorbemerkung zu Formulierungen im Beteiligungsbericht

Zur Verbesserung der Lesbarkeit wird in diesem Beteiligungsbericht ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie gilt gleichermaßen für alle Geschlechter.

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 30 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 144 49-200
E-Mail	info@avl-lb.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	1. Juli 1989

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfüllung der dem Landkreis Ludwigsburg obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall. Ferner ist die Gesellschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dazu berechtigt, eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben als Pflichtenübernehmer durchzuführen und sich darüber hinaus wirtschaftlich zu betätigen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die dem Landkreis obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall wurden erfüllt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 102.260 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	102.260	100

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	12.500	50

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung Landkreis Ludwigsburg*	Landrat Dr. Rainer Haas	
Geschäftsführung Geschäftsführer	Tilman Hepperle	
Aufsichtsrat Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
1. stv. Vorsitzender	Steffen Döttinger	
2. stv. Vorsitzender	Horst Stegmaier	
Mitglieder – CDU	Martin Ergenzinger	Stefan Leibfried
	Dr. Klaus Müller	Hans Schmid
	Horst Stegmaier	Rudolf Sickinger
Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger	Klaus Wharton
	Rainer Gessler	Michael Ilk
	Eberhard Zucker	Eberhard Weigele
Mitglieder – Grüne	Doris Renninger	Jürgen Walter
	Harald Wagner	Edda Bühler
	Michael Klumpp	Lidija Kalkofen
Mitglieder – SPD	Ernst Morlock	Stefanie Liepins
	Gerhard Jüttner	Robert Müller
Mitglieder – FDP	Volker Godel	Viola Noack
Vertreter der Arbeitnehmer	Andreas König	Jakob Barabosz
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht		
Die Linke	Peter Schimke	Andreas Frisch
AfD	Walter Müller	Andreas Schönberger (19.07.2019-11.11.2019)

Zum 19.07.2019 sind nachfolgende Personen aus dem Aufsichtsrat der AVL ausgeschieden: Albrecht Fischer, Reinhard Rosner, Thomas Wiesbauer (alle CDU), Joachim Wirth (SPD).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und ggf. Entschädigungen für Verdienstausfall) betrugen im Berichtsjahr 9.990,00 EUR (Vorjahr 17.700 EUR).
(Anmerkung: Die Sitzungsgelder für die Sitzungen des 2. Halbjahres 2019 in Höhe von 17.880 EUR wurden erst im Januar 2020 abgerechnet und fallen damit ins Geschäftsjahr 2020.)

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Die AVL ist zum einen für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall zuständig. Sie ist in diesem Bereich hoheitlich tätig und führt als Pflichtenübernehmer eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben im Auftrag des Landkreises Ludwigsburg durch. Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich des Alleingesellschafters Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt.

Darüber hinaus darf sich die AVL nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags auch wirtschaftlich betätigen. In diesen Bereichen ist die AVL privatwirtschaftlich tätig. Zu den privatwirtschaftlichen Leistungen zählt der privatwirtschaftliche Betriebsteil der Deponie Burghof, die gesamte Deponie Am Froschgraben, die Beteiligung an der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH und der Teilbereich der Dualen Systeme, für den die AVL ein pauschales Entgelt für Nebenleistungen, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, erhält. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

Für die Abfallwirtschaft im Landkreis ist neben der AVL auch der Fachbereich Abfallgebühren (FB 23) im Landratsamt Ludwigsburg zuständig. Der Fachbereich Abfallgebühren ist ausschließlich hoheitlich tätig und für die Gebührenkalkulation, die Abfallwirtschaftssatzung, die Veranlagung der Abfallgebühren und die Vollstreckung der Abfallgebühren zuständig.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Nachfrage nach Kapazitäten der Deponieklassen I bis II für die Ablagerung von mineralischen Abfällen war innerhalb des Verbands Region Stuttgart im Jahr 2019 erneut hoch, möglicherweise auch bedingt durch den trockenen Sommer, der die Binnenschifffahrt einschränkte und somit den Transport von Schüttgütern verteuerte. Es war erneut ein Anstieg an DK I-Abfällen zu verzeichnen. Wegen der in der Region Stuttgart nur noch begrenzt verfügbaren Ablagerungskapazitäten konnte das Entgeltniveau weiter angehoben werden.

Auch im Segment der unbelasteten DK 0-Abfälle – insbesondere Böden – gibt es eine erhebliche Nachfrage, die auch von den Steinbruchbetrieben im Landkreis im Zuge von deren Rekultivierungsauflagen allein nicht gedeckt werden kann. Inzwischen erfolgen "Abfallexporte" aus Baden-Württemberg hinaus. Dies unterstreicht das dringende Erfordernis – ergänzend zu den geringer werdenden DK 0-Kapazitäten der Deponie AM FROSCHGRABEN – der Schaffung weiterer Ablagerungs- und Entsorgungsmöglichkeiten für den unbelasteten Bodenaushub als Baustein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Gewerbe und Industrie im Landkreis Ludwigsburg sowie in der Region Stuttgart.

Am Erlass einer Mantelverordnung zur Änderung der Bundesbodenschutz-Verordnung sowie einer Ersatzbaustoffverordnung und der Deponieverordnung wird nun schon seit 14 Jahren gearbeitet. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass die Mantelverordnung von der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob als Konsequenz aus den geplanten Verordnungen der befürchtete deutliche Mehrbedarf an Deponievolumen entstehen wird. Die weitere Entwicklung wird durch die AVL

beobachtet, da dies erheblichen Einfluss auf das langfristige Deponiekonzept des Landkreises, insbesondere im Bereich der Deponieklasse I, haben kann.

In Zeiten knapper werdender Ressourcen bekommt die Wiedergewinnung von Produkten, Materialien und auch Energie aus Wertstoffen einen stetig wachsenden Stellenwert. Mittlerweile ist allgemein anerkannt, dass sich eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft nicht nur positiv auf Umwelt und Klima auswirkt, sondern auch finanzielle Vorteile bringen kann.

Das Kreislauf-Wirtschafts-Gesetz (KrWG) enthält keine klaren Vorgaben zur künftigen Ausgestaltung der Wertstofferfassung, sondern sieht dafür lediglich eine Verordnungsermächtigung vor. Ein Wertstoffgesetz, mit dem es eine bundesweite Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungsabfällen und stoffgleichen Nichtverpackungen hätte geben sollen, ist an den unterschiedlichen Interessen von privater Entsorgungswirtschaft und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) gescheitert. In der Folge wurde das Verpackungsgesetz auf den Weg gebracht, das am 01.01.2019 in Kraft getreten ist und eine 2-jährige Übergangsfrist hat. Für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der Verpackungen sind weiterhin die dualen Systeme zuständig. Die Sammlung ist auf die vorhandenen Sammelstrukturen der örE abzustimmen. Der örE kann gegenüber den dualen Systemen die Ausgestaltung der Sammlung bezüglich Art und Größe der Sammelbehälter und des Abholrhythmus festlegen.

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2012 eine Novelle zur Bioabfallverordnung erlassen. Die darin genannten Anforderungen an die Hygienisierung des Grüngutes von den Häckselplätzen haben eine wesentliche Weiterentwicklung des bisherigen Systems zur Grüngutverwertung erforderlich gemacht. Die Realisierung eigener Anlagen wurde durch unerwartete Probleme bei den Emissionsberechnungen für die Geruchsausbreitung erheblich behindert, so dass kostenaufwändige Dienstleistungen für die Hygienisierung des zerkleinerten Grüngutes genutzt werden müssen.

Im KrWG wurde ab 2015 die Pflicht zur flächendeckenden Getrenntsammlung von Biomüll eingeführt. Im Landkreis Ludwigsburg gibt es bereits seit 1997 eine flächendeckende Biomüllsammlung. Mit der Einführung eines wöchentlichen Abfuhrrhythmus im Sommerhalbjahr, einer starken Absenkung der Leerungsgebühren und weiteren, gezielten Aktionen in den vergangenen Jahren, konnte die Biomüllmenge auf nunmehr über 31.500 t gesteigert werden.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt mit 45.211 TEUR um 935 TEUR unter dem Vorjahreswert.
Die AVL konnte – wie schon in den Vorjahren – auch in 2019 weiter von der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitieren und Deponieerlöse von über 14.498 TEUR erzielen. Dabei konnten die Annahmeentgelte auf den Deponien gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht werden. So war es möglich, dass trotz einer Verringerung der Anliefermengen um ca. 1,5% die Erlöse um ca. 9% gesteigert werden konnten.

Durch Zuweisungen des Alleingesellschafters Landkreis Ludwigsburg werden, nach Abzug der durch die AVL selbst erwirtschafteten Erlöse und den separat erstatteten Wertstofferlösen, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr lagen diese Zuweisungen des Landkreises bei 24.740 TEUR und somit um 491 TEUR unter dem Vorjahreswert.

Investitionsbereich

Für das Geschäftsjahr waren ca. 4.542 TEUR für Investitionen veranschlagt, davon konnten nur 1.524 TEUR umgesetzt werden. Der größte Teil davon betraf mit 1.315 TEUR (Ersatz-)Beschaffungen des beweglichen Anlagevermögens, überwiegend für Maschinen und Geräte. Da die Genehmigungen zum Bau von Anlagen ausstehen, konnte ein Großteil der geplanten Investitionen im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden.

Die Gesamtsumme der Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Berichtsjahr beläuft sich auf 1.735 TEUR und liegt damit um 51 TEUR über dem Vorjahreswert.
Da die Investitionen der AVL im hoheitlichen Bereich durch Gesellschafterdarlehen finanziert und diese in Höhe der darauf anfallenden jährlichen Abschreibungsbeträge wieder getilgt werden, haben sich die bestehenden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis in 2019 weiter reduziert. Die übrigen Investitionen wurden aus Eigenmitteln der AVL finanziert.

Personal- und Sozialbereich

Im Berichtsjahr waren in der Verwaltung, auf den Deponien, den Wertstoffhöfen, im Gebrauchtwarenkaufhaus WARENWANDEL und in der Grüngutverwertung durchschnittlich 162 Mitarbeitende beschäftigt. Davon waren im Durchschnitt 38 geringfügig Beschäftigte, die den höheren Bedarf an Arbeitskräften an Samstagen auf den Wertstoffhöfen und Häckselplätzen abdecken.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in ihren jeweiligen Aufgabengebieten laufend fortgebildet. Schwerpunkte der Fortbildung im Jahr 2019 waren regelmäßige Seminare zu fachspezifischen und abfallwirtschaftlichen Themen, zur Arbeitssicherheit, zum betrieblichen Gesundheitsmanagement und zur kundenorientierten Kommunikation. Durch regelmäßige Schulungen befindet sich auch das Deponiepersonal auf dem neuesten Stand der (Deponie-)Technik.
Neben der Betreuung einer Studentin der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, die ihre dreijährige Ausbildung zum Bachelor of Science im Studiengang Sicherheitswesen mit Schwerpunkt Umwelttechnik an der Dualen Hochschule Karlsruhe und in der AVL absolviert, bildet die AVL zwei Fachkräfte für Kreislauf- und Abfallwirtschaft aus.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Seit nunmehr 19 Jahren hat die AVL die Entsorgungspflicht für mineralische Abfälle des Verbands Region Stuttgart (VRS) inne. Für den Landkreis Ludwigsburg besteht diese Übertragung seit 1999, also bereits seit 20 Jahren. Damit ist die AVL entsorgungspflichtig für die mineralischen Abfälle einer Region mit ca. 2,7 Mio. Einwohnern und damit 25% der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Diese Region entspricht zwar nur 10% der Fläche des Landes, jedoch werden hier 30% der gesamten Wirtschaftsleitung Baden-Württembergs erzielt. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat der Verlängerung dieser Übertragung um weitere 5 Jahre, also für den Zeitraum 2020-2024, zugestimmt.

Die Bundesregierung hat den Atomausstieg beschlossen, das ist auch in Baden-Württemberg spürbar. Die EnBW als Betreiber hat u. a. mit dem Rückbau von Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) begonnen. Für die AVL-Deponien BURGHOF und AM FROSCHGRABEN bedeutet dies, dass in den nächsten Jahren in Summe etwa 3.350 t zweckgerichtet freigegebene mineralische Abfälle der Deponieklassen I und II beseitigt werden müssen. Das Vorhaben sorgt in der Bevölkerung – insbesondere in den Standortgemeinden Schwieberdingen und Vaihingen/Enz – für Vorbehalte und Ängste. Die AVL hat sich dazu entschlossen, das

ÖKO-Institut e.V. als kerntechnischen Sachverständigen mit der Beratung, Durchführung und Protokollierung von Messungen sowie der Erstellung der Jahresberichte zu beauftragen. Die vom ÖKO-Institut erstellten Jahresberichte werden auf der Homepage der AVL veröffentlicht.

Der im Landkreis anfallende Biomüll wird seit Oktober 2019 in einer Vergärungsanlage behandelt. Nachdem die Projektgesellschaft Biogutvergärung Bietigheim GmbH (BVB) im Landkreis Ludwigsburg keinen Standort für eine Anlage finden konnte, hat sich ein Standort in Westheim (Rheinland-Pfalz) aufgetan.

Eine Sortieranalyse in 2017 hat ergeben, dass die Biomüllqualität mit einem Fremdstoffgehalt von 2,7 Gewichts-% nur mittelmäßig ist. Für die Erzeugung von hochwertigem Kompost und um die künftig strengeren Grenzwerte einhalten zu können, soll der Gehalt an Fremdstoffen auf 1 Gewichts-% reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden seit November 2019 mit zusätzlichen Mitarbeitern die Biotonnen gesichtet, die Bürger beraten und auf eine bessere Sortierung hingewiesen. Falsch befüllte Biotonnen erhalten zunächst einen gelben Anhänger, werden aber geleert. Wiederholt falsch befüllte oder mit Restmüll befüllte Biotonnen werden dann nicht mehr geleert und bekommen einen roten Anhänger. Die Berechnung einer Sonderleerungsgebühr für falsch befüllte Biotonnen ist im Jahr 2020 vorgesehen. Parallel dazu wird mit einer Biomüll-Kampagne verstärkt Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Dazu gehören u. a. Informationsveranstaltungen auf Marktplätzen und vor Supermärkten, sowie Plakatwände und Info-Broschüren. Wegen der Corona-Pandemie wurden die geplanten Aktionen in die 2. Jahreshälfte 2020 verschoben.

Seit Jahren weisen die Wertstoffhöfe steigende Anlieferzahlen und Anliefermengen auf. Deshalb wurde das "Wertstoffhof-Konzept 2025" zum Ausbau eines leistungsfähigen und zukunftsorientierten Wertstoffhof-Netzes entwickelt. Als Alternative für den viel zu kleinen Standort Ludwigsburg-Tammerfeld, auf dem sich sowohl das Gebrauchtwarenkaufhaus WARENWANDEL als auch der Wertstoffhof befinden, konnte in der Nähe ein größeres Gelände mit mehreren Gebäuden gepachtet werden. Die erforderlichen Bauleistungen für den neuen Wertstoffhof wurden ausgeschrieben, der Baubeginn ist für Mai geplant, so dass der Wertstoffhofbetrieb voraussichtlich im Herbst 2020 beginnen wird.
Sobald der Wertstoffhof auf das neue Gelände umgezogen ist, steht dem WARENWANDEL die gesamte Fläche am Standort Ludwigsburg-Tammerfeld zur Verfügung. Das Konzept des Gebrauchtwaren-Kaufhauses WARENWANDEL – die aktive Abfallvermeidung – kann dann fortentwickelt und Optimierungen umgesetzt werden.

Die Marktpreise für Wertstoffe sind aufgrund des Importstopps von China bei verschiedenen Abfall- / Wertstofffraktionen stark unter Druck geraten. Dies betrifft vor allem die Erlöse für das gesammelte Altpapier aus der grünen Tonne, hat aber auch Auswirkungen auf die Erlössituation bei den Elektroaltgeräten. Inzwischen sind bei den Sammelgruppen Kühlgeräte, Monitore und TV-Geräte die Kosten höher als die zu erzielenden Erlöse. Aus diesem Grund wurde nur noch die Verwertung von Elektrogroß- und -kleingeräten ausgeschrieben und vergeben. Die anderen Sammelgruppen werden von der Stiftung Elektro-Altgeräte-Register (EAR) übernommen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr waren in der Verwaltung, auf den Deponien, den Wertstoffhöfen, im Gebrauchtwarenkaufhaus Warenwandel und in der Grüngutverwertung durchschnittlich beschäftigt:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt	162	156
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	38	37

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist ein Anlagevermögen zum 31.12.2019 in Höhe von 15.477 TEUR aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 69 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 1.099 TEUR und die Guthaben bei Kreditinstituten auf 15.016 TEUR. Die Forderungen gegen Gesellschafter haben sich um 1.498 TEUR auf 7.798 TEUR verringert, der Bestand an flüssigen Mitteln des Umlaufvermögens um 727 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss 2019 in Höhe von 17 TEUR erhöht und um die Gewinnausschüttung des Geschäftsjahres 2018 (6.500 TEUR) verringert. Der Bestand der Rückstellungen hat sich um 6.897 TEUR auf nunmehr 29.869 TEUR erhöht. Der größte Posten dabei sind die Rückstellungen für die künftigen Nachsorgeverpflichtungen der beiden privatwirtschaftlich betriebenen Deponien, die um 8.338 TEUR auf nunmehr 28.668 TEUR deutlich erhöht wurden. Dies ist ursächlich auf die drastisch gestiegenen Kosten für die Nachsorgeverpflichtungen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten haben sich um 851 TEUR verringert. Dabei haben die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 1.483 TEUR und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 298 TEUR abgenommen.

Stille Reserven und stille Lasten sowie nicht betriebsnotwendiges Inventar und außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente waren im Berichtszeitraum nicht vorhanden. Branchenbezogene Kennzahlen zur Vermögensstruktur werden intern angewendet.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die liquiden Mittel um 745 TEUR erhöht, was zu einem Stand des Finanzmittelfonds von 15.034 TEUR zum Jahresende führte.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich vom Alleingesellschafter Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

In der Theorie ergibt sich folgender Zusammenhang: sinkt der Zuweisungsbedarf bei gleichbleibenden sonstigen Erträgen, so ist dies ein Indikator für eine erfolgreiche Kosteneinsparung. In der Realität werden jedoch stets Veränderungen an allen oben genannten Stellgrößen auftreten, welche die Beurteilung der Ertragslage zu einem komplexen Sachverhalt machen.

- Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt bei 45.211 TEUR und damit um 935 TEUR unter dem Vorjahreswert.
- Die Aufwendungen für "Fremdleistungen, Entsorgung und Deponien" sind gegenüber dem Vorjahr um 1.312 TEUR gesunken.
- Der Personalaufwand ist, bedingt durch die höhere Mitarbeiterzahl, um 346 TEUR gestiegen.
- Die Abschreibungen liegen um 51 TEUR über dem Vorjahresniveau.
- Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Geschäftsjahr um 7.625 TEUR deutlich gestiegen, vor allem wegen der um 7.333 TEUR gegenüber dem Vorjahr höheren Zuführung zu den Rückstellungen für künftige Nachsorgekosten.

Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	0,33	15,78	– 15,45%
Anlagendeckung I in %	0,89	41,45	– 40,56%
Anlagendeckung II in %	31,82	72,78	– 40,96%
Liquiditätsgrad in %	336,24	307,91	+28,33%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen erfolgt in den Anlagen)

Die Finanzkennzahlen liegen deshalb so deutlich unter dem Vorjahr, weil auf Basis des aktualisierten Gutachtens über die künftigen Nachsorgekosten der Deponie der Zuführungsbedarf zu den Rückstellungen deutlich angestiegen ist. Im Geschäftsjahr 2019 konnte deshalb nur ein – gegenüber dem Vorjahr – reduzierter Gewinn erzielt werden.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Durch die erforderliche (Neu-)Ausschreibung und Vergabe von Verträgen im (europaweiten) Wettbewerb ist es der AVL in den früheren Jahren regelmäßig gelungen, Kostensenkungspotenziale zu realisieren. In den letzten Jahren hat sich der Wettbewerb abgeschwächt und es ist festzustellen, dass im Bereich der Abfallwirtschaft eine Marktkonzentration auf wenige, große Konzerne stattfindet. Teilweise geben nur noch wenige, überregional tätige Firmen Angebote ab und die Jahreskosten von neu ausgeschriebenen Verträgen steigen zum Teil deutlich an. Im Ergebnis sind die abfallwirtschaftlichen Leistungen im Landkreis Ludwigsburg – auch im regionalen Vergleich – in den meisten Fällen noch auf einem betriebswirtschaftlich vernünftigen und konkurrenzfähigen Preis-Leistungs-Niveau. Dennoch werden vor diesem Hintergrund Überlegungen angestellt, bisher fremdvergebene Leistungen zukünftig wieder selbst zu erbringen. Darüber hinaus führen zusätzliche gesetzliche Vorgaben zu weiteren Kostenbelastungen für die Gebührenzahler, so dass im Ergebnis mit einem weiter steigenden Gebührenbedarf in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Die ständige Verschärfung von Regelungen für Deponiebetriebe erhöht das Maß an Verantwortung für die handelnden Personen. Bei umsichtiger Wahrnehmung dieser Verantwortung bestehen hierin jedoch auch Chancen, solange es gelingt, die verantwortlichen Mitarbeiter auf einem hohen Kenntnisstand zu halten, damit einen Knowhow-Vorsprung vor anderen Betreibern zu wahren und frühzeitig Änderungen der Rechtsgrundlagen sowie betriebsrelevanter Informationen zu erkennen. Deshalb entsendet die AVL auch weiterhin Mitarbeiter in Fachgremien und wirkt in nationalen Branchen-Netzwerken mit.

Der Bundesgesetzgeber wendet die Industrie-Emissionen-Richtlinie der EU (IED-Richtlinie = Industrial Emissions Directive) auch für die Deponiebetriebe an. Damit sind neben den vorhandenen Berichtspflichten neue Kontrollmechanismen seitens der Aufsichtsbehörden entstanden. Im Zuge der nun regelmäßigen "IED-Begehungen" der Aufsichtsbehörde und der Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt ein intensiver Abgleich der Betriebspraxis mit den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben. Dies sichert einerseits ein hohes Maß an Rechtssicherheit des täglichen Betriebes, führt andererseits aber auch zu weiter gestiegenem Aufwand, insbesondere bei der Kontrolle der angelieferten Abfälle, der Dokumentation und dem betrieblichen Monitoring.

Deponie AM FROSCHGRABEN

Die DK 0-Kapazitäten werden voraussichtlich in 2021 verfüllt sein. Sofern die DK I-Kapazitäten auch für DK 0-Abfälle benutzt werden, verkürzt das die Restlaufzeit der Deponie. Ggf. wird ab ca. 2022 der Deponieabschnitt VI mit einer Kapazität von rund 110.000 m³ errichtet. Das entspricht aber nur einer weiteren Verfüllzeit von etwa vier Jahren.
Die Planungsarbeiten zur qualifizierten Oberflächenabdichtung der ersten Abschnitte wurden bereits aufgenommen. Ziel ist es, im Jahr 2020 den Genehmigungsantrag einzureichen.
Die Deponie AM FROSCHGRABEN wird in der Bevölkerung kritisch beobachtet. Um die Kommunikation zu verbessern, wird – neben dem Austausch mit dem Deponieausschuss der Standort-Gemeinde Schwieberdingen – seit 2018 zweimal im Jahr der offene Dialog mit der "Interessengemeinschaft Deponien Froschgraben Schwieberdingen und Burghof Horrheim" gesucht.

Die begrenzten DK 0-Kapazitäten der Deponie AM FROSCHGRABEN, sowie die generell angespannte Deponiesituation in Baden-Württemberg führen dazu, dass die Deponiebetreiber ihr Einzugsgebiet immer weiter einschränken und die Entsorgungsentgelte deutlich steigen. Das gilt auch für die Deponie AM FROSCHGRABEN. Dieser Preisanstieg führt einerseits dazu, dass die Mengen zur Beseitigung rückläufig sind und mehr Mengen – wie es der Gesetzgeber in seiner Abfallhierarchie vorgibt – verwertet werden. Andererseits fördern sie den Abfalltransport in weiter entferne Regionen. In diesem Zusammenhang hat die AVL die Beseitigung von 50 bis 55.000 Jahrestonnen an DK 0-Abfällen für einen Zeitraum von 2022 bis 2029 im Teilnahmewettbewerb ausgeschrieben und im März 2020 vergeben.

Deponie BURGHOF

Auf der Deponie BURGHOF wurden die Bauarbeiten zur Einrichtung von vier Monoflächen im Winter 2018 / 2019 abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat der AVL-Aufsichtsrat Einschränkungen bei der Annahme von Abfällen beschlossen, so dass die ursprünglich geplanten Abfälle wie PFT-haltige Böden und PAK-Abfälle nicht mehr oder nur noch in geringem Maße zur Verfügung stehen. Daher wurde im Jahr 2019 für diese Monoflächen eine Änderungszeige beim Regierungspräsidium Stuttgart gestellt. Die Genehmigung wird im Laufe des Jahres 2020 erwartet.

Deponie HAMBERG (Beteiligungsquote 50%)

Die Bauarbeiten auf dem Deponieabschnitt V konnten 2018 abgeschlossen werden. Damit sind die technischen Voraussetzungen für den Betrieb in den kommenden Jahren gegeben.
Die Planungen zum Ausbau des letzten Abschnitts V/4 wurden Ende 2018 aufgenommen, der Bau ist für 2020 / 2021 vorgesehen. Der Ausbau des Abschnitts V/4 bringt wegen der Hanglage jedoch nur wenig Entsorgungsvolumen, daher arbeitet die HDG mit Hochdruck an einer Deponieerweiterung. Der Antrag dazu soll noch im Jahr 2020 gestellt werden.
Daneben plant die HDG im Auftrag des Enzkreises auch die Oberflächenabdichtung der älteren, früher mit Restmüll verfüllten Deponieabschnitte I - IV.

Die HDG ist seit Jahren im Entsorgungsmarkt etabliert und hat sich einen festen Platz als eigenständiges und erfolgreiches Projekt der AVL erarbeitet. Die knappe Restkapazität der Deponie HAMBERG machte es erforderlich, ab dem Jahr 2019 die Abfallannahme stark auf die Zuständigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers zu beschränken. Eine Entlastung dieser Situation wird erst die geplante Deponieerweiterung bringen.

Zusammenwirken von BURGHOF und HAMBERG

Das Zusammenspiel der Deponiebetriebe BURGHOF und HAMBERG im nunmehr neunten Jahr hat sich bestens bewährt und ist nach wie vor ein Gewinn für die Kunden sowie die beiden Gesellschafter.
Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Deponie HAMBERG wurde vom Aufsichtsrat der AVL beschlossen, dass die Deponie BURHGOF ihre Entsorgungskapazität für die öffentlich-rechtlichen Abfallmengen der Deponie HAMBERG zu Verfügung stellt, sollte der bereits ausgebaute Deponieabschnitt V verfüllt sein, bevor die Deponieerweiterung fertiggestellt und nutzbar ist. Somit ist die Entsorgungssicherheit unterbrechungsfrei gewährleistet.

Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hamberg 4 75433 Maulbronn
Telefon	(07141) 144 49-215 (GF in Verwaltungsstelle AVL)
E-Mail	deponien@hdg-maulbronn.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	21.07.2010

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Abfalldeponien, insbesondere der in Maulbronn gelegenen Deponie HAMBERG zur Erfüllung der Entsorgungspflichten des Enzkreises und des Landkreises Ludwigsburg.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Der Betrieb der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH erfüllt vor allem die Entsorgungspflichten des Enzkreises, unterstützt aber auch die AVL in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Mit dem gemeinsamen Betrieb von drei Deponien durch die AVL werden zudem verschiedene Synergieeffekte erzielt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
AVL GmbH	12.500	50
Enzkreis	12.500	50

Beteiligungen des Unternehmens

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Für die AVL GmbH	Tilman Hepperle	
Für den Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Tobias Mertenskötter	
Geschäftsführer	Karl-Heinz Zeller	
Beirat		
Vorsitzender	Landrat Bastian Rosenau	
Stv. Vorsitzender	Tilman Hepperle	
Vertreter der AVL		
Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger	---
	Rainer Gessler**	---
Mitglieder – CDU	Horst Stegmaier	---
	Martin Ergenzinger*	---
Mitglieder – Grüne	Harald Wagner	---
	Doris Renninger*	---
Mitglieder – SPD	Gerhard Jüttner	---

Mitglieder – FDP	Volker Godel**	
Gäste ohne Stimmrecht mit Rederecht		
Die Linke	Peter Schimke	
AfD	Walter Müller	
Vertreter des Enzkreises		
Mitglieder – Freie Wähler	Udo Kleiner	---
	Klaus Riekert	---
Mitglieder – CDU	Kurt Ebel	---
Mitglieder – Grüne	Pina Stähle	---
Mitglieder – SPD	Thomas Knapp	---
Gäste ohne Stimmrecht mit Rederecht		

FDP	Frank Schneider	---
AfD	Bianca Schauer	
Vertreter der Stadt Maulbronn Bürgermeister	Andreas Felchle	---

* Herr Martin Ergenzinger ist bis zum 31.12.2021 Beirat. Zum 01.01.2022 übernimmt Frau Doris Renninger diesen Sitz. Herr Ergenzinger ist weiterhin Gast im Beirat.

** Herr Volker Godel ist bis zum 31.12.2021 Beirat. Zum 01.01.2022 übernimmt Herr Rainer Gessler diesen Sitz und Herr Godel ist Gast im Beirat.

Die o.g. Besetzung des Beirates entspricht der Besetzung nach der Kommunalwahl im Mai 2019. In der Sitzung des Kreistages des Enzkreises am 25.07.2019 wurde über die durch den Enzkreis zu entsendenden Mitgliedern beschlossen. Der Aufsichtsrat der AVL hat in seiner Aufsichtsratssitzung am 15.10.2019 über die zu entsendenden Mitglieder beschlossen.

Zum 15.10.2019 sind folgende Vertreter der AVL aus dem Beirat ausgeschieden:
Albrecht Fischer, Reinhard Rosner (alle CDU), Joachim Wirth (SPD).

Zum 25.07.2019 sind folgende Vertreter des Enzkreises aus dem Beirat ausgeschieden:
Karlheinz Schühle (Freie Wähler), Hans Vester (SPD), Volker Siedentopf (Grüne),
Karl Retter (FDP).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Beirat (Sitzungsgelder einschließlich Fahrtkosten) betrugen im Berichtsjahr 8.325,00 € (Vorjahr: 7.200,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist eine Kooperationsgesellschaft der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH und des Enzkreises. Die beiden Partner sind im Sommer 2010 die Kooperation mit dem Ziel eingegangen, die Restverfüllung der Deponie HAMBERG bei Maulbronn in deren Deponieabschnitt V und dessen anschließende Stilllegung und Nachsorge zu betreiben. Die HDG führt auch den Stilllegungs- und Nachsorgebetrieb der Deponieabschnitte I bis IV der Deponie HAMBERG.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Der Bundesgesetzgeber wendet inzwischen die Industrie-Emissionen-Richtlinie der EU (IED-Richtlinie = Industrial Emissions Directive) auch für die Deponiebetriebe an. Damit sind neue Kontrollmechanismen seitens der Aufsichtsbehörden entstanden. Im Zuge der nun regelmäßigen "IED-Begehungen" und der anschließenden Veröffentlichung der Berichte, erfolgt ein intensiver Abgleich der Betriebspraxis mit den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben. Dies führt zu weiter gestiegenem Aufwand bei der Kontrolle, der Dokumentation und dem betrieblichen Monitoring.

Am Erlass einer Mantelverordnung zur Änderung der Bundesbodenschutzverordnung sowie einer Ersatzbaustoffverordnung und der Deponieverordnung arbeitet das Bundesumweltministerium nun schon seit 15 Jahren. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass die Mantelverordnung von der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Für den Deponiebetrieb war der Fortschritt im weiteren Ausbau des Deponieabschnittes V von Bedeutung. Die Gesamtbaumaßnahme wurde im Jahr 2017 fertiggestellt. Die abfallrechtliche Abnahme wurde in zwei Schritten erteilt, Teil eins im Herbst 2017 und Teil zwei im Frühjahr 2018.

Bei Gründung der HDG wurde für die Verfüllung des Deponieabschnittes V ein Zeitraum von 10 Jahren prognostiziert. Der Enzkreis als Gesellschafter der HDG hat laut Kooperationsvertrag die Möglichkeit, für die letzten 25% des Verfüllvolumens zu entscheiden, ob die Restverfüllung weiterhin durch die HDG oder durch den Enzkreis in Eigenregie erfolgen soll. Der Kreistag des Enzkreises hat im Berichtsjahr unter der Bedingung, dass bei Verzögerungen der geplanten Deponieerweiterung um einen neuen Abschnitt VI erneut abgestimmt werden soll, beschlossen, die HDG mit der weiteren Verfüllung zu beauftragen. Deshalb wurden die Planungen zum Ausbau des Abschnittes V/4 und die Erweiterung der Deponie um den neuen Abschnitt VI intensiviert. In diesem Zusammenhang hat der Aufsichtsrat der AVL beschlossen, die Entsorgungskapazität der Deponie BURGHOF für die öffentlich-rechtlichen Abfallmengen der Deponie HAMBERG zur Verfügung zu stellen, sofern es zwischen der Fertigstellung der beiden Deponieabschnitte und dem Verfüllende der bereits ausgebauten Deponieabschnitte zu einer zeitlichen Lücke kommen sollte. Somit ist eine kontinuierliche Entsorgungssicherheit für den Enzkreis als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gewährleistet.

Die HDG ist auch für die Stilllegung der ehemals mit Restmüll verfüllten Altbereiche der Deponie HAMBERG zuständig. Nach der Ertüchtigung des Entgasungssystems wurde im Oktober 2015 ein kleiner Gasmotor in Betrieb genommen, der inzwischen die Deponieeinrichtungen der HGD mit elektrischer Energie versorgt und den Überschuss ins Stromnetz einspeist. Die Planungen für die Oberflächenabdichtung der Altbereiche wurden im Jahr 2019 weiter fortgeführt. Bedingt durch die anstehende Baumaßnahme musste das Oberflächenwasserkonzept überarbeitet werden, da sich mit dem Bau der Oberflächenabdichtung das Verhältnis von Sickerwasser zu Oberflächenwasser verändern wird. Als Resultat dieser Überarbeitung wurde die Baumaßnahme "Regenrückhaltebecken, Stauraumkanal und Zufahrt" im Berichtsjahr fertiggestellt.

Im Zusammenhang mit dem anstehenden Bau der Oberflächenabdichtung wurden Larven des Hirschkäfers entdeckt. Die Thematik "Hirschkäfer" hat die HDG in 2019 intensiv beansprucht, da die Larven des Hirschkäfers umgesiedelt werden müssen, bevor die Arbeiten beginnen können.

Umsatz und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 wurden insgesamt 70.306 t mineralische Abfälle angeliefert. Davon waren 40.136 t DK II-Abfälle und 11.137 t Abfälle, die als Ersatzbaustoffe verwendet wurden. Die Ersatzbaustoffe reduzieren zwar die spezifischen Erlöse, tragen jedoch wesentlich zu Einsparungen bei, da ansonsten Primärbaustoffe mit entsprechender Kostenbelastung verwendet werden müssten.

Die Deponieerlöse in 2019 betrugen 3.255 TEUR. Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge – inklusive der darin enthaltenen Zuweisungen des Enzkreises – lag bei 5.067 TEUR. Durch diese Zuweisungen werden, nach Abzug der durch die HDG selbst erwirtschafteten Erlöse, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr 2019 betrugen diese Zuweisungen des Enzkreises im Gebührenbereich 84 TEUR und im Nachsorgebereich 1.239 TEUR.

Investitionsbereich

Für das Berichtsjahr waren im Investitionsplan insgesamt 1.406 TEUR veranschlagt, größtenteils für den weiteren Ausbau der Ablagerungsflächen im Deponieabschnitt V, den neuen Abschnitt VI, die Verlegung der Zufahrtsstraße im Rahmen dieser Bauarbeiten sowie für das

bewegliche Anlagevermögen. Davon wurden im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 893 TEUR umgesetzt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Durch Neuzugänge oder das Ausscheiden von Arbeitnehmer/innen innerhalb des Jahres können sich Bruchteile bei der Zahl der Arbeitnehmer ergeben, da die jeweilige Anzahl zum Ende des Quartals als Berechnungsgrundlage dient.

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt	3,5	3,5
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	2,0	2,0

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

Die Gesellschaft beschäftigt – neben den beiden Geschäftsführern – noch zwei weitere Arbeitskräfte. Dabei handelt es sich um einen Maschinisten und einen Mitarbeiter an der Waage. Darüber hinaus erbringen die Mitarbeiter der AVL und des Enzkreises Leistungen für die HDG, die nach festgelegten Stundensätzen der HDG in Rechnung gestellt werden. Diese fremdbezogenen Personalkosten belaufen sich im Berichtsjahr auf 4.675 Einsatzstunden mit insgesamt 261 TEUR.

Lage des Unternehmens

Vermögens- und Finanzlage

Der Enzkreis hat einen Pachtvertrag mit der Stadt Maulbronn über die Deponiefläche. Gemäß dem Unterpacht- und Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der HDG und dem Enzkreis übernimmt die HDG die daraus resultierenden regelmäßigen Pachtzahlungen von jährlich 180 TEUR an die Stadt Maulbronn. Darüber hinaus hat der Enzkreis zum Betriebsbeginn der HDG die schon vorbereiteten Deponieflächen für einen jährlichen Pachtbetrag von weiteren 296 TEUR zur Verfügung gestellt. Somit betragen die vertraglichen Pachtzahlungen der HDG insgesamt 476 TEUR pro Jahr.

Die Verbindlichkeiten betrugen zum Stichtag 1.142 TEUR, davon aus Lieferungen und Leistungen 83 TEUR, gegenüber Gesellschaftern 767 TEUR und weitere 292 TEUR für sonstige Verbindlichkeiten.

Im Berichtszeitraum wurden Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten sowie für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in Höhe von 24 TEUR gebildet. Für die spätere Nachsorge des privatwirtschaftlichen Deponieabschnittes V wurden im Berichtsjahr 1.171 TEUR den Rückstellungen zugeführt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist im Anlagevermögen zum 31.12.2019 Sachanlagen in Höhe von 2.379 TEUR aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 8 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistung auf 213 TEUR und gegen Gesellschafter auf 1.574 TEUR. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen 3.849 TEUR.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die HDG für ihre Leistungen im Gebühren- und Nachsorgebereich vom Enzkreis ein kostendeckendes Entgelt. Der Zuweisungsbedarf im Nachsorgebereich beträgt im Berichtsjahr 1.239 TEUR und im Gebührenbereich 84 TEUR. Im privatwirtschaftlichen Bereich, der die Verfüllung des Deponieabschnittes V beinhaltet, ist die Gesellschaft dagegen für die Wirtschaftlichkeit selbst verantwortlich und muss mindestens ihre Kosten durch die Erlöse decken.

Die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 lässt sich anhand der nachstehenden Sachverhalte besser verdeutlichen:

- Die Erlöse aus der Deponieverfüllung liegen bei 3.255 TEUR.
- Der "Aufwand Fremdleistungen, Entsorgung, Deponien" besteht weitgehend aus Fremdleistungen und beläuft sich auf 1.532 TEUR. Davon sind 1.089 TEUR auf Kosten für Deponiebaumaßnahmen, schwerpunktmäßig ein Regenrückhaltebecken und einen Stauraumkanal, entfallen. Des Weiteren sind die von den Mitarbeitern der AVL und des Enzkreises für die HDG erbrachten Arbeitsleistungen, die nach den festgelegten Stundensätzen an die HDG weiterberechnet werden, in Höhe von 261 TEUR enthalten.
- Der Personalaufwand beträgt 129 TEUR.
- Die Abschreibungen betragen 871 TEUR.
- Der Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist geprägt durch die bereits erwähnte Pacht mit insgesamt 476 TEUR und die Zuführung zu den Rückstellungen für die spätere Nachsorge der privatwirtschaftlichen Deponieabschnitte mit 1.171 TEUR. Die Kosten für Instandhaltung und Wartung belaufen sich auf 82 TEUR, für Betriebsstoffe auf 50 TEUR und für externe Beratungskosten auf 139 TEUR.
- Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 354 TEUR erzielt.

Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	10,65	41,18	– 30,53%
Anlagendeckung I in %	36,68	130,79	– 94,11%
Anlagendeckung II in %	68,37	188,86	– 120,49%
Liquiditätsgrad in %	803,97	496,80	+ 307,17%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen erfolgen in den Anlagen)

Die Finanzkennzahlen liegen deshalb so deutlich unter dem Vorjahr, weil auf Basis des aktualisierten Gutachtens über die künftigen Nachsorgekosten der Deponie der Zuführungsbedarf zu den Rückstellungen deutlich angestiegen ist. Im Geschäftsjahr 2019 konnte deshalb nur ein – gegenüber dem Vorjahr – reduzierter Gewinn erzielt werden.

Ausblick

Die umweltverträgliche Städteplanung macht es im Verdichtungsraum des Mittleren Neckars sowie in den Stadtgebieten Pforzheim und Karlsruhe weiterhin erforderlich, dass bei der Erschließung neuer Bauprojekte häufig Bestandsflächen genutzt werden müssen. Daraus folgt regelmäßig auch ein Entsorgungsbedarf für mineralische Abfälle mit DK II-Belastungen. Unverändert hat die Deponie HAMBERG mit dem verkehrsgünstigen Anschluss an die B 35 einen Standortvorteil gegenüber den Wettbewerbern. Der Entsorgungsmarkt hat wahrgenommen, dass die formalen Abwicklungen im Vorfeld einer Anlieferung zur Deponie HAMBERG in der operativen Verantwortung der AVL zügig erledigt werden, sodass hierdurch ein Wettbewerbsvorteil entstanden ist und die Deponie von den Marktteilnehmern gut angenommen wird. Die knappe Restkapazität der Deponie HAMBERG macht es erforderlich, die Annahmemengen stark auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsmengen zu beschränken, das wird insbesondere ab 2020 spürbar sein.

Die im Budget für das Jahr 2020 geplanten Umsatzerlöse und Erträge liegen bei 5.043 TEUR und damit deutlich über dem im Geschäftsjahr 2019 erzielten Istwert. Das liegt hauptsächlich an den budgetierten Kostenerstattungen des Enzkreises für den in den Folgejahren geplanten, schrittweisen Bau der Oberflächenabdichtung auf den früher mit Restmüll verfüllten Deponieabschnitten.

Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	10.12.2004

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Bei der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH (Kliniken Holding) handelte es sich von 2005 bis 2008 um eine strategische Partnerschaft der Enzkreis-Kliniken gGmbH (Enzkreis-Kliniken, EKK) und der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (Kliniken gGmbH, KLB). Dafür haben zum 01.01.2005 der Enzkreis 51% der Enzkreis-Kliniken und der Landkreis Ludwigsburg zusammen mit der Stadt Bietigheim-Bissingen 51% der Kliniken gGmbH in die Kliniken Holding eingebracht.

Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inkl. deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH (ORTEMA) beworben. Der Erwerb wurde zum 01.07.2007 vollzogen. Die Eingliederung der OKM und der ORTEMA vervollständigt das Leistungsangebot des Klinikverbundes und ermöglicht eine entsprechend dem Gesellschaftszweck sinnvolle Abstimmung, insbesondere der medizinischen Gesundheitsleistungen, in der Region.

Im Verlauf des Jahres 2008 haben sich die kommunalpolitischen Gremien des Klinikverbundes dafür ausgesprochen, die Krankenhäuser Bruchsal und Bretten zum 01.01.2009 in die strategische Partnerschaft aufzunehmen. Die Gesellschaftervertreter haben sich dabei für die gesellschaftsrechtliche Verflechtung nach dem bisherigen Holding-Modell des Klinikverbundes entschieden. Der Landkreis Karlsruhe hat daher die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (KLK) gegründet und seine Krankenhäuser in diese Gesellschaft übertragen. Die Kliniken des Landkreis Karlsruhe wurden wie die Enzkreis-Kliniken und die Kliniken gGmbH zu 51% in die Regionale Kliniken Holding eingebracht. Die Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH hat ihr Tochterunternehmen Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH (SDLK) ebenso in den Verbund eingebracht.

Der Zusammenschluss hat bereits und wird weiterhin auf allen Seiten zu positiven Effekten führen. Die einheitliche Geschäftsführung steht dabei für eine einheitliche Steuerung und Zielorientierung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Verbundpartner der Kliniken Holding haben das Ziel, die Zusammenarbeit ihrer Standorte und damit die Patientenversorgung in ihren Einzugsgebieten und darüber hinaus zu sichern und auszubauen. Dies ist in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen festgeschrieben. Die Verbundpartner passen ihre Krankenhauseinrichtungen den Marktgegebenheiten flexibel an, bündeln in der Holding Know-how, heben damit Synergien und optimieren ihre betrieblichen Prozesse zum Vorteil der Patientinnen und Patienten und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Der deutsche Krankenhausmarkt ist gekennzeichnet von Fusionen, Schließungen und einer Veränderung der Träger- bzw. Gesellschafterstrukturen. So zeigt sich, dass innerhalb der vergangenen Jahre insbesondere die Anzahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft abgenommen hat. Die in rein „privater“ Trägerschaft organisierten Klinikunternehmen konnten dagegen eine Zunahme verzeichnen. Auch ausländische Klinikunternehmen drängen auf den deutschen Krankenhausmarkt. Einerseits wird die Trägervielfalt von der Gesundheitspolitik gewünscht, andererseits ergeben sich durch die konträren Unternehmensziele ungleiche Voraussetzungen, um sich im Verdrängungswettbewerb durchsetzen zu können. Die Gesetzgebung macht durch ihre Entscheidungen deutlich, dass eine konsequente Marktbereinigung gewollt ist. Die Verbundpartner der Kliniken Holding zeigen durch ihr Handeln und ihre jeweilige Unternehmensentwicklung, dass sie diese Tendenzen früh wahrgenommen und die notwendigen Veränderungen mit der Gründung und der Erweiterung der Holding rechtzeitig aus eigenem Antrieb angestoßen und umgesetzt haben.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 2.247.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500	50
Enzkreis	292.110	13
Stadt Bietigheim-Bissingen	337.050	15
Landkreis Karlsruhe	494.340	22

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	2.805.000	51
Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000	51
Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH	2.040.000	51

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau	
Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing	
Landkreis Karlsruhe	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin	
Aufsichtsrat		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
Stv. Vorsitzender	Landrat Bastian Rosenau	
Stv. Vorsitzender	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel	
Aufsichtsrat der KLB		
Vertreter des Landkreises Ludwigsburg		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Claus-Dieter Meyer Ralf Trettner	Konrad Epple Joachim Kölz Karl-Heinz-Schlumberger
Mitglieder – Freie Wähler	Jan Trost Dirk Schaible Werner Möhrer	Ralf Zimmermann Rainer Gessler Jürgen Scholz
Mitglieder – SPD	Egon Beck Thomas	Dorothea Bechtle-Rüster Ramona Schröder
Mitglieder – Grüne	Dr. Uwe Stoll Jürgen Waser	Helmut Fischer Susanne Schwarz-Zeeb
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Dr. Horst Ludewig Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Wolfram Scheffbuch	Andreas Frisch
Gäste – AfD**	Walter Müller	Andreas Schönberger (bis 11.11.2019)
Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen		
Mitglieder – CDU	Marcus List	Thomas Wiesbauer
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Dr. Rolf Breitenbücher
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühltau

Mitglieder – FDP	Dr. Arno Steiler	Dr. Georg Mehrle
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Manuela Buchholz
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher Nadja Schmidt	Martin Oster Ralf Kurfiss

Aufsichtsrat der EKK

Vertreter des Enzkreises		
Mitglieder – FW	Werner Henle Horst Martin	Ulrich Hagenbuch Dr. Frank-Michael Lemminger
Mitglieder – CDU	Günter Bächle	Martin Reinhardt
Mitglieder – SPD	Dr. Till Neugebauer	Dr. Andrea Link-Hofsäß
Mitglieder – Grüne	Hasan Özer	Christine Danigel
Mitglieder – FDP	Frank Schneider	Prof. Dr. Erik Schweickert
Mitglieder – AfD	Dr. Christoph Wichardt	Klaus Fuchs
Vertreter der Arbeitnehmer	Ralf Engelhardt Paul Westerkamp	Birgit Gräßle Klaus Jomrich

Aufsichtsrat der KLK

Vertreter des Landkreises Karlsruhe		
Mitglieder – CDU	Tony Löffler Jens Skibbe Michael Nöltner Klaus-Dieter Scholz	Sven Weigt Frank H. Hörter Paul Metzger Thomas Nowitzki
Mitglieder – SPD	Markus Rupp Eberhard Schneider	Volker Geisel Gerd Rinck
Mitglieder – FW	Cornelia Pätzold-Schick Martin Wolff (nur KLK) Eberhard Roth (nur RKH)	Susanne Bacher Jens Timm (nur KLK) Martin Wolff (nur RKH)
Mitglieder – Grüne	Uwe Rohrer Monika Lauber	Dr. Ute Kratzmeier Dr. Michael Pollich
Mitglieder – FDP	Willy Nees	Werner Schön
Mitglieder – AfD	Andreas Laitenberger	Gabriele von Massow
Vertreter der Arbeitnehmer	Monika Zink Thorsten Emmerich	Biljana Skoko Hans-Dieter Bender

Aufgrund der Kommunalwahl im Jahr 2019 ergaben sich Veränderungen bei den ordentlichen Mitgliedern und auch bei den benannten Stellvertretern. Kleinere Veränderungen ergaben sich auch bei den Vertretern der Mitarbeiter.

Als ordentliche Mitglieder des Landkreises Ludwigsburg sind zum 19.07.2019 ausgeschieden: Manfred List, Erich Zucker (beide CDU), Herbert Pötzsch, Jürgen Scholz (beide FW), Dr. Eckhart Bohn, Thorsten Majer (beide SPD), Andrea Stockmayer-Mohn, Andreas Roll (beide GRÜNE), Hans-Jürgen Kemmerle (Gast der LINKEN).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Gero Dorda, Siglinde Lischke, Dr. Jakob Sigle (alle CDU), Gerd Maisch (FW), Erika Pudleiner, Dr. Gertrude Sterzer-Breitenbücher (beide SPD), Peter Schimke (Gast der LINKEN).

Als ordentliche Mitglieder der Stadt Bietigheim-Bissingen sind zum 09.07.2019 ausgeschieden:
Dr. Wolfgang Pfeiffer (CDU), Dr. Georg Mehrle (FDP).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Jürgen Weller (CDU), Prof. Dr. Heinrich Heyes (SPD), Götz Noller (FDP), Attila Tür (GAL).

Als ordentliche Mitglieder des Enzkreises sind zum 25.07.2019 ausgeschieden:
Rolf Leo (FW), Helmut Spiegel (CDU).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Dr. Wolfgang Ballarin, Werner Henle (beide FW), Andreas Felchle, Wolfgang Schreiber (beide CDU), Manfred Dengler (GRÜNE).

Als ordentliche Mitglieder des Landkreises Karlsruhe sind zum 25.07.2019 ausgeschieden:
Thomas Ackermann, Karl-Heinz Burgey (beide CDU), Wolfgang Eberle (SPD), Eberhard Roth (FW).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Achim Kirchenbauer, Ulrich Hintermayer (beide CDU), Manfred Köhler, Ruth Römpert (beide SPD), Reinhold Gsell (beide FW), Richard Schleicher (FW), Otto Mansdörfer (GRÜNE), Lucia Biedermann (FDP).

Als Vertreter der Arbeitnehmer sind Ioannis Papadopoulos und als Stellvertreterin Monika Zink ausgeschieden.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Bezüge der Konzern-Geschäftsführung beliefen sich auf 410.125 € (Prämien des laufenden Jahres werden im Folgejahr ausgezahlt, max. 40.000 €). Darin sind 20.125 € für Altersversorgung (ZVK) enthalten. Die Bezüge beziehen sich auf die Geschäftsführertätigkeit in den Gesellschaften Regionale Kliniken Holding RKH GmbH, Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, Enzkreis-Kliniken gGmbH, Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH, Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH, Kliniken Service GmbH, Service Dienste Landkreis Karlsruhe GmbH, ORTEMA GmbH und MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH. Die Auszahlungen erfolgten durch die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.
Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 28.145 € (Vorjahr: 27.179 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe sowie dem Enzkreis, insbesondere durch die Organisation vor-, nach-, teil- oder vollstationärer sowie ambulanter Leistungen, deren Finanzierung sowie den Betrieb von Einrichtungen, die dem Zweck des Unternehmens dienen. Dabei ist die Gesellschaft entweder unmittelbar selbst tätig oder aber mittelbar durch das Halten von Beteiligungen an gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften sowie deren Steuerung und Finanzierung. Wie oben dargestellt, ist die Gesellschaft zu je 51% an den Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, den Enzkreis-Kliniken gGmbH und den Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH beteiligt.

Die Geschäftstätigkeit der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH selbst unterteilt sich seit 2008 in zwei Geschäftsfelder – das Verbundlabor und Managementdienstleistungen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Verbundlabor

Zum 01.01.2008 hat die Kliniken Holding die Aufgabenbereiche des Instituts für Laboratoriumsmedizin einschließlich Mikrobiologie, Krankenhaushygiene und Blutdepot gesellschaftsrechtlich, personell, wirtschaftlich und organisatorisch von den Krankenhäusern (Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, Enzkreis-Kliniken gGmbH und Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH) übernommen.

Das entstandene Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten. Zum 01.01.2010 wurden die Laborstandorte der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und der Rechbergklinik Bretten) auf gleiche Weise in das Verbundlabor aufgenommen.

Das Verbundlabor bedient alle Kliniken des Verbundes mit allen laboratoriumsmedizinischen Leistungen. „Zentral“ steht hier für eine einheitliche Führung, einheitliche Qualitätsstandards und Prozesse. Weiterhin verfügen alle Standorte über Laboreinrichtungen, die an dem individuellen Bedarf ausgerichtet sind. Zudem werden von den vier Blutdepots an den Standorten Ludwigsburg, Bietigheim, Markgröningen und Bruchsal Blutprodukte an die Kliniken ausgegeben.

Auf Basis eines Gutachtens zur Optimierung der Laborleistungen wurden neben dem Gerätepark die Anforderungsmuster durch die Kliniken untersucht. Auch wurde das Standortkonzept kritisch hinterfragt und Lösungsansätze aufgezeigt. Die praktische Umsetzung der hier aufgezeigten Potenziale konnte in 2017 bis 2018 weitgehend abgeschlossen werden. Dies führt zur weiteren Entlastung der RKH-Kliniken. Im 4. Quartal 2019 erfolgte der Ersatz der hämatologischen Analysensysteme durch Geräte der neuesten Generation an allen Standorten.
Für 2020 ist die weitere Zentralisierung der Spezialanalytik an den Standort Ludwigsburg geplant sowie die Vorbereitung der Neuausschreibung der Analysensysteme für die Klinische Chemie und Immunologie.

Managementdienstleistungen

Wie bereits in den Geschäftsjahren vor 2008 erbringt die Kliniken Holding weiterhin ihre zentralen Managementleistungen für die Verbundgesellschaften. Durch diese Steuerungsfunktionen werden Strukturen, Prozesse, wirtschaftliches Handeln und Auftreten der Verbundpartner aufeinander abgestimmt und an dem gemeinsamen Leitbild ausgerichtet. Um diese Leitfunktion zu untermauern, wurden zum 01.01.2010 alle standortübergreifend verantwortlichen

Führungskräfte der administrativen Bereiche arbeitsrechtlich bei der Holding angesiedelt. Seit 2012 sind zusätzlich die Verantwortlichen für Fort- und Weiterbildung, Medizincontrolling und Logistik direkt bei der Holding angestellt, so dass auch in diesen Bereichen eine holdingübergreifende Abstimmung zu weiteren Synergien führt. Damit sind alle patientenfernen Bereiche durch die jeweilige Organisationsstruktur bei der Holding gebündelt. Durch weitere Umstrukturierungen kann die Anzahl der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte weiterhin steigen.

Investitionsbereich
Im Jahr 2019 wurden rd. 50.000 € (Vj. 55.000 €) für den Gerätepark des Labors aufgewendet. Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert. Die Investitionskosten fließen in die Entgelte ein. In 2019 war es nicht notwendig, dafür Darlehen aufzunehmen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	181	176

Im Jahr 2019 konnten in der RKH nicht alle geplanten Stellen besetzt werden. Die Unterbesetzung liegt bei knapp 3 Vollkräften. Dennoch ist die Ist-Besetzung im Vergleich zum Vorjahr um 6 VK, die Zahl der Beschäftigten um 5 gestiegen

Zum 31.12.2019 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2019	2018
Anzahl der Beschäftigten	181	176
Anzahl der Vollkräfte	143	137
Anteil der weiblichen Beschäftigten	75%	77%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	39%	40%

Lage des Unternehmens

Vermögenslage
Neben den laufenden Investitionen wurde wie bereits in den Vorjahren der Gerätepark im Rahmen der notwendigen Erweiterungsschritte aufgerüstet.
Die Vorräte halten sich auf einem Mindestniveau und werden auch vom Anforderungsverhalten der Kliniken bestimmt.
Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss 2019 (18.752,19 €).
Bei den Rückstellungen wurden Zuführungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit notwendig. Die Rückstellung für Zielvereinbarung konnte reduziert werden.
Die Darlehensverbindlichkeit war zur Finanzierung der Startinvestitionen notwendig und konnte im Berichtsjahr planmäßig vollständig getilgt werden.
Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus dem Liefer- und Leistungsverkehr.

Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich der Landkreis Ludwigsburg, der Enzkreis, der Landkreis Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen (zusammen RKH-Gesellschafter) dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen

Gebietskörperschaft beeinflussen. Dieses Örtlichkeitsprinzip ist auch auf die RKH als eigenständige Gesellschaft anzuwenden.

Die RKH führt im Finanzanlagevermögen die Beteiligungsansätze (51 %) an den Klinikgesellschaften der jeweiligen Gebietskörperschaften. Somit ist die Bilanzstruktur (Finanzanlagevermögen und Eigenkapital) der RKH selbst an die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen gebunden. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Klinikgesellschaften müsste jeweils zum Bilanzstichtag eine Neubewertung der Beteiligungsansätze durchgeführt werden. Dies würde zur Veränderung des Bilanzbildes der RKH insgesamt führen. Das Örtlichkeitsprinzip wäre damit nicht mehr gewährleistet.

Die RKH–Gesellschafter haben bereits in 2013 in ihren zuständigen Gremien beschlossen, dass sie die Werthaltigkeit, der bei der RKH bilanzierten Beteiligungsansätze, durch mit der RKH selbst abzuschließende Vereinbarungen sichern.

Übersicht der Garantiebeträge der RKH-Gesellschafter bezüglich deren Klinikgesellschaft:

Landkreis Ludwigsburg bezüglich Kliniken gGmbH		2.103.750 €
Stadt Bietigheim-Bissingen bezüglich Kliniken gGmbH		701.250 €
Enzkreis bezüglich Enzkreis-Kliniken gGmbH		1.530.000 €
Landkreis Karlsruhe bezüglich KLK gGmbH		2.040.000 €
	Insgesamt:	**6.375.000 €**

Nur in dem Fall, dass ein RKH-Gesellschafter sich dafür entscheiden sollte, die RKH zu verlassen, um alleiniger Gesellschafter „seiner“ Klinikgesellschaft zu werden, würden Zahlungen zwischen der RKH und den RKH-Gesellschaftern ausgelöst. Die konkreten Regelungen zur Steuerung der Zahlungsflüsse werden noch im Gesellschaftsvertrag der RKH bzw. durch eine Anpassung des Konsortialvertrages durch die zuständigen Gremien beschlossen.

Finanzlage

Durch die unternehmerische Tätigkeit und den damit verursachten Geldmittelflüssen verändert sich die Kapitalstruktur stetig. Die Umsatzentwicklung des Laborbetriebes ist weitestgehend abhängig vom Anforderungsverhalten der Kliniken und deren eigener Entwicklung. In 2019 sind die Umsätze entsprechend gestiegen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus dem Kernbereich zeigen die für die Verbundstandorte erbrachten Laborleistungen. Zusätzlich werden Laborleistungen für Patienten erbracht, die ihre Leistungsabrechnung selbst bzw. über private Versicherungsnehmer begleichen. Die Verrechnungspreise innerhalb des Verbundes werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden (Kliniken) in Rechnung gestellt.
Der Sachbedarf wird überwiegend von der Zentralen Materialwirtschaft beim Klinikum Ludwigsburg bezogen. Reagenzien und spezielle Hilfsmittel für die labortechnische Befundung werden bei entsprechend spezialisierten Fremdlieferanten beschafft.
Der medizinische Bedarf verändert sich in Abhängigkeit des Anforderungsverhaltens der Kliniken sowie neuen Vorschriften.
Die Erlössteigerung im Managementbereich resultiert im Wesentlichen durch weitere Umstrukturierungen bei den holdingweit verantwortlichen Führungskräften und die damit verbundene Kostenerstattung.
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Mietaufwendungen inkl. Nebenkosten für die genutzten Räume an den Standorten enthalten.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	58,0	59,4	- 1,4%
Anlagendeckung I in %	87,5	86,2	+ 1,3%
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	87,5	86,2	+ 1,3%
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	71,7	67,9	+ 3,8%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise massiv belastet. Im Mittelpunkt der Auswirkungen steht die ausgesetzte und aufgeschobene Versorgung von Patienten, die insbesondere physische Belastung für die Klinikbelegschaft, der Stopp und Aufschub von laufenden Projekten und Maßnahmen. Wie nachhaltig die daraus resultierenden Kollateralschäden wirken ist noch nicht absehbar. Sicherlich wird man erst im Jahr 2021 wieder von einem „Normalbetrieb“ sprechen können, sofern keine weiteren Infektionswellen auftreten und neue Restriktionen die Handlungsfähigkeit beschränken. Auch ist noch nicht bewertbar, in wie weit die Verluste in der Industrie, beim Handwerk und letztlich in den Finanzmärkten bei den Kliniken ankommen. Außerdem ist zu beobachten, dass die Patienten bereits ihr Verhalten verändert haben. Im Laufe des April 2020 wurde deutlich, dass Patienten trotz medizinischer Notwendigkeit Kliniken meiden und Behandlungen so weit als möglich hinauszögern. Der wissenschaftliche Beirat des IQM e.V. bemerkt einen signifikanten Rückgang der stationären Fälle und prognostiziert eine sockelwirksame Absenkung der Nachfrage nach stationären Leistungen.
Innerhalb der RKH wurde je Standort eine Zielauslastung für das laufende Geschäftsjahr formuliert, die es nun zu erreichen gilt. Bei der Vorausschau bis Ende 2020 bzw. Mitte 2021 wird unterstellt, dass zum Ende 2020 wieder das Leistungsniveau des Vorjahres 2019 erreicht wird. Dies hängt in hohem Maße von den Vorgaben des Bundes und der Länder zur Vorhaltung freier Ressourcen ab. Von einer weiteren Infektionswelle in 2020, die zu einem erneuten Lockdown führt, wird zunächst nicht ausgegangen. Dennoch werden zur Gewährung der Versorgungssicherheit innerhalb der RKH Ressourcen für mögliche intensivpflichtige COVID-Fälle frei gehalten. Insbesondere die Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Handicap weisen nach wie vor ein hohes Risikopotenzial auf. Im Ernstfall werden für diese potenziellen

Risikopatienten zahlreiche Klinikkapazitäten im jeweiligen Einzugsgebiet benötigt. Da die RKH in der Corona-Krise zwei COVID-Zentren gebildet hat, zeigt sich das Risiko aus einer etwaigen zweiten Welle in den Standorten sehr unterschiedlich. Mit dem Beginn der klassischen Influenzazeit im vierten Quartal kann es erneut zu Einschränkungen im elektiven Klinikbetrieb kommen.
Die Belegungsentwicklung wird stetig überwacht und gesteuert, so dass einerseits die Versorgung wieder aufgebaut und andererseits auf neue Infektionsherde sofort reagiert werden kann. Dafür werden auch die Notfallstrukturen einsatzbereit gehalten und die Reichweiten der Vorräte relevanter Sachmittel ausgeweitet. Die Versorgungssicherheit basiert immer auf der Annahme, dass das Klinikpersonal selbst gesund und einsatzbereit ist. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche Urlaubstage in das zweite Halbjahr übergehen werden.
Trotz der bekannten finanzielle Kompensationsmaßnahmen durch das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz ist absehbar, dass die Jahresziele 2020 der Kliniken nicht erreicht werden können und eine Deckungslücke aus dem laufenden Betrieb bei den Kliniken verbleibt.
Damit geht die Sicherung der Liquidität einher. Durch die nahezu konstante Kostenseite ist eine erhebliche Unterdeckung des laufenden Betriebes entstanden. Durch den rasanten Anstieg der Bezugskosten für Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und andere relevante Materialen sowie Sonderkosten innerhalb der Krisensituation ist die Liquidität zusätzlich belastet. Außerdem mussten aufgrund der unklaren Lage bei Zulieferern die Vorräte von Medikamenten über Sauerstoff bis hin zu medizintechnischen Kleinteilen erheblich aufgestockt werden. Sogar für die orthopädische Fachklinik Markgröningen wurde der Lockdown umgesetzt und später eine Übergangsstation für entlassfähige COVID-Patienten zur Entlastung der umliegenden Pflegeeinrichtungen eingerichtet. Ein ähnliches Konzept wurde im Krankenhaus Marbach zu Lasten von operativen belegchirurgischen Eingriffen angeboten. Als sofortige Gegensteuerungsmaßnahmen wurde in enger Abstimmung mit den Landkreisgesellschaftern die Optionen für kurzfristige Übergangskredite, die Erhöhung der Kreditlinie bei den Hausbanken und das zeitliche Vorziehen von geplanten Darlehensaufnahmen für bereits laufende Bauprojekte abgestimmt und nach Bedarf umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch keine verbindlichen und kalkulierbaren Aussagen der Bundes- und Landesregierung zu den angedachten Entlastungs- und Kompensationsmaßnahmen vor. Letztlich konnte ein Teil der Entlastungen ab Ende April 2020 zahlungswirksam vereinnahmt werden.
Die überschlägige Ermittlung dieser Kompensationshilfen deutet darauf hin, dass Kliniken mit einem hohen durchschnittlichen Schweregrad finanziell benachteiligt werden. Also genau die Kliniken mit einem hohen Spezialisierungsgrad, hoher fachlicher Expertise und in denen im RKH-Konzept die COVID-Patienten bewusst konzentriert und Hochleistungsressourcen für Notfälle freigehalten wurden.
Dennoch konnte die Zahlungsfähigkeit im ersten Halbjahr durch die Zusicherungen der Landkreisgesellschafter aufrechterhalten werden. Im Saldo wird jedoch ein finanzieller Schaden entstehen, der zu Lasten der Kliniken bzw. zu Lasten der Gesellschafter gehen wird.
Aktuell wird davon ausgegangen, dass die Zahlungsfähigkeit der Kliniken erhalten bleibt. Dabei wird auch unterstellt, dass die Finanzierungshilfen des Bundes und des Landes real ankommen und nicht möglicheiweise über andere Ausgleichsmechanismen an anderer Stelle zu Lasten der Kliniken faktisch wieder verrechnet werden. Ohne die Gewährträgerschaft der kommunalen Landkreisgesellschafter wäre der Fortbestand der Kliniken gefährdet.

Die RKH als eigenständiges Unternehmen ist durch die rückläufigen Anforderungen bei den Laborleistungen auf Seite der Kliniken durch die Krisensituation betroffen. Im Zeitraum Januar bis Mai 2019 wurden Leistungen in einem Volumen von 216,8 Mio. GOÄ-Punkte erbracht. Im vergleichbaren Zeitraum 2020 wurden 210,5 Mio. GOÄ-Punkte erbracht. Dies bedeutet einen Rückgang um rd. 3 % (-162 T€), der sich auch im Umsatz abbildet.

Für das Jahr 2020 ist davon auszugehen, dass die ursprünglichen Planungen nicht erreicht werden. Insgesamt könnte eine Deckungslücke im mittleren sechsstelligen Bereich entstehen.

Durch die bisher erwirtschafteten Deckungsbeiträge über die Versorgung von Dritten besteht eine ausreichende Liquiditätsreserve. Zusätzlich greifen Gegensteuerungsmaßnahmen, wie die Anpassung der Ressourcen und der Ausbau des Leistungsspektrums für Dritte. Aktuell wird davon ausgegangen, dass die angespannte Situation auf diese Weise überbrückt werden kann. Eine dauerhafte Absenkung der Nachfrage ist nicht erkennbar.

Weiterhin sollen Kooperationen zum Wohle der Patienten ausgebaut werden. Neue Technologien wie Telemedizin schaffen in den unterschiedlichen Fachdisziplinen neue Chancen. Die RKH und ihre Kliniken hat den Anspruch in diesem Feld eine führende Rolle einzunehmen.

Kliniken Ludwigsburg-
Bietigheim

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	17.12.1993

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg und Marbach/Neckar. Die Gesellschaft wird diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiterentwickeln.

Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt mit der Gesellschaft die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Ludwigsburg nach Maßgabe des Krankenhausplans des Landes mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten. Der dem Landkreis obliegende gesetzliche Auftrag zur Krankenversorgung für das gesamte Kreisgebiet entsprechend § 3 Landeskrankenhausgesetz wird durch die Gesellschaft mit dem Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen, Ludwigsburg, Marbach/Neckar und Vaihingen/Enz erfüllt. Dabei steht die Gesellschaft im stetigen Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise real rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft. Insbesondere die Bedürfnisse der „kleinen Häuser“ und die Bedürfnisse der darin versorgten Patienten werden unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen immer noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 5.500.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250	36,75
Regionale Kliniken Holding RKH GmbH	2.805.000	51,00
Stadt Bietigheim-Bissingen	673.750	12,25

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Energieversorgungsgesellschaft Klinikum Ludwigsburg mbH	25.564,59	33,33
Gesellschaft für Qualität und Management im Krankenhaus mbH	5.000	9,09
Kliniken Service GmbH	25.000	100
MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	25.000	100
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	4.545.100	100
RadioOnkologicum MVZ GmbH	12.500	50

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
Regionale Kliniken Holding	Prof. Dr. Jörg Martin	
Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin	
Aufsichtsrat		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
Aufsichtsrat der KLB		
Vertreter des Landkreises Ludwigsburg		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier	Konrad Epple
	Claus-Dieter Meyer	Joachim Kölz
	Ralf Trettner	Karl-Heinz-Schlumberger
Mitglieder – Freie Wähler	Jan Trost	Ralf Zimmermann
	Dirk Schaible	Rainer Gessler
	Werner Möhrer	Jürgen Scholz
Mitglieder – SPD	Egon Beck	Dorothea Bechtle-Rüster

	Thomas	Ramona Schröder
Mitglieder – Grüne	Dr. Uwe Stoll Jürgen Waser	Helmut Fischer Susanne Schwarz-Zeeb
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Dr. Horst Ludewig Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Wolfram Scheffbuch	Andreas Frisch
Gäste – AfD**	Walter Müller	Andreas Schönberger (bis 11.11.2019)
Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen		
Mitglieder – CDU	Marcus List	Thomas Wiesbauer
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Dr. Rolf Breitenbücher
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühltau
Mitglieder – FDP	Dr. Arno Steiler	Dr. Georg Mehrle
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Manuela Buchholz
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher Nadja Schmidt	Martin Oster Ralf Kurfiss

** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Aufgrund der Kommunalwahl im Jahr 2019 ergaben sich Veränderungen bei den ordentlichen Mitgliedern und auch bei den benannten Stellvertretern. Kleinere Veränderungen ergaben sich auch bei den Vertretern der Mitarbeiter.

Als ordentliche Mitglieder des Landkreises Ludwigsburg sind zum 19.07.2019 ausgeschieden: Manfred List, Erich Zucker (beide CDU), Herbert Pötzsch, Jürgen Scholz (beide FW), Dr. Eckhart Bohn, Thorsten Majer (beide SPD), Andrea Stockmayer-Mohn, Andreas Roll (beide GRÜNE), Hans-Jürgen Kemmerle (Gast der LINKEN).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Gero Dorda, Siglinde Lischke, Dr. Jakob Sigle (alle CDU), Gerd Maisch (FW), Erika Pudleiner, Dr. Gertrude Sterzer-Breitenbücher (beide SPD), Peter Schimke (Gast der LINKEN).

Als ordentliche Mitglieder der Stadt Bietigheim-Bissingen sind zum 09.07.2019 ausgeschieden:
Dr. Wolfgang Pfeiffer (CDU), Dr. Georg Mehrle (FDP).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Jürgen Weller (CDU), Prof. Dr. Heinrich Heyes (SPD), Götz Noller (FDP), Attila Tür (GAL).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 6.194,00 € (Vorjahr: 12.633,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft die Krankenhäuser in Ludwigsburg, Bietigheim-Bissingen und Marbach/Neckar. Sie entwickelt diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiter. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die drei Krankenhäuser in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen sind, erfüllen sie die Voraussetzungen des KHG und erhalten sowohl Einzelfördermittel, als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich die Landkreise Ludwigsburg, Enzkreis, Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft (Landkreis) getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Nach diesem Örtlichkeitsprinzip, das in Konsortialverträgen festgelegt wurde, gewähren die Landkreise ihrer jeweiligen Klinikgesellschaft zum Beispiel Investitionszuschüsse in Form der Erstattung des Kapitaldienstes. Daneben wurde in den Konsortialverträgen festgelegt, dass bei Absinken des Eigenkapitals unter den Betrag des Stammkapitals einer Klinikgesellschaft, der zuständige Landkreis „seiner“ Klinikgesellschaft einen Ausgleich zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ludwigsburg hat im Laufe des Jahres 2012 erkannt, dass zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung der Kliniken gGmbH über die Höhe seiner finanziellen Unterstützung neu beraten werden soll. Mit der Verabschiedung der Unternehmensplanung 2013 wurde somit beschlossen, dass der Landkreis Ludwigsburg anteilig den Kapitaldienst für bereits vorhandene Investitionen im Klinikbereich übernehmen wird, bei denen die Kliniken gGmbH bisher selbst die Finanzierungslücke geschlossen hatte. Dieser Teil führt ab 2013 zu einer Entlastung im Finanz- und Investitionsergebnis. Um alle Standorte weiterzuentwickeln, wurden zusätzlich neue umfangreiche Baumaßnahmen für den Finanzplanungszeitraum vorgesehen, bei denen wiederum der Landkreis Ludwigsburg neu entstehenden Kapitaldienst, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, den Kliniken erstatten wird. Für das Jahr 2019 war ursprünglich eine Kapitaldiensterstattung in Höhe von rd. 11,4 Mio. € (Vj. 11,1 Mio. €) veranschlagt. Tatsächlich wurden 9,2 Mio. € (Vj. 9,3

Mio. €) abgerechnet. Für das laufende Jahr 2020 ist eine Kapitaldiensterstattung in Höhe von 11,5 Mio. € (Vj. 11,4 Mio. €) vorgesehen. Des Weiteren hat der Landkreis für 2019 2,9 Mio. € (Vj. 6,7 Mio. €) zur Ablösung von Darlehen mit auslaufender Zinsbindung zur Verfügung gestellt. Dies wurde in Höhe von 2,9 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €) umgesetzt. Damit sinkt der Darlehensbestand sockelwirksam ab. Im Verlauf der Bauprojekte können durch Einzelfördermittel die Landkreiserstattungen reduziert werden. Da die Landesfördermittel meist erst im Verlauf oder sogar am Ende einer Maßnahme feststehen und gewährt werden, sind in den Planungsrechnungen für die Folgejahre noch keine Entlastungen veranschlagt. Dies führt für den Landkreis Ludwigsburg zu einer hohen Planungssicherheit. Aufgrund der besonderen Situation in 2020 durch die Corona-Pandemie konnten nicht alle Maßnahmen, wie geplant durchgeführt werden. Mit dem Unternehmensplan 2021 wird das Investitionsprogramm überarbeitet. Schon jetzt ist absehbar, dass die Unternehmensziele 2020 nicht erreicht werden. In welchem Umfang eine Deckungslücke entsteht, ist Mitte des Jahres bewertbar. Allerdings gestaltet sich auch eine Prognose für 2020 schwierig, da es weiterhin erforderlich sein wird, freie Kapazitäten für etwaige Covid-Patienten vor zu halten. Das führt dazu, dass der Landkreis Ludwigsburg für 2020 neben der Kapitaldiensterstattung erstmals einen Zuschussbedarf für den laufenden Betrieb gewähren wird. Dies ist bereits vorausschauend im Landkreishaushalt veranschlagt.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und zum Teil noch über Pflegesätze zu finanzieren. Für die vier Plankrankenhäuser werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die in 2019 umgesetzte Vorgehensweise der Bundesgesundheitspolitik weist Parallelen zu bisherigen Reformen und Strukturveränderungen auf. Beim Rückblick auf diese Strukturreformen kommt dem Jahr 2012 eine besondere Bedeutung zu. Die Situation der Krankenhäuser hatte sich seinerzeit in einem Ausmaß zugespitzt, so dass Klinikleitungen, kommunalpolitischen Gremien und Krankenhausverbände in der Öffentlichkeit die Landes- und Bundespolitiker deutlich auf die offensichtlichen Fehlentwicklungen im Finanzierungssystem aufmerksam gemacht haben. Die bekannten Bestrebungen des Gesundheitsministers haben ähnliche Befürchtungen, Prognosen und Reaktionen verursacht, wobei die hohe Geschwindigkeit der Gesetzgebungsverfahren, die Schärfe und auch die teilweise Unvollkommenheit der Regelungen neu ist. So liegen zum Beispiel die abschließenden Regelungen der Pflegekostenfinanzierung erst seit Anfang 2020 vor. In Hinblick auf die Regelungen vor der Corona-Krise ist nicht erkennbar, auf welche Weise die Unzulänglichkeiten in der Krankenhausfinanzierung planbar, nachhaltig und zukunftsfest durch den Gesetzgeber verbessert werden. Im Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) 2015 sind zwar grundsätzlich Finanzierungshilfen vorgesehen, dennoch gibt es zahlreiche gegenläufige Regelungen. Dies betraf z.B. den Pflegezuschlag, der den bis dahin geltenden Versorgungszuschlag abgelöst hat, und die anteilige Finanzierung der Kostensteigerungen infolge von Tarifabschlüssen sicherstellen sollte. Dieser Zuschlag wird nun im Rahmen des jüngst auf den Weg gebrachten Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) wieder abgelöst. Der Mehrmengenabschlag wurde inhaltlich durch den Fixkostendegressionsabschlag (FDA) ersetzt. Durch diesen Abschlag kann es zu einer temporären Unterfinanzierung von zusätzlich erbrachten Leistungen kommen. Dies bedeutet, dass die entlastende Wirkung des bisherigen Versorgungszuschlages wieder anteilig bis vollständig kompensiert wurde. Der Fixkostendegressionsabschlag ist im Rahmen der Budgetvereinbarung unter Berücksichtigung hausindividueller Sachverhalte zu verhandeln. Die Verhandlungsrunden 2019 mit den Kostenträgern haben erneut gezeigt, dass diese hausindividuellen Sachverhalte von den Kassen meist nicht ausreichend gewürdigt und Abschläge über das angenommene Maß hinaus gefordert werden. Für den mittelfristigen Zeitraum gilt nun, dass dieser Abschlag bis

zur Obergrenze von 35 % verhandelt werden muss. Die bisherige zeitliche Befristung auf drei Jahre ist allerdings entfallen, so dass das Wachstum der entsprechenden Kliniken noch mehr eingeschränkt wird. Dieses Wachstum ist aber meist den Patientenströmen hin zu großen und medizinisch hochqualifizierten Kliniken geschuldet. In wie weit nun die Situation durch die Corona-Krise in den Klinikbudgets gewürdigt wird ist noch nicht klar. Zunächst sollten für das Jahr 2020 keine Budgetverhandlungen durchgeführt sondern die Budgets aus den Jahreszahlen 2019 abgeleitet werden. Eine konkrete Vorgehensweise liegt noch nicht vor. Durch die bewusst abgesenkte Auslastung in 2020 ergeben sich rechnerisch in Hinblick auf die Jahre 2021 und 2022 hohe Zuwachsraten. Ob und wie hier der Fixkostendegressionsabschlag vermutlich greifen wird ist ein bedeutsames Risiko.

Generell gilt, dass die bundesweite Angleichung der Landesbasisfallwerte dazu geführt hat, dass der Landesbasisfallwert Baden-Württemberg an die untere Korridorgrenze abgesunken ist, wobei sich die Kostenindizes im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere bei den Personalkosten, an oberer Stelle befinden. Chancen bestehen darin, dass künftig die Regelungen zum Orientierungswert greifen. Die Regelungen dazu legen fest, dass wenn ein Landesbasisfallwert die untere Korridorgrenze unterschreitet, die Steigerungsrate in Höhe des Orientierungswertes (Entwicklung der krankenhausspezifischen Kosten) angesetzt werden kann. Die angekündigte Verbesserung der Entgeltsituation im Bereich ambulante Notfallversorgung hat sich ebenfalls noch nicht eingestellt. Im Gegenteil, durch das so genannte „gestufte Notfallkonzept“ des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) werden neue Investitionen in Infrastruktur und Leistungsfähigkeit der einzelnen Kliniken erforderlich, um weiterhin an der (stationären) Notfallversorgung teilnehmen zu können.

Das neu geschaffene Pflegepersonal-Stärkungsgesetz soll einerseits grundsätzlich zur Entlastung des Pflegepersonals durch die Einführung von Personaluntergrenzen und andererseits zur Ausfinanzierung der nachweislich entstandenen Pflegekosten führen. Gleichzeitig wird ab 2020 der bisherige Pflegezuschlag wegfallen. Dies bedeutet für die RKH Kliniken zunächst einen Verlust von rd. 3 Mio. € pro Jahr. Auf Seite der Kassen wird davon ausgegangen, dass dadurch Ausgaben sogar gesenkt werden können. Somit entstehen mit den bekannten Regelungen weit höhere Risiken als Chancen. Die Kliniken sind dazu aufgefordert, den Anteil an examinierten Pflegekräften voraussichtlich zu Lasten des bisher eingesetzten Hilfspersonals, welches über den entfallenden Pflegezuschlag finanziert wird, zu erhöhen. Die Zusammensetzung der betroffenen Teams ist vom Gesetzgeber nicht konkret definiert. Auf Basis der Jahreszahlen 2019 werden die bekannten Regelungen zunächst RKH-interne Berechnungen angestellt. Für das Jahr 2020 war bisher vorgesehen, dass der Kostennachweis von einem Wirtschaftsprüfer testiert wird und in die Budgetverhandlung mit den Kostenträgern einfließt. Auf welcher Basis dies für 2020 tatsächlich ermittelt werden soll ist noch unklar. So können erst im Laufe des Jahres finanztechnische Effekte und die Konsequenzen für die Organisationsstruktur verlässlich abgeleitet werden. Die InEK GmbH, das für den GBA kalkulierende und Entscheidungsvorlagen liefernde Institut, erklärte beim 18. Nationalen DRG-Forum, dass der so genannte „Pflexit“ Krankenhäuser sehr unterschiedlich treffen wird. Beispielsweise wird die Zurechnung von Kosten durch eingesetztes Zeitarbeitspersonal die tatsächlich dafür angefallenen Ausgaben nicht decken. Finanztechnisch wird in diesem Zuge das Kostenbudget für Pflege aus der Fallpauschale (DRG) herausgenommen und separat kalkuliert, testiert und vergütet. Die Basis dafür sind aufwendige Nachweise zur Stellen-/Schichtbesetzung in Bezug auf die jeweilige Belegungssituation. Wird die geltende Personaluntergrenze unterschritten, sind Betten zu schließen und es drohen hohe Geldstrafen. Aufgrund des Personalmangels kann es also voraussichtlich temporär zur Reduzierung der Bettenkapazitäten kommen. In der Berechnungsformel zum „Pflegebudget“ ist ein Multiplikator die Anzahl der Verweildauertage. Diese Rechengröße steht also im Widerspruch zu allen bisherigen Anstrengungen der Gesundheitspolitik, nämlich die Verweildauer stetig zu reduzieren und optimal kurz zu halten, und gibt den Anreiz zu einer hohen Verweildauer. Die Überschreitung der optimalen Verweildauer wird aber vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen bemängelt und führt zur nachträglichen Kürzung der Krankenhausabrechnung. In der Folge würde das Pflegebudget

ansteigen und im Gegenzug auch die Rückzahlungen an die Kostenträger. Im Gesetzestext ist vorgesehen, dass es trotz des versprochenen Grundsatzes zur Kostendeckung auf Seite der Kliniken im Endeffekt zu ergebniswirksamen Budgetabsenkung kommen kann. Denn hier ist bereits diese Deckungslücke mit einer Obergrenzenregelung von zunächst bis zu 2 % des Erlösbudgets und künftig bis zu 4 % „begrenzt". Bei Erarbeitung dieser neuen Finanzierungsform war also klar, dass den Kliniken Budget entzogen werden kann. Dies bedeutet, dass das stationäre Umsatzvolumen dauerhaft vermindert werden kann, was den wirtschaftlichen Druck auf die Einrichtungen und deren Träger erhöht. Schon jetzt zeigt sich, dass sich private Klinikträger von kleineren Einrichtungen trennen bzw. diese schließen und den Versorgungsauftrag an den jeweiligen Landkreis zurückgeben. Inhaltlich bedeutet dies aber auch, dass qualifizierte Pflegekräfte wieder mehr Aufgaben des Stationsalltages erfüllen sollen, die bisher bei anderem Personal verortet waren. Der Abbau von Hilfspersonal ist wahrscheinlich, wurde aber nicht rechnerisch berücksichtigt. Entsprechend werden neue Anstellungsverträge befristet geschlossen, was wiederum die Mitarbeitergewinnung auch in diesen Hintergrundbereichen spürbar schwieriger macht. Gesamtwirtschaftlich ist zu befürchten, dass Personen mit geringen Qualifikationschancen im Klinikbereich nicht mehr im gewohnten Umfang über Hilfsaufgaben angestellt werden können. Bisher bekennen sich die RKH-Gesellschafter zu dem Grundsatz, dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Doch neben dem Pflegedienst sind bekannter weise auch Ärzte und Funktionsdienste elementare Bestandteile der stationären Patientenversorgung im Klinikbereich. Diese Personalkosten, sowie die Kosten der im Hintergrund agierenden patientenfernen Bereiche, sind von der beabsichtigten vollständigen Refinanzierung ausgenommen. Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz wird also die Finanzierungslücke zwischen insgesamt hohen Personalkosten mit den jeweiligen Tarifsteigerungen und Erlösbudget nicht geschlossen. Außerdem wirkt das PpSG lediglich in die Zukunft, die bisher nachweislich vorhandenen Finanzierungslücken sind darin nicht berücksichtigt. Diese Fehlbeträge werden also zu Lasten der Kliniken in künftige Geschäftsjahre vorgetragen. Auf Seite des Marburger Bundes sind Bestrebungen nach einem „Ärztebudget" erkennbar.

Aufgrund des Mangels an qualifiziertem Pflegefachpersonal treten die Kliniken in den direkten und lokalen Wettbewerb zu Alten-/Pflegeeinrichtungen hinsichtlich der Mitarbeitergewinnung. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Tarifmodelle kann davon ausgegangen werden, dass dieser Wettbewerb zu Lasten der Alten-/Pflegeheime entschieden wird. Dieser Wettbewerb hat bereits dazu geführt, dass Kliniken auch im nahen RKH-Umfeld Pflegekräfte mit hohen Prämien und außertariflicher Bezahlung bewerben. Die RKH hält an ihren Ansätzen fest und will mit zahlreichen „weichen Faktoren" neben den tariflichen Bestimmungen neue Mitarbeiter gewinnen. Es wird also deutlich, dass das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und die Regelungen zu den Personaluntergrenzen weder die Ursachen für den so genannten Pflegenotstand beseitigen noch die Finanzierungsproblematik der Krankenhäuser nachhaltig verbessen. Zusätzlich geht der Anreiz für Innovationen und der Entscheidungsrahmen für unternehmerisches Handeln verloren. Dies zeigt sich hauptsächlich in dem dann festgeschriebenen Personalmix und der Definition der anrechenbaren Kosten. In den Finanzplanungen der RKH-Kliniken wird unterstellt, dass die Pflegekosten und deren tarifliche Steigerungen vollständig refinanziert werden. Die konkrete finanzielle Auswirkung ist erst mit deren Veröffentlichung ermittelbar. Sollten die abschließenden Regelungen erheblich von den Planannahmen abweichen, müssen die Planungen angepasst und die Effekte den Gremien vorgestellt werden. Weiter sollen die Organisation und die Prüfregularien des MDK (bisher Medizinischer Dienst der Kostenträger) grundlegend verändert werden. Zunächst soll der MDK künftig unabhängig von Kostenträgern agieren und deshalb unter „MD" Medizinischer Dienst agieren. Die Prüfungstätigkeit soll an individuelle Quoten gebunden werden, so dass Kliniken mit einer geringen Korrekturquote tatsächlich entlastet werden. Allerdings kann auch das finanzielle Risiko steigen, da die Kassen Regressansprüche stellen können. Außerdem soll die Möglichkeit einer Rechnungskorrektur stark eingegrenzt werden. Die aktuelle hohe Prüftätigkeit bindet sowohl beim MDK und bei den Kliniken erhebliche personelle Ressourcen. Außerdem besteht auch hier ein direkter Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte, da der MDK vorzugsweise erfahrene Ärzte und auch examinierte Pflegekräfte in seinen Reihen binden will.

Auch im investiven Bereich besteht eine systemimmanente Lücke zwischen Bedarf und den dafür zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Dies betrifft sowohl die gesamte bauliche Entwicklung als auch die apparative Ausstattung. Die bauliche Entwicklung beinhaltet dabei neben der klassischen Investitionstätigkeit im Rahmen von Um- und Neubauten auch den Ausbau und die Ertüchtigung der betriebstechnischen und immer technisch komplexer werdenden Versorgungsanlagen. In Abhängigkeit der Gebäudebaujahre sind neben stetigen Brandschutzmaßnahmen umfangreiche Reinvestitionen in die Krankenhausbetriebstechnik (z.B. Strom, Energie, Sanitär, Klima, Lüftung, Aufzugsanlagen) notwendig, um auch hier neue ökologische Ziele zu erreichen. Die Kliniken selbst können bei den dargestellten Rahmenbedingungen nur sehr begrenzt oder gar keinen Finanzierungsbeitrag aus dem laufenden Betrieb erwirtschaften. Dies hat zur Folge, dass neue notwendige Maßnahmen zurückgestellt oder mittels der finanziellen Beteiligung des jeweiligen Landkreises finanziert werden müssen. Diese Situation ist dadurch verschärft, dass die Landesregierung die Einzelfördermittel gemessen am Bedarf für Großprojekte knapp hält und im Großraum Stuttgart zahlreiche Klinikneubauten begonnen wurden. Allerdings werden für Strukturprogramme, Digitalisierungsprojekte und Innovationen besondere Förderungen ermöglicht. Die RKH-Kliniken werden für ihre entsprechenden Vorhaben solche Fördermittel beantragen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass es nach wie vor unklar ist, ob und wann die Gesundheitspolitik dauerhafte und nachhaltige Rahmenbedingungen setzt, die zur Verbesserungen der Patientenversorgung und dem dafür notwendigen Finanzierungssystem notwendig sind. Wieder fehlt eine mittelfristige Finanzierungs- und Planungssicherheit für die Kliniken. Dies führt auch künftig zu dauerhaften Einschnitten auf der Kosten- und Investitionsseite und zu einem permanent steigenden wirtschaftlichen Druck. Auch die Trends hin zur Ambulantisierung und Digitalisierung sind in den aktuell vorliegenden Programmen von Bund und Land nicht ganzheitlich berücksichtigt. Die Überwindung der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ist nicht ganzheitlich vorgesehen und benötigt neue innovative Wege und das Zusammenwirken aller Beteiligten, die ihren Fokus auf die Patienten und nicht auf Partikularinteressen richten. In europäischen Ländern werden solche neuen Wege erfolgreich beschritten und lösen komplexe, massiv regulierte Prozesse durch einfache Modelle zu Gunsten des Patienten und der Leistungserbringer ab. In Deutschland verfolgt die Gesundheitspolitik dagegen einseitig, die Zahl der Krankenhäuser durch finanztechnische Mechanismen, einen hohen Regulationsgrad und künftig auch durch Qualitätsindikatoren zu reduzieren ohne dass parallel dazu ein sektorenübergreifendes ganzheitliches Versorgungskonzept aufgebaut wird. Die RKH-Kliniken sind offen für sektorenübergreifende Modelle und arbeiten an zahlreichen Projekten und Kooperationen. Dennoch fördern die bestehenden Rahmenbedingungen diese Aktivitäten nicht durchgängig.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die Ausrichtung aller Einrichtungen der Kliniken gGmbH im Sinne eines medizinischen Gesamtkonzepts wurde in 2017 im Rahmen der Zusammenführung aller Standorte unter eine gemeinsame Regionaldirektion abgerundet und mit den Ärztlichen Direktoren standortübergreifend abgestimmt. Damit wird der internen Konkurrenz zwischen den Häusern vorgebeugt und hochspezialisierte Angebote können in einem abgestimmten Konzept entwickelt werden.

Das **Geschäftsjahr 2019** verlief bei den Standorten Ludwigsburg und Bietigheim oberhalb der anvisierten Umsatzerlöse. Beim Krankenhaus Marbach konnte das Jahresziel nicht erreicht werden.
Im Klinikum Ludwigsburg wurden in der Zentralen Notaufnahme deutlich mehr Patienten als im Vorjahr behandelt. Die neurochirurgische Versorgung der Kliniken gGmbH am Standort Heilbronn hat sich gut etabliert und trägt ebenfalls zum positiven Leistungstrend bei.

Im Krankenhaus Bietigheim zeigen sich die Auswirkungen der intensivierten Leistungsabstimmung mit Ludwigsburg ebenfalls in einer vermehrten Zahl an Notfallpatienten. Hervorzuheben sind ebenso die Fachbereiche der Gynäkologie und die Med. Klinik II mit einer positiven Fallzahlentwicklung.

Im Krankenhaus Marbach konnten die Leistungen des Vorjahres nicht erreicht werden. In Hinblick auf die bereits getroffene Grundsatzentscheidung, den Standort neu zu entwickeln und die ambulanten Angebote im Rahmen einer Campuslösung weiterzuentwickeln, war diese Entwicklung absehbar.

Am Standort Vaihingen, der seit dem Start der Tagesklinik finanztechnisch im gemeinsamen Plankrankenhaus „Bietigheim-Vaihingen“ abgebildet wird, sind nun alle freien Räume weitgehend an Kooperationspartner vermietet bzw. werden durch das RKH-Simulationszentrum genutzt. Die Belegung der Tagesklinik konnte gesteigert werden. Das Angebot wird mittlerweile regelmäßig nachgefragt und kommt bei Patienten und niedergelassenen Ärzten sehr gut an. Die Kostenträger haben mittlerweile mitgeteilt, dass die Projektphase bis Ende 2022 fortgeschrieben wird.

An allen Standorten wird weiter an der Optimierung der Verweildauern und dem Belegungsmanagement gearbeitet. Die Aufrechterhaltung der hohen Leistungsfähigkeit ist von der Präsenz des qualifizierten Pflegepersonals, insbesondere auf den Intensivstationen und im OP abhängig. Obwohl sich die Kliniken bereits in höchstem Umfang bei der Personalgewinnung engagieren, müssen Engpässe durch kostenintensive Zeitarbeit abgedeckt oder Kapazitäten temporär reduziert werden.

Bei den ambulanten Fallzahlen zeichnet sich insgesamt ein Rückgang von -11.935 behandelten Patienten ab (154.297; Vj. 166.232). Maßgeblich ist die Fallzahlreduktion dem Bereich der ermächtigten Ärzte, bzw. der Verlagerung dieser Leistungen in die MVZ-Gesellschaften zuzuordnen. Beispielsweise fängt hier die RO MVZ GmbH die ambulante Strahlentherapie auf. In Ludwigsburg sinken die Fallzahlen leicht in den Bereichen ambulantes Operieren und stationär ersetzende Maßnahmen. Hingegen zeigt die Notfallversorgung erneut einen Zuwachs. Im Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen liegt insgesamt ein Zuwachs von +1.383 behandelten Patienten (36.369; Vj. 34.986) vor. In Marbach liegt das Volumen auf Vorjahresniveau (3.720; Vj. 3.733).

Im **laufenden Geschäftsjahr 2020** werden an den Standorten Ludwigsburg und Bietigheim die bekannten Empfehlungen aus dem medizinischen RKH-Konzept weiter umgesetzt und die dafür notwendige bauliche Entwicklung vorangetrieben.

Investitionsbereich

Um die Standorte der Kliniken gGmbH attraktiv zu halten, ist unabhängig von der vorhandenen hochwertigen medizintechnischen Ausstattung, die kontinuierliche Verbesserung und Modernisierung der Stationen, Funktionsbereiche und der betriebstechnischen Infrastruktur notwendig und in den Planungen vorgesehen.

Für das **Klinikum Ludwigsburg** liegt seit Jahren eine mehrjährige Planung vor, die sich zunächst am Medizinkonzept ausrichtet und die vorhandene komplexe Gebäudestruktur berücksichtigt. Im Rahmen der jährlichen Unternehmensplanung werden die Projekte überprüft und bei Bedarf an aktuelle Veränderungen und Entwicklungen angepasst.

Im Zuge der Errichtung des Frauen-Kind-Zentrums in 2017 wurden im Hauptgebäude Räumlichkeiten frei in der nun der Funktionsbereich Zentralsterilisation ZSVA (AEMP) eingerichtet wurde. Der Bereich ist mit hochmoderner Technologie ausgestattet und umfasst eine Fläche von rd. 1.000 qm. Die Prozesse sind nun größtenteils automatisiert. Von hier aus werden das Klinikum Ludwigsburg, das Krankenhauses Bietigheim-Vaihingen und weitere Kooperationspartner versorgt.

Im Rahmen der Neugestaltung der zentralen Notaufnahme wurde eine Notaufnahmestation u.a. mit 25 Überwachungsbetten in unmittelbarer Nähe der Notaufnahme eingerichtet. Zudem wurde der Funktionsbereich der Urologie erheblich erweitert. Als ein weiterer Baustein des Medizinkonzeptes wurde ein viertes Herzkatheterlabor aufgebaut. Die Nachfrage wächst aufgrund der hohen Expertise und hat ein überregionales Einzugsgebiet. Der zusätzliche Raum ist mit modernster Medizintechnik ausgestattet und rundet diese Versorgung ab. Die Versorgung im Bereich Psychiatrie wird ebenfalls vermehrt nachgefragt. Außerdem ist die räumliche Situation nicht mehr

angemessen, so dass im Berichtsjahr mit der Aufstockung der Psychiatrie begonnen wurde. Nach deren Fertigstellung sind die baulichen Voraussetzungen geschaffen um die notwendige Erweiterung der geschützten Station zu realisieren.
In den Nebenbetrieben wurde in der Mitarbeitertiefgarage eine aufwendige Betonsanierung durchgeführt und ein Parkleitsystem installiert. Die Erweiterung der Parkplätze für Besucher, Patienten und Mitarbeiter wird in 2020 in Abstimmung mit der Stadt Ludwigsburg angegangen. Ein vorliegendes Verkehrsgutachten zeigt den Bedarf von rd. 400 weiteren Stellplätzen. Im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements wurde ein weiterer überdachter Fahrradabstellplatz vor dem Haupteingang errichtet. Damit verfügt das Klinikum über rd. 400 Abstellmöglichkeiten direkt auf dem Klinikareal.

Für das Krankenhaus **Bietigheim-Vaihingen** wurde im Jahr 2017 ein Masterplan für den Standort Bietigheim erarbeitet, der die bauliche Weiterentwicklung der nächsten Jahre umfasst. Damit wird einerseits der Haupteingang verlegt, Ambulanz- und Funktionsbereiche neu angeordnet und durch einen ergänzenden Neubau für Altersmedizin weitere Bettenkapazität aufgebaut. Als Vorabmaßnahme wurden bereits die beiden Notaufnahmen interimistisch im Erdgeschoss zusammengelegt. Das Jahr 2019 war durch die konkreten Planungsschritte für den Neubau und die Anbindung an das Hauptgebäude geprägt. Allerdings hat sich gezeigt, dass der im Ausschreibungsverfahren veranschlagte Kostenrahmen nicht zu halten ist. Einerseits mussten nicht veranschlagte Anpassungen an städteplanerische Vorgaben umgesetzt werden und andererseits greift die Anbindung an das Bestandsgebäude sehr tief in die bestehenden Prozesse ein und macht dadurch zusätzliche Anpassungen notwendig. Außerdem wurde zum Ausschreibungszeitpunkt die Entwicklung des Baukostenindex sowohl von den beteiligten Planern als auch von den ausgewählten Architekten unterschätzt. In 2020 gilt es nun den Finanzierungsrahmen für dieses strategisch bedeutsame Projekt im Rahmen der Unternehmensplanung 2021 neu zu veranschlagen.

Am **Standort Vaihingen** wird weiter das Ziel verfolgt, die erreichte hohe Auslastung der Tagesklinik in Hinblick auf die verlängerte Projektphase zu halten.
Das RKH-Simulationszentrum erfreut sich sehr großer und überregionaler Nachfrage und befindet sich auf Wachstumskurs. Für das Jahr 2020 ist die Erweiterung geplant. Damit wird auch das Untergeschoss genutzt. Inhaltlich wird das Angebot um Trainingsszenarien für Stationsteams, Ausbildung von Telenotärzte und Leitstellendisponenten erweitert.

Beim **Standort Marbach** wurden die grundsätzlichen Entscheidungen zur weiteren Entwicklung bereits getroffen. Im Jahr 2020 wird mit der Schaffung der planerischen Grundlagen für die Neuausrichtung des Standortes zum Gesundheitscampus begonnen. Die Klinik für Innere Medizin und Geriatrie ist zum heutigen Zeitpunkt aufgegeben. Die Geriatriepatienten werden in Bietigheim-Vaihingen untergebracht und die internistischen Patienten werden in Ludwigsburg versorgt. Im Frühjahr 2020 wurde entschieden, dass die stationäre belegärztliche chirurgische Versorgung mit dem Auslaufen der Kooperationsverträge Ende 2021 nicht weiter geführt wird. Der stationäre Betrieb lässt sich auch aufgrund des hohen ambulanten Potenzials nicht wirtschaftlich darstellen. Die für die Patientenversorgung künftig notwendigen Angebote sollen in einem zweiten Baukörper (Gesundheitszentrum 2) untergebracht werden. Das Gesamtkonzept sieht darüber hinaus die Einrichtung stationäre Angebote im Bereich der Pflege und Pflege-Wohnen durch einen Betreiber und weitere Gesundheitsdienstleistungen vor. Die einzelnen Teilprojekte gilt es im Jahr 2020 gemeinsam mit ausgewählten Kooperationspartnern und der Stadt Marbach städteplanerisch in ein konkretes Gesamtkonzept zu überführen und die gegenseitigen Erwartungen und Aufgaben in einem städtebaulichen Vertrag zu fixieren. Die verkehrstechnische Erschließung bzw. Anbindung spielt dabei eine bedeutende Rolle und soll durch ein entsprechendes Gutachten unterlegt werden.

Neben den Investitionen in die Klinikinfrastruktur werden zahlreiche Optionen verfolgt, um das Wohnungsangebot für Mitarbeiter zu erweitern. Neben Erweiterungsbauten auf eigenen Grundstücken werden auch Möglichkeiten gesucht, bebaubare Grundstücke und Immobilien zu

erwerben. So konnte in 2019 ein Mehrfamilienhaus in der Nähe des Klinikum Ludwigsburg erworben werden.

In den klinikeigenen Wirtschaftsbetrieben Küche und Wäscherei zeichnet sich mittelfristig ebenfalls ein bedeutsamer Sanierungsbedarf ab. Hier gilt es zu untersuchen, ob nicht eine Verlagerung dieser Betriebe in ein eigenes Dienstleistungszentrum wirtschaftlicher ist. Dies würde auch kostenintensive Interimslösungen vermeiden, am Standort Ludwigsburg würde Reserveflächen für den Klinikbetrieb frei und es würde zu einer verkehrstechnischen Entlastung des Klinikareal kommen. Seit Ende 2019 wird bereits an einem Konzept gearbeitet. Mit der Stadt Ludwigsburg kann eventuell ein verkehrsgünstiger Standort am Rande von Ludwigsburg gefunden werden. Die Sondierungsgespräche dazu wurden Anfang 2020 aufgenommen.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 26,0 Mio. € (Vj. 29,5 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Leistungsdaten

Kenngrößen	2019	2018
Stationär behandelte Patienten (voll- u. teilstationär inkl. Psychiatrie)		
Klinikum Ludwigsburg	44.181	45.004
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	18.555	18.488
Krankenhaus Marbach	2.231	2.596
Insgesamt	**64.967**	**66.088**
Anzahl Case-Mix-Punkte		
Klinikum Ludwigsburg	49.312,61	49.516,02
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	15.692,97	15.624,31
Krankenhaus Marbach	2.050,70	2.302,48
Insgesamt	**67.056,29**	**67.442,81**
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)		
Klinikum Ludwigsburg	1,159	1,148
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	0,868	0,869
Krankenhaus Marbach	0,919	0,887
Verweildauer in Tagen		
Klinikum Ludwigsburg	6,89	6,82
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	5,61	5,71
Krankenhaus Marbach	7,89	7,73
Ambulant behandelte Patienten		
Klinikum Ludwigsburg	114.208	127.513
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	36.369	34.986
Krankenhaus Marbach	3.720	3.733
Insgesamt	**154.297**	**166.232**

Krankenhaus (Versorgungsstufe)	Betten 2019	Betten 2018
Klinikum Ludwigsburg (Zentralversorgung)	1.005	1.005
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (Regelversorgung)	416	416
Krankenhaus Marbach (Grundversorgung)	78	78
Insgesamt	**1.499**	**1.499**
Orthopädische Klinik Markgröningen (Maximalversorgung / Fachklinik)	200	200
Kliniken gGmbH und OKM zusammen	**1.699**	**1.699**

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	3.997	4.033
GESAMT	**3.997**	**4.033**

In den patientennahen Bereichen wie Ärztlicher Dienst, Pflegedienst oder Funktionsdienst ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Die im Unternehmensplan vorgesehenen Stellen konnten nicht voll umfänglich besetzt werden. Im Ärztlichen Dienst lag die Ist-Besetzung leicht über Plan (plus 4,5 VK), im Pflegedienst um rund 22 VK und

im Funktionsdienst um rund 4 VK unter der Planung. Im Pflegebereich konnte die Personalbesetzung nur durch die Beschäftigung von rund 60 Anerkennungspraktikanten/innen einigermaßen sichergestellt werden. Ferner musste die KLB gGmbH im Umfang von rund 2,8 Mio. € Zeitarbeitskräfte, überwiegend im Pflege- und Funktionsdienst einsetzen. Die Zahl der rückstellungsrelevanten Überstunden hat sich im Jahr 2019 um 10.370 Stunden reduziert.

Die Zahl der Beschäftigten in den patientenfernen Bereichen wie Verwaltung, Technik oder Hauswirtschaft ist aufgrund von Prozessoptimierungen, Reorganisationsmaßnahmen und Fluktuation zurückgegangen, insgesamt um ca. 22 VK. Im Bereich der Hauswirtschaft, den Verpflegungsbetrieben und der Wäscherei wurden Nachbesetzungen in der Tochtergesellschaft KSG GmbH durchgeführt.

Bei den Ausbildungsplätzen konnten im Jahr 2019 die verfügbaren Kapazitäten besser als im Jahr 2018, aber nicht ganz ausgeschöpft werden. Weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor gut ist, haben die Krankenhäuser im Wettbewerb um Auszubildende oft das Nachsehen. Insbesondere eine Ausbildung in der Pflege erscheint dabei vielen Schulabgängern als nach wie vor zu wenig attraktiv.

In der KLB gGmbH sind 25 neue Altersteilzeitverträge im Jahr 2019 abgeschlossen worden. Weil für die Laufzeit dieser Verträge Rückstellungen gebildet werden müssen, sind die Personalrückstellungen im Jahr 2019 entsprechend gestiegen.

Im Klinikum Ludwigsburg ist der Ärztliche Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin Herr Dr. Walka ausgeschieden. Als sein Nachfolger ist Herr PD Dr. Jochen Meyburg vom Universitätsklinikum Heidelberg zum Ärztlichen Direktor bestellt worden.

Herr PD Dr. Kopf konnte für das Geriatriekonzept im Krankenhaus Bietigheim gewonnen werden und hat seine Tätigkeit als Ärztlicher Direktor der Klinik für Geriatrie zum 01.12.2019 aufgenommen.

Zum 31.12.2019 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2019	**2018**
Anzahl der Beschäftigten	3.988	4.040
Anzahl der Vollkräfte	2.792	2.802
Anteil der weiblichen Beschäftigten	79%	79%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	49%	48%
Anzahl der genehmigten Ausbildungsplätze für Krankenpflege- u. pflegehilfe	295	295
Anzahl der besetzten Ausbildungsplätze im Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich	15	16
Anzahl der besetzten Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenten	20	25
Wohnungen für Mitarbeiter	143	138
Appartements / Zimmer für Mitarbeiter	559	544
Anzahl Betreuungsplätze Kindertagesstätte	80	80

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Betriebsbauten und technische Anlagen werden planmäßig abgeschrieben. Ein stetiger Wertezuwachs entsteht durch die umfangreiche Bautätigkeit. Der aufgebaute Bestand an Anlagen im Bau aus dem Vorjahr wurde in 2019 durch die planmäßigen Inbetriebnahmen mehrere Bauteile in die fertigen Anlagen bzw. technischen Anlagen überführt. Hierzu gehörten z.B. die Errichtung der Notaufnahmestation und Erweiterung der Urologie (Projektvolumen 6,7 Mio. €), die Einrichtung eines 4. Herzkatheterlabors (Projektvolumen 2,7 Mio. €), die Umbauerweiterung der zentralen Sterilgutversorgungsanlage (ZSVA, Projektvolumen 5,1 Mio. €) sowie der Kauf eines Wohnhauses am Standort Ludwigsburg.

Die bilanzierten Finanzanlagen betreffen hauptsächlich den Beteiligungsansatz an der Orthopädischen Klinik Markgröningen, der wertmäßig auch deren Beteiligung an der ORTEMA beinhaltet. Der Beteiligungsansatz an der Orthopädischen Klinik Markgröningen wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar und künftig wieder angestrebt sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaften sollen zunächst innerhalb der Gesellschaften zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Wie im Vorjahr wurden die gebildeten Festwerte der dezentralen Vorräte um einen Risikoabschlag vermindert.
Das strategische Ziel ist, dass die Vorratshaltung in den OP- und Funktionsbereichen edv-technisch verwaltet und überwacht werden kann und dann die Bestände routinemäßig aufgenommen und bewertet werden können. Dazu wird weiterhin eine geeignete Softwarelösung gesucht.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten planmäßig realisiert werden. Durch diese Komplexität in der Forderungsabwicklung besteht weiterhin ein hoher administrativer Aufwand in Verbindung mit den Anfragen des medizinischen Dienstes der Kostenträger, dessen Aufgabe und Vorgehen für 2020 reformiert wurde. Durch die Verrechnungspraxis verlagern sich diese anteiligen Risiken aus den Anfragen von bilanzierten Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, hin zu Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden. Das kalkulatorische Ausfallrisiko hat sich erhöht.

Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern beinhalten, wie im Vorjahr, die Bilanzierung der angeführten Zins- und Tilgungserstattungen durch den Landkreis Ludwigsburg. Diese Position zeigt in welcher Höhe die Bankverbindlichkeiten auf der Passivseite über das Erstattungsmodell (hier Tilgung) vom Landkreis Ludwigsburg der Kliniken gGmbH erstattet werden. Über dieses Modell wird auch der Kaufpreis zum Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen (OKM) abgebildet. Als Forderungen werden ebenfalls die verauslagten Projektkosten bilanziert, bei denen planmäßige Kosten angefallen sind, aber zum Bilanzstichtag noch keine Darlehen aufgenommen wurden. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich durch geplante Darlehensneuaufnahmen und Vorfinanzierungen von Ausgaben bis zur tatsächlichen Darlehensaufnahme im Rahmen der beschlossenen und begonnenen Baumaßnahmen.

In 2019 konnten, wie im Vorjahr, Restkapitalstände bei Darlehen mit auslaufender Zinsbindung vollständig getilgt werden. Der Landkreis Ludwigsburg hat dafür neben der Erstattung des laufenden Kapitaldienstes entsprechende Sondertilgungen zur Verfügung gestellt. Dies mindert den Bestand an Altdarlehen. Durch die Weiterentwicklungspläne wird die Bilanzposition auch künftig das Bilanzbild der KLB prägen. Daneben werden über die Forderung gegenüber Gesellschaftern auch Geldflüsse zur Holding aus der buchhalterischen Abwicklung der Umsatzsteuerorganschaft und aus dem Leistungsaustausch mit dem Verbundlabor abgebildet.
Da für die Baumaßnahmen teilweise bereits Förderbescheide vorliegen, werden diese bis zur liquiditätswirksamen Vereinnahmung als Forderungen bilanziert. Mit dem Eingang der

Fördermittel werden diese mit der Landkreiserstattung verrechnet bzw. auf neue Darlehensaufnahmen verzichtet.
Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind aufgrund des höheren Umsatzvolumens erheblich gestiegen. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind durch die Beteiligung an der RadioOnkologicum MVZ GmbH gestiegen.
Bei den sonstigen Forderungen haben sich die Forderungen aus dem Krankenhausentgeltgesetzt erhöht und werden mit den künftigen Budgets zahlungswirksam verrechnet.

Das hier gezeigte erweiterte Eigenkapital ist um den Saldo aus dem Jahresergebnis und aus der Veränderung des Ausgleichspostens nach Eigenmittelförderung vermindert. Die Eigenkapitalquote hat sich weiter vermindert.

Seit 2012 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite bei der Kliniken gGmbH für die gemeinnützigen Gesellschaften KLB und OKM in einem Cash-Pool-Verfahren fortgeführt. Der „Pool-Führer“ ist die Kliniken gGmbH. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert. Insbesondere bei den „kleinen“ Häusern Marbach und Vaihingen führen die liquiditätswirksamen Bestandteile der kumulierten Jahresergebnisse seit Bestehen dieser Standorte zu einem hohen dauerhaften Bedarf an Betriebsmittelkrediten, der auch nach den durchgeführten bzw. anvisierten Umstrukturierungen bestehen bleiben wird.
Der verringerte Sonderposten zeigt die Neutralisierung der Abschreibungen für die geförderten Investitionen.
Bei den Rückstellungen im Bereich Resturlaubstage liegt ein Aufbau vor, der u.a. auch auf Tarifsteigerungen zurückzuführen ist. Die Rückstellungen für Überstunden konnten konstant gehalten werden. Da das tarifliche Altersteilzeitmodell weiterhin zahlreich beantragt wurde, mussten die bestehende Rückstellung und die Rückstellung für potenzielle Inanspruchnahme erheblich erhöht werden. Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen werden jährlich neu ermittelt. Trotz der erneut hohen Anfragemenge konnte die Bewertung insgesamt verringert werden. Dies ist hauptsächlich auf die massive Abarbeitung von Altfällen zurückzuführen.

In den sonstigen Rückstellungen werden Beträge aus der Rückerstattung von abgeführter Umsatzsteuer, im Rahmen der geänderten Besteuerung der Zytostatikaumsätze, weiterhin zurückgestellt, bis die Abwicklung dieser Beträge mit den jeweiligen Kostenträger endgültig geklärt und vollzogen ist. In 2019 wurden Verhandlungen mit unterschiedlichen Kassenorganisationen geführt und teilweise abgeschlossen. Das Ziel ist, dass im Rahmen des Jahresabschluss 2020 die Abwicklung nun abschließend bilanziert werden kann.

Die Archivrückstellungen konnten aufgrund der digitalen Datenvorhaltung im Vergleich zur konventionellen Langzeitarchivierung weiter abgebaut werden.

Die im Rahmen des Neubaus Frauen-Kind-Zentrum gebildete Rückstellung für ausstehende Rechnungen aus noch strittigen Nachbelastungen durch Planungs- und Baugesellschaften muss aufgrund aktueller Verfahren weiter Bestand haben.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde analog den Vorjahren ermittelt und ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Der Darlehensbestand wurde in Abhängigkeit der Baumaßnahmen planmäßig aufgebaut. Um auf weitere mittelfristige Fremdfinanzierungen zu verzichten werden die Investitionen im kurzfristigen Bereich weitestgehend auf die Pauschalfördermittel begrenzt.
Die Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Fördermitteln vermindern sich um die anteilige Aktivierung der entsprechenden Baumaßnahmen.

In den übrigen Verbindlichkeiten ist zum Bilanzstichtag ein vom Landkreis Ludwigsburg gewährter kurzfristiger Betriebsmittelkredit, wie im Vorjahr, enthalten. Der Landkreis hatte dies im Rahmen der Haushaltspläne beschlossen. Die Kliniken gGmbH erstattet dem Landkreis hierfür eine marktübliche Verzinsung. Dies zeigt sich auch in der zum Stichtag gegebenen Liquidität. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Zum Stichtag gab es im Vorjahr noch offene Baurechnungen.

Finanzlage

In der Fremdkapitalquote spiegelt sich wider, dass die Kliniken gGmbH in Verbindung mit dem Landkreis Ludwigsburg erhebliche Finanzierungsanteile auch für Krankenhausbauten übernehmen. Die Finanzlage ist auch durch die kumulierten Jahresfehlbeträge des Krankenhauses Marbach, des Standortes Vaihingen und der Rehaklinik gekennzeichnet. Diese Standorte benötigen dauerhaft ein Volumen von aktuell rd. 29 Mio. € an Betriebsmittelkrediten.
Zusammen mit dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg wurde bereits in 2013 der vom Landkreis verbürgte Betriebsmittelkreditrahmen neu ermittelt und angepasst. Der Kliniken gGmbH steht damit ein Bürgschaftsrahmen von 40 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus gewährt der Landkreis Ludwigsburg kurzfristige Kassenkredite, die marktüblich verzinst werden. Eine weitere Kreditlinie über 4,0 Mio. € steht über die mit der Tochtergesellschaft OKM geschlossene Cashpool-Vereinbarung zur Verfügung. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin gegeben. Im Berichtsjahr stellt sich die Liquidität aufgrund der gewährten Betriebsmittelkredite ausgeglichen dar.

In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten nach Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagedeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Es wurden also auch Forderungen gegenüber dem Landkreis Ludwigsburg aus seinen Finanzierungsbeschlüssen angesetzt.

Ertragslage

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sind um +6 Mio. € (263 Mio. €, Vj. 257 Mio. €) gestiegen. Die Kostenseite verlief der Erlössituation entsprechend stabil, die Personalkosten haben sich entsprechend den Tarifen angepasst. Der hohe Standard in der Medizintechnik und die weiteren Ausstattungsmerkmale unterstützen diese Entwicklung.

Parallel zu den Steigerungen im stationären Bereich konnten auch die Erlöse aus Wahlleistungen um +0,2 Mio. € (11,6 Mio. €, Vj. 11,4 Mio. €) gesteigert werden. Diese positive Entwicklung basiert auf der Wahlleistung Chefarzt, die um 0,2 Mio. € (8,2 Mio. €, Vj. 8 Mio. €) gestiegen ist.

Weiter haben sich die Erlöse aus ambulanten Leistungen um +3,6 Mio. € (29 Mio. €, Vj. 25,4 Mio. €) positiv entwickelt. Dies ist hauptsächlich dem Bereich Zytostatika zuzuschreiben. Hier liegt ein Anstieg der Erlöse aus Medikamentenabgabe um +1,8 Mio. € (16,0 Mio. €, Vj. 14,2 Mio. €) vor. Außerdem ist ein Anstieg der Institutsleistungen im Bereich spezialfachärztlicher Versorgung in den Fachbereichen Frauenheilkunde, Gastroenterologie und Radioonkologie Strahlentherapie im Klinikum Ludwigsburg hervorzuheben, das ein Zuwachs von 1,2 Mio. € ausmacht.

Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen ist durch eine geringere Anzahl an Überliegern um -883 T€ (-102 T€, Vj. 781 T€) gesunken.

Die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben weisen einen Anstieg um +1,5 Mio. € (25,4 Mio. €, Vj. 24 Mio. €) auf. Dies ist zum einen auf steigende Konzernverrechnungen +0,8 Mio. € (20,4 Mio. €,

Vj. 19,6 Mio. €) und zum anderen auf einen Zuwachs im Bereich Notfallrettung von +0,5 T€ (2,3 Mio. €, Vj. 1,8 Mio. €) zurückzuführen.

Die Aufwendungen sind insgesamt um +13,5 Mio. € (364 Mio. €, Vj. 351 Mio. €) gestiegen.

Den Personalkosten werden in dieser Ansicht neben den eigenen Personalkosten durch die Belegschaft auch bezogene Verwaltungsleistungen, Honorar- und Zeitarbeitskräfte zugeordnet.
Die Kosten für angestelltes Personal sowie Zeitarbeitskräfte haben sich um +11,7 Mio. € (226 Mio. €, Vj. 215 Mio. €) erhöht. Der gestiegene Personalaufwand von +8,2 Mio. € (217 Mio. €, Vj 209 Mio. €) zeigt sich hauptsächlich in der Dienstart Ärztlicher- (+3,7 Mio. €), Pflege- (+2,1 Mio. €) und Funktionsdienst (+1,4 Mi-o. €) sowie im Verwaltungsbereich (+0,7 Mio. €). Außerdem sind die bezogenen Leistungen +3 Mio. € (1,2 Mio. €, Vj. 4,2 Mio. €) gestiegen.

Entsprechend der Entwicklung des Umsatzes und der Leistungen steigt der medizinische Bedarf um +2,0 Mio. € (67,1 Mio. €, Vj. 65,1 Mio. €) an. Vor allem die Bereiche Arzneimittel +1,0 Mio. € (16,5 Mio. €, Vj. 15,5 Mio. €), Blut und Blutkonserven +0,2 Mio. € (2,1 Mio. €, 1,9 Mio. €), das ärztliche und pflegerische Verbrauchsmaterial +0,5 Mio. € (11,6 Mio. €, Vj. 11,1 Mio. €) sowie der Bedarf an Röntgen und Nuklearmedizin +0,1 Mio. € (2,1 Mio. €, Vj. 2,0 Mio. €) weisen einen Anstieg der Kosten auf.
Die Steigerung bei den Arzneimitteln steht im engen Zusammenhang mit der Umsatzsteuerbefreiung auf die Abgabe von patientenindividuell hergestellten Arzneimitteln; parallel mit Umsatzsteuerbefreiung entfällt der Vorsteuerabzug.

Im Wirtschaftsbedarf werden ebenfalls die Reinigungsleistungen der Kliniken Service GmbH geführt. Die Verlagerung von Mitarbeitern in die Servicegesellschaft führt einerseits zum Anstieg dieser Kostenposition als auch zur Verminderung der originären Personalkosten bei den Kliniken selbst.

Die patientenbezogenen medizinische Leistungen erhöhen sich um +0,2 Mio. € (13,9 Mio. €, Vj. 13,7 Mio. €), was Konzernverrechnungen im Bereich Labor zugrunde liegt.

Durch die Zusammenführung von Beschaffung, Management und EDV-technischen Dienstleistungen belaufen sich die Umsätze innerhalb des Konzerns weiterhin auf einem hohen Niveau. Entsprechend verhalten sich die relevanten Aufwandspositionen und Erlöspositionen bei allen Verbundgesellschaften. Grundsätzlich werden Lieferungen und Leistungen verursachungsgerecht verrechnet.
Auch die Versorgung des Holdinglabors mit Material und die Vermietung der Räumlichkeiten schlagen sich in diesen Positionen nieder. Mit der Zusammenführung des Labors auf Holdingebene ist das Labor zum „Kunden“ der Wirtschaftsbereiche geworden, was auch zu den entsprechenden Geldflüssen führt. Die vom Verbundlabor erbrachten Laborleistungen werden in der Gruppe des medizinischen Bedarfs abgebildet. Die Synergieeffekte des Holdinglabors führen zur Senkung der patientenbezogenen Untersuchungskosten.
Bei den Lebensmitteln wird seit 2016 nicht nur der Wareneinsatz sondern auch die Personalkostenanteile gezeigt. Damit wird abgebildet, dass die Kliniken Service GmbH die Gastronomiebereiche als Gesamtdienstleister betreibt. Die Lebensmittel sind um +0,5 Mio. € (11,3 Mio. €, Vj. 10,8 Mio. €) durch allgemeine Preiserhöhungen und Leistungszuwachs angestiegen.

Neben den anstehenden Großprojekten werden laufend die notwendigen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Heiz- und Lüftungstechnik, Wasser- und Energieversorgung durchgeführt. Die Aufwendungen hierfür konnten im Vergleich zum Vorjahr jedoch gesenkt werden.

Auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um -0,6 Mio. € (2,1 Mio. €, Vj. 2,7 Mio. €) gesenkt werden. Hier entfiel seit dem Geschäftsjahr 2019 die Erfolgsbeteiligung Curatis, was

im Vorjahr Aufwendungen von +0,4 Mio. € verursachte. Weiter liefen Mietzahlungen für Multifunktionsprinter-Geräte (MFP) aus, wodurch +0,2 Mio. € gespart werden konnten.

Innerhalb der betrieblichen Aufwendungen ist der Anstieg der Versicherungsprämien für Haftpflicht zu verzeichnen. Hier zeichnet sich ab, dass die Versicherer sich weiter aus dem Klinikmarkt zurückziehen oder die Prämien mangels Konkurrenzsituation nach oben treiben. Planmäßig steigen die Miet-und Nutzungsgebühren für EDV-Ausstattung.
Im Finanzergebnis spiegelt sich grundsätzlich die Finanzierungsseite der Investitionstätigkeit wider. Im Saldo verbleiben die Zinsaufwendungen, die für nicht geförderte Investitionen anfallen. Durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der kleineren Standorte besteht für sie ein hoher Sockelbedarf an Betriebsmittelkrediten, den diese selbst nicht ablösen können.

Das Investitionsergebnis zeigt grundsätzlich im Saldo die Belastung durch die nicht geförderten Abschreibungen. Diese beinhalten auch die Abschreibungsanteile, die z.B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Erträge gedeckt sind.

In 2019 wurde durch den fortschreitenden Digitalisierungsgrad die Rückstellung für Archivierung angepasst, wodurch ein positives Neutrales Ergebnis erzielt werden konnte. Weiter wurde die Rückstellungen für Pensionsansprüche und Beihilfe der Ruhestandsbeamten und die Umsatzsteuererstattungen „Zyto“ aufgelöst.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	3,1	3,8	- 0,7%
Anlagendeckung I in %	9,8	10,4	- 0,6%
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	49,2	50,2	- 1,0%
Anlagendeckung II in %	44,7	41,3	+ 3,4%
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	84,2	81,1	+ 3,1%
Liquiditätsgrad in %	77,1	77,7	- 0,6%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

	2019	2018
Zinserstattung	1.449.298 €	1.772.444 €
Tilgungserstattung*	10.746.692 €	13.896.068 €
Erstattung von Vorfinanzierungszinsen	0 €	0 €
Erstattung insgesamt	**12.195.990 €**	**15.668.512 €**

* davon entfielen in 2019 3,0 Mio. € und in 2018 6,3 Mio. € auf Sondertilgungen.

Ausblick

Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise massiv belastet. Im Mittelpunkt der Auswirkungen steht die ausgesetzte und aufgeschobene Versorgung von Patienten, die insbesondere physische Belastung für die Klinikbelegschaft, der Stopp und Aufschub von laufenden Projekten und Maßnahmen. Wie nachhaltig die daraus resultierenden Kollateralschäden wirken ist noch nicht absehbar. Sicherlich wird man erst im Jahr 2021 wieder von einem „Normalbetrieb“ sprechen können, sofern keine weiteren Infektionswellen auftreten und neue Restriktionen die Handlungsfähigkeit beschränken. Auch ist noch nicht bewertbar, in wie weit die Verluste in der Industrie, beim Handwerk und letztlich in den Finanzmärkten bei den Kliniken ankommen. Außerdem ist zu beobachten, dass die Patienten bereits ihr Verhalten verändert haben. Im Laufe des April 2020 wurde deutlich, dass Patienten trotz medizinischer Notwendigkeit Kliniken meiden und Behandlungen so weit als möglich hinauszögern. Der wissenschaftliche Beirat des IQM e.V. bemerkt einen signifikanten Rückgang der stationären Fälle und prognostiziert eine sockelwirksame Absenkung der Nachfrage nach stationären Leistungen.
Innerhalb der RKH wurde je Standort eine Zielauslastung für das laufende Geschäftsjahr formuliert, die es nun zu erreichen gilt. Bei der Vorausschau bis Ende 2020 bzw. Mitte 2021 wird unterstellt, dass zum Ende 2020 wieder das Leistungsniveau des Vorjahres 2019 erreicht wird. Dies hängt in hohem Maße von den Vorgaben des Bundes und der Länder zur Vorhaltung freier Ressourcen ab. Von einer weiteren Infektionswelle in 2020, die zu einem erneuten Lockdown führt, wird zunächst nicht ausgegangen. Dennoch werden zur Gewährung der Versorgungssicherheit innerhalb der RKH Ressourcen für mögliche intensivpflichtige COVID-Fälle frei gehalten. Insbesondere die Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Handicap weisen nach wie vor ein hohes Risikopotenzial auf. Im Ernstfall werden für diese potenziellen Risikopatienten zahlreiche Klinikkapazitäten im jeweiligen Einzugsgebiet benötigt. Da die RKH in der Corona-Krise zwei COVID-Zentren gebildet hat, zeigt sich das Risiko aus einer etwaigen zweiten Welle in den Standorten sehr unterschiedlich. Mit dem Beginn der klassischen Influenzazeit im vierten Quartal kann es erneut zu Einschränkungen im elektiven Klinikbetrieb kommen.
Die Belegungsentwicklung wird stetig überwacht und gesteuert, so dass einerseits die Versorgung wieder aufgebaut und andererseits auf neue Infektionsherde sofort reagiert werden kann. Dafür werden auch die Notfallstrukturen einsatzbereit gehalten und die Reichweiten der Vorräte relevanter Sachmittel ausgeweitet. Die Versorgungssicherheit basiert immer auf der Annahme, dass das Klinikpersonal selbst gesund und einsatzbereit ist. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche Urlaubstage in das zweite Halbjahr übergehen werden.
Trotz der bekannten finanzielle Kompensationsmaßnahmen durch das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz ist absehbar, dass die Jahresziele 2020 der Kliniken nicht erreicht werden können und eine Deckungslücke aus dem laufenden Betrieb bei den Kliniken verbleibt.
Damit geht die Sicherung der Liquidität einher. Durch die nahezu konstante Kostenseite ist eine erhebliche Unterdeckung des laufenden Betriebes entstanden. Durch den rasanten Anstieg der Bezugskosten für Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und andere relevante Materialen sowie Sonderkosten innerhalb der Krisensituation ist die Liquidität zusätzlich belastet. Außerdem mussten aufgrund der unklaren Lage bei Zulieferern die Vorräte von Medikamenten über Sauerstoff bis hin zu medizintechnischen Kleinteilen erheblich aufgestockt werden. Sogar für die

orthopädische Fachklinik Markgröningen wurde der Lockdown umgesetzt und später eine Übergangsstation für entlassfähige COVID-Patienten zur Entlastung der umliegenden Pflegeeinrichtungen eingerichtet. Ein ähnliches Konzept wurde im Krankenhaus Marbach zu Lasten von operativen belegchirurgischen Eingriffen angeboten. Als sofortige Gegensteuerungsmaßnahmen wurde in enger Abstimmung mit den Landkreisgesellschaftern die Optionen für kurzfristige Übergangskredite, die Erhöhung der Kreditlinie bei den Hausbanken und das zeitliche Vorziehen von geplanten Darlehensaufnahmen für bereits laufende Bauprojekte abgestimmt und nach Bedarf umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch keine verbindlichen und kalkulierbaren Aussagen der Bundes- und Landesregierung zu den angedachten Entlastungs- und Kompensationsmaßnahmen vor. Letztlich konnte ein Teil der Entlastungen ab Ende April 2020 zahlungswirksam vereinnahmt werden.
Die überschlägige Ermittlung dieser Kompensationshilfen deutet darauf hin, dass Kliniken mit einem hohen durchschnittlichen Schweregrad finanziell benachteiligt werden. Also genau die Kliniken mit einem hohen Spezialisierungsgrad, hoher fachlicher Expertise und in denen im RKH-Konzept die COVID-Patienten bewusst konzentriert und Hochleistungsressourcen für Notfälle frei gehalten wurden.
Dennoch konnte die Zahlungsfähigkeit im ersten Halbjahr durch die Zusicherungen der Landkreisgesellschafter aufrechterhalten werden. Im Saldo wird jedoch ein finanzieller Schaden entstehen, der zu Lasten der Kliniken bzw. zu Lasten der Gesellschafter gehen wird.
Aktuell wird davon ausgegangen, dass die Zahlungsfähigkeit der Kliniken erhalten bleibt. Dabei wird auch unterstellt, dass die Finanzierungshilfen des Bundes und des Landes real ankommen und nicht möglicherweise über andere Ausgleichsmechanismen an anderer Stelle zu Lasten der Kliniken faktisch wieder verrechnet werden. Ohne die Gewährträgerschaft der kommunalen Landkreisgesellschafter wäre der Fortbestand der Kliniken gefährdet.

Für das Jahr 2020 ist davon auszugehen, dass die ursprünglichen Planungen nicht erreicht werden. Insgesamt könnte eine Deckungslücke im einstelligen unteren Millionenbereich entstehen. Aufgrund der vorhandenen Kreditlinien und der Finanzierungshilfen des Landkreises Ludwigsburg wird davon ausgegangen, dass die Zahlungsfähigkeit auch im Folgejahr 2021 jederzeit gegeben ist.

Weiterhin sollen Kooperationen zum Wohle der Patienten ausgebaut werden. Neue Technologien wie Telemedizin schaffen in den unterschiedlichen Fachdisziplinen neue Chancen. Die RKH und ihre Kliniken hat den Anspruch in diesem Feld eine führende Rolle einzunehmen.

OKM Orthopädische Klinik Markgröningen

Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-0
E-Mail	info.okm@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	19.08.1998

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Fachkrankenhauses für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen im Landkreis Ludwigsburg. Im Übrigen wird das Unternehmen nach dem jeweils geltenden Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg betrieben. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Orthopädische Klinik Markgröningen ist ein Kompetenzzentrum für Orthopädie und Rückenmarksverletzte. Sie zählt mit 200 Betten zu den größten Fachkliniken mit diesem Schwerpunkt in Deutschland und gehört durch ihre Gründungshistorie zu den ältesten orthopädischen Institutionen Europas. Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH inklusive deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beworben. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbunds vervollständigt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 4.545.100 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	4.545.100	100

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
ORTEMA GmbH	26.000	100
RKH-MVZ-OKM gGmbH	25.000	100
RKH Privatkliniken GmbH	25.000	100

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (Vorsitzender der Geschäftsführung) Olaf Sporys	
Aufsichtsrat		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
Vertreter des Landkreises Ludwigsburg		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Claus-Dieter Meyer Ralf Trettner	Konrad Epple Joachim Kölz Karl-Heinz-Schlumberger
Mitglieder – Freie Wähler	Jan Trost Dirk Schaible Werner Möhrer	Ralf Zimmermann Rainer Gessler Jürgen Scholz
Mitglieder – SPD	Egon Beck Thomas	Dorothea Bechtle-Rüster Ramona Schröder
Mitglieder – Grüne	Dr. Uwe Stoll Jürgen Waser	Helmut Fischer Susanne Schwarz-Zeeb
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Dr. Horst Ludewig Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Wolfram Scheffbuch	Andreas Frisch
Gäste – AfD**	Walter Müller	Andreas Schönberger (bis 11.11.2019)

Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen		
Mitglieder – CDU	Marcus List	Thomas Wiesbauer
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Dr. Rolf Breitenbücher
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühltau
Mitglieder – FDP	Dr. Arno Steiler	Dr. Georg Mehrle
Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Manuela Buchholz
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher Nadja Schmidt	Martin Oster Ralf Kurfiss

** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Aufgrund der Kommunalwahl im Jahr 2019 ergaben sich Veränderungen bei den ordentlichen Mitgliedern und auch bei den benannten Stellvertretern. Kleinere Veränderungen ergaben sich auch bei den Vertretern der Mitarbeiter.

Als ordentliche Mitglieder des Landkreises Ludwigsburg sind zum 19.07.2019 ausgeschieden: Manfred List, Erich Zucker (beide CDU), Herbert Pötzsch, Jürgen Scholz (beide FW), Dr. Eckhart Bohn, Thorsten Majer (beide SPD), Andrea Stockmayer-Mohn, Andreas Roll (beide GRÜNE), Hans-Jürgen Kemmerle (Gast der LINKEN).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Gero Dorda, Siglinde Lischke, Dr. Jakob Sigle (alle CDU), Gerd Maisch (FW), Erika Pudleiner, Dr. Gertrude Sterzer-Breitenbücher (beide SPD), Peter Schimke (Gast der LINKEN).

Als ordentliche Mitglieder der Stadt Bietigheim-Bissingen sind zum 09.07.2019 ausgeschieden:
Dr. Wolfgang Pfeiffer (CDU), Dr. Georg Mehrle (FDP).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Jürgen Weller (CDU), Prof. Dr. Heinrich Heyes (SPD), Götz Noller (FDP), Attila Tür (GAL).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 5.400,00 € (Vorjahr: 3.840,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft
Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft das Fachkrankenhaus für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze
Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die OKM in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen ist, erfüllt sie die Voraussetzungen des KHG und erhält sowohl Einzelfördermittel, als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Die OKM erhält vom Landkreis Ludwigsburg keine Investitionszuschüsse und muss deshalb ihre Investitionskosten selbst erwirtschaften. Der Landkreis Ludwigsburg gewährt der OKM aber für deren Darlehens- und Betriebsmittelbedarf Kommunalbürgschaften, so dass die OKM von günstigen Zinskonditionen profitieren kann.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und zum Teil noch über Pflegesätze zu finanzieren. Für die OKM werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft
Hierzu wird auf die Ausführungen bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH verwiesen.

Entwicklung des operativen Geschäfts
Im Rahmen der Budgetverhandlungen 2017 und 2018 hatte sich gezeigt, dass die Kassenseite bei der Berechnung des Fixkostendegressionsabschlag nicht anerkennt, dass das Land Baden-Württemberg den Wachstumskurs der OKM befürwortet, was sich in der Investitionsförderung niedergeschlagen hatte. Einerseits wird die Konzentration hochspezialisierter Leistungen sowohl vom Gesetzgeber als auch von den Kostenträgern gefordert, andererseits bestehen für die Kliniken durch die Finanzierungsregeln keine Anreize. Die Klinik hatte sich deshalb strategisch dafür entschieden, keine Mehrmengen mehr auf dieser Basis zu vereinbaren, sondern künftig selbstzahlende Patienten und Patienten mit einer privaten Krankenversicherung anteilig über die oben genannte Privatklinik am Standort zu versorgen und abzurechnen.
Die OKM, als Fachklinik, wird erneut besonders hart von der Abwertung der orthopädischen Leistungen (- 2,3 %) durch den so genannten Katalogeffekt getroffen. Obwohl die Patientenzahl gegenüber dem Vorjahr um +466 angestiegen ist, sinkt das Volumen der Case-Mix-Punkte um -133 Punkte ab. Hier zeigt sich der Katalogeffekt, aber auch die um -0,099 gesunkene durchschnittliche Fallschwere.
Seit 2017 werden die Entgeltkataloge in einer Art Kellertreppeneffekt abgesenkt, sodass das Budget der OKM jährlich ein Volumen von rd. 2 Mio. € verliert. Dies wirkt sich unmittelbar auf das finanzielle Ergebnis aus, wie es den jeweiligen Jahren zu entnehmen ist. Ohne diese Effekte wäre ein ausgeglichenes Jahresergebnis erreichbar. Zusätzlich haben die genannten Einschränkungen durch die baulichen Maßnahmen im OP-Bereich das Erreichen der Jahresziele behindert.

Außerdem konnte die Sanierung der Küchenbereiche nicht wie geplant fertiggestellt werden, sodass zusätzliche Interimskosten angefallen sind.
Ergänzend zu den eigenen Gegensteuerungsmaßnahmen ist für 2020 vorgesehen, gemeinsam mit den Branchenspezialisten des Institute of Health Care Business (HCB) eine Chancen- & Risikoanalyse vorzunehmen. Durch den Vergleich mit anderen Fachkliniken sollen deren Erfolgsfaktoren analysiert und sofern möglich auf die OKM übertragen werden. Das Ziel ist, dass die OKM wieder ausgeglichene Jahresergebnisse erreicht. Neben der externen Unterstützung wird noch eine interne Analyse der Prozesse erfolgen.
Der Start in das Geschäftsjahr 2020 hat gezeigt, dass der Wachstumskurs erreichbar ist. In den ersten beiden Monaten konnte eine 12 %ige Fallzahlsteigerung erreicht werden. Durch eine niedrigere Verweildauer war die Auslastung um rd. 3 % höher im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg im CaseMix-Volumen wurde mit +15% verbucht. Bei einer Weiterführung dieser Entwicklung wäre die Privatklinik im zweiten Quartal in Betrieb gegangen und somit die Basis für ein ausgeglichenes Ergebnis 2020 vorhanden. Durch die CORONA-Krise wurde dieser Trend gestoppt.

Investitionsbereich

Die Entwicklung der OKM basiert auf einem langfristigen Konzept, das seinen Ursprung in 2010 hat und in den Folgejahren fortgeschrieben wurde. Darauf aufbauend wurden in den vergangenen Jahren ein Neubau errichtet sowie die Bettenhäuser saniert, was insgesamt zu einer Erhöhung der Bettenkapazitäten geführt hat. Danach wurde die besondere Behandlungseinheit, die konservative orthopädische Komplexbehandlung inklusive multimodaler Schmerztherapie, als neues Behandlungsspektrums baulich umgesetzt und eingerichtet. Das Erweiterungskonzept der OP-Bereiche beinhaltet 2 Stufen. In der 1. Stufe wurden auf dem Neubau, auf Ebene der Akademie, 2 Säle ausgebaut und in Betrieb genommen sowie ein 3. Saal optional vorbereitet. Im Jahr 2018 ist es durch die Leistungssteigerung gelungen, die Bedarfsgerechtigkeit des 3. Saales nachzuweisen. Auf dieser Basis hat das Land-Baden Württemberg nun auch den Bau und die Einrichtung dieses Saales nachträglich gefördert. Mit der Inbetriebnahme des 3. OP-Saales im Neubau stehen auch dort 3 OP-Säle zur Verfügung, wie es von Beginn an geplant war. Ohne den Saal wäre das Halten der Leistungszahlen während der Sanierung der Säle 4 + 5 nicht möglich gewesen.
Die 2. Stufe wurde Ende 2017 begonnen und beinhaltet eine Erweiterung innerhalb des Zentral-OP von bisher 5 auf 6 Säle. Dieser zusätzliche Saal wurde als Hybrid-OP für den Wirbelsäulenbereich ausgebaut. Ein Hybrid-OP beinhaltet neben der OP-Funktion auch eine Navigationseinheit sowie eine intraoperative Bildgebung (Diagnostik) mittels CT oder MRT. Damit kann bei den sehr komplexen Wirbelsäuleneingriffen ein bestmögliches Operationsergebnis und eine sehr hohe Patientensicherheit erreicht werden.
Gleichzeitig wurde die Erweiterung der zentralen Sterilgutversorgungsabteilung (heute: AEMP) sowie die Reorganisation der sterilen Lagerhaltung im laufenden Betrieb vorgenommen. Während der Umbauphase mussten 2 der 5 OP-Säle vom Betrieb abgekoppelt werden. Die Verlegung der Lüftungszentrale erfolgte über eine aufwendige Dachkonstruktion über dem OP-Dach, um die Räume unterhalb der Installationen zu schützen.
Der Abschluss der OP-Erweiterung hatte sich durch zusätzlich notwendige Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen verzögert, so dass der ursprünglich vorgesehene Abnahmetermin nicht Ende November 2018 sondern Ende März 2019 war. Zum möglichen Start bestanden jedoch gravierende Personalengpässe beim Funktionspersonal und bei der Anästhesie. Eine Inbetriebnahme war deshalb erst ab Oktober 2019 möglich. Damit ist auch diese umfassende bauliche Erweiterung der OKM abgeschlossen und es steht nun eine moderne und leistungsfähige orthopädische Fachklinik für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Insgesamt wurden für die 3. Stufe rund 15 Mio. € finanziert, von denen das Land rund 9 Mio. € fördert. Im Rahmen dieser Erweiterungsmaßnahme müssen auch die OP-Säle 1 bis 3 aus der Zeit der Erstinbetriebnahme insbesondere in den Gewerken Trinkwasser und Brandschutz saniert werden. Da auch diese Maßnahme eine deutliche Einschränkung des laufenden OP-Betriebes bedeutet, ist eine sehr gute Vorbereitung und Planung notwendig. Dies soll in 2021 erfolgen.

Die ursprünglich für 2018 geplante Generalsanierung der Produktionsküche und Spülküche wurde in das Jahr 2019 verlagert, um den Klinikbetrieb nicht mit zu vielen parallel laufenden Baumaßnahmen zu belasten. Durch die alte Bausubstanz mussten zusätzliche Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Bauzeit musste deshalb von ursprünglich geplanten 6 – 8 Monaten auf rd. 12 Monate verlängert werden. Erst kurz vor dem Jahreswechsel 2019/2020 konnte der Küchenbetrieb wieder planmäßig aufgenommen werden.

Zusammen mit der ORTEMA besteht ein hochmodernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort anbieten kann. In diesem Zusammenhang wurden schon die Werkstätten für die ORTEMA durch einen Anbau vergrößert. Bei den schon gestiegenen und perspektivisch noch weiter steigenden stationären Patientenzahlen wurde 2018 die Entscheidung getroffen, einen Neubau für die ambulante Rehabilitation mit 50 – 60 Plätzen zu errichten. Der Aufsichtsrat der OKM hatte die Baumaßnahme in der Sitzung am 23.11.2018 freigegeben. Der Neubau eines Ambulanten Orthopädischen Rehabilitationszentrums (AOR) wurde direkt neben dem bestehenden Betriebsgebäude auf dem Parkplatz in zweigeschossiger Bauweise umgesetzt. Da diese Fläche zur Erbbaufläche des schon bestehenden Immobilienleasingmodells der OKM gehört, hat OKM nicht selbst investiert, sondern wieder die Deutsche Anlagenleasing/Karbonat - finanziert durch die Kreissparkasse Ludwigsburg. Leasingnehmer ist die OKM, die wiederum das Gebäude an die ORTEMA untervermietet hat. Da das Leasingprojekt eine Laufzeit von 20 Jahren hat und nun schon mehr als 10 Jahre läuft, wird dieser Bauabschnitt allerdings mit einer Anschlussfinanzierung des zum Zeitpunkt der Übernahme bestehenden Ablösewertes finanziert. Die Inbetriebnahme ist wie geplant im Oktober 2019 erfolgt.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 6,0 Mio. € (Vj. 7,0 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Leistungsdaten

Kenngrößen	2019	2018
Stationär behandelte Patienten	9.641	9.175
Anzahl Case-Mix-Punkte	14.461	14.594
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)	1,500	1,599
Verweildauer in Tagen	5,67	6,71

Zusätzlich wurden in 2019 37.079 (Vj.32.065) Patienten ambulant behandelt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	613	596
GESAMT	**613**	**596**

Die Zahl der Vollkräfte ist im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 2 VK leicht gesunken. Die im Unternehmensplan vorgesehene Stellenzahl, die auch bereits das Leistungsgeschehen der Privatklinik beinhaltet hat, wurde zunächst um rund 18 VK unterschritten, davon Ärztlicher Dienst rund 1,0 VK und Pflegedienst rund 15,5 VK. Gegenüber dem Vorjahr ist die VK Zahl im Pflegedienst um rund 8,0 VK gesunken. Allerdings mussten deshalb ganzjährig Zeitarbeitskräfte eingesetzt werden. Die Kosten hierfür lagen bei ca. 880.000 € (VJ: 35.379 €). Im Funktionsdienst musste in 2019 nicht auf Zeitarbeitskräfte zurückgegriffen werden (VJ: 102.011 €). Die Zeitarbeit im ärztlichen Dienst betrifft die Weiterbildung eines Oberarztes einer BG Klinik im Wirbelsäulenzentrum, der dies im Rahmen der Personalüberlassung auf einer dafür nicht besetzten Assistenzarztstelle absolviert hat. Die Rückstellungen für Überstunden und Resturlaub wurden um 50.000 € erhöht.

Zum 31.12.2019 haben sich folgende Personalkenngrößen ergeben:

	2019	2018
Anzahl der Beschäftigten	616	596
Anzahl der Vollkräfte	436	438
Anteil der weiblichen Beschäftigten	77%	76%
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	43%	41%
Anzahl der Ausbildungsplätze für Krankenpflege	18	19
Anzahl besetzten Ausbildungsplätze im Verwaltungs-/Wirtschafts- und medizinisch-technischen Bereich	8	8
Anzahl besetzten Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenten	8	7
Anzahl besetzte Ausbildungsplätze in der Orthopädie-Technik	4	4
Belegte Ausbildungsplätze insgesamt	38	38
Appartements / Zimmer für Mitarbeiter	99	99

Lage des Unternehmens

Vermögenslage
Das Sachanlagevermögen nimmt aufgrund der Maßnahmen im Rahmen der Erweiterung und Neugestaltung der OP-Kapazitäten planmäßig zu. Da die OKM einen hohen Anteil der Investitionen selbst finanzieren muss, zeigt sich die Investitionstätigkeit nicht im Sonderposten. Dieser nimmt planmäßig ab.
Die Darlehensverbindlichkeiten nehmen zum Stichtag ebenfalls ab, da zunächst liquide Mittel für Investitionen verwendet werden.
Die Finanzanlagen betreffen die Beteiligung an der ORTEMA GmbH und an den Neugründungen. Dieser Beteiligungsansatz wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der

ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaft sollen zunächst innerhalb der Gesellschaft zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Die Vorräte konnten gegenüber dem Vorjahr abgebaut werden.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen Leistungen konnten planmäßig realisiert werden. Durch diese Komplexität in der Forderungsabwicklung besteht weiterhin ein hoher administrativer Aufwand in Verbindung mit den Anfragen des medizinischen Dienstes der Kostenträger, dessen Aufgabe und Vorgehen für 2020 reformiert wurde. Durch die Verrechnungspraxis verlagern sich diese anteiligen Risiken aus den Anfragen von bilanzierten Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, hin zu Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden. Das kalkulatorische Ausfallrisiko hat sich erhöht.

Seit Mitte 2009 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite zusammen mit der Kliniken gGmbH in einem Cash-Pool-Verfahren abgewickelt. Der „Pool-Führer" ist die Kliniken gGmbH. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Die Synergie dabei ist, dass die Zinsen innerhalb des Verbundes verbleiben und die Geldmittel jederzeit verfügbar sind. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bilanziert. Im Berichtsjahr hat die KLB ein hohes Finanzmittelvolumen der OKM zur Verfügung gestellt. Daher steigen die übrigen Verbindlichkeiten an.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die notwendigen Verrechnungen mit der ORTEMA und anderen Verbundgesellschaften zum Jahresende. Durch die gesellschaftsrechtliche Ausgliederung des Teilbereiches Orthopädietechnik von der OKM an die ORTEMA in 2018 halten sich die Forderungen auf Vorjahresniveau.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen ist das Finanzierungsmodell für die Gebäudefinanzierung der ambulanten Rehabilitation sowie die Raumerweiterung der Radiologie abgebildet.

Trotz der erheblichen Finanzierungsanteile zeigt sich noch eine auskömmliche Liquidität und Eigenkapitalstruktur.

Bei den übrigen Rückstellungen mussten die Personalrückstellungen moderat aufgebaut werden. Da das tarifliche Altersteilzeitmodell teilweise genutzt wird, wurde diese Rückstellung leicht angepasst.
Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen werden jährlich neu ermittelt. Als Fachklink verzeichnet dies OKM eine sehr hohe Anfragequote. Im Ergebnis war eine Zuführung zur Rückstellung notwendig.

Bei der Ermittlung der Rückstellung zur Einhaltung der Aufbewahrungspflichten (Archivierung) wurde in 2018 der Anteil der in der Zwischenzeit in digitaler Form archivierten Informationen erhoben und bewertet. Bei der OKM werden die Unterlagen des Finanz- und Rechnungswesens in digitaler Form aufbewahrt. Im Bereich der Patientenakte verläuft die Langzeitarchivierung noch auf konventionelle Art. Bei steigenden Patientenzahlen führt dies im Berichtsjahr zu einer Zuführung. Mit dem wachsenden Digitalisierungsgrad bzw. Anteil kann die vorhandene Rückstellung künftig schrittweise abgebaut werden, da die Kosten der digitalen Datenvorhaltung im Vergleich zur konventionellen Langzeitarchivierung als niedriger bewertet werden. In 2020 ist vorgesehen das Papierarchiv in Räumlichkeiten am Klinikum Ludwigsburg zu verlagern, um bisher anfallende Mietkosten einzusparen.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Die erhaltenen Fördermittel wurden nahezu verwendet. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen steigen durch Abrechnungen der Sanierungsmaßnahmen zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr an.

Finanzlage

Die Finanzlage der Klinik ist trotz des erneuten negativen Jahresergebnis 2019 noch stabil. Da die Investitionen in einem hohen Maße selbst finanziert werden, müssen Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden, um auch künftig wieder ausgeglichene Ergebnisse zu erreichen. In Hinblick auf das Jahr 2020 besteht noch ein solider Eigenkapitalsockel, dennoch sind die Effekte aus der Corona-Krise noch nicht abschließend bewertbar. Die OKM profitiert auch davon, dass der Landkreis Ludwigsburg Bürgschaften für Darlehen und Betriebsmittelkredite gewährt. Unterstützt durch den genannten Cash-Pool geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Liquidität der OKM gesichert werden kann. Sollten diese Maßnahmen die Effekte aus der Corona-Krise wider Erwarten nicht kompensieren, muss im Rahmen der Unternehmensplanung 2021 mit dem Landkreis Ludwigsburg über eine ggfs. temporäre Unterstützung beraten werden.
Die dargestellte Eigenkapitalquote bezieht sich auf die um die Anteile der Landesförderung gewährten Finanzierungsmittel bereinigte Bilanzsumme. Die Quote sinkt aufgrund des Fehlbetrages trotz leicht rückläufiger Bilanzsumme leicht ab.
Die Anlagendeckung zur Finanzierung des Anlagevermögens erhöht sich aufgrund der stabilen Liquidität. Die Baukosten sind fast vollständig mit langfristigen Geldmitteln ausfinanziert.

Ertragslage

Das Leistungsvolumen im stationären Fallzahlbereich ist gestiegen, hingegen ist das Casemixvolumen leicht rückläufig, was sich auch durch eine sinkende Fallschwere (Casemix Index) im Vergleich zum Vorjahr zeigt. Die Personalkosten steigen insbesondere durch die tariflichen Steigerungen. Die Zahl der Vollkräfte ist im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 2 VK leicht gesunken. Die Zahl der Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 20 Beschäftigte gestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sind um +1,7 Mio. € (53,7 Mio. €, Vj. 52,0 Mio. €) gestiegen. Dabei wurde eine Erlössteigerung von + 0,7 Mio. € im DRG-Bereich erzielt. Weiter sind im Vergleich zum Vorjahr die Zunahme der Erlöse aus Ausgleichen von +2,8 Mio. € und die Ab- und Zuschläge in Summe von -1,9 Mio. € hervorzuheben.

Die Erlöse aus Wahlleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um +0,1 Mio. € (5,0 Mio. €, Vj. 4,9 Mio. €) weiter gestiegen, hauptsächlich im Bereich Chefarztwahl. Dies bestätigt weiterhin die Konzeption des Neubaus.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen konnte in 2019 ebenfalls um +0,3 Mio. € (2,2 Mio. €, Vj. 1,9 Mio. €) gesteigert werden. Ein hoher Anteil der Leistungssteigerung kommt aus den Bereichen ambulantes Operieren und Chefarzt.

Die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben sind um -165 T€ (589 T€, Vj. 754 T€) gesunken. Dieser Erlösrückgang äußert sich stark im Bereich Küche, was sich durch die Umbauphase in 2019 erklären lässt. Hierdurch sind externe Erlöse, wie die Belieferung von Kitas und Warenverkäufe ausgeblieben.

Unter den Erträgen aus Vermietung steigen die Umsätze mit der ORTEMA, die nun nach Fertigstellung die neu entstandenen Räume für die Orthopädietechnik mit Werkstätten nutzt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um +0,6 Mio. € (3,5 Mio. €, Vj. 4,1 Mio. €) gestiegen. Zum einen durch eine Rückerstattung der Raumanpassungskosten für den Einbau eines 2. MRTs in der OKM mit + 629 T€ und zum anderen tragen Seminare mit +34 T€ zur Erlössteigerung bei. Durch die Umstellung der Buchungssystematik für die Personalkosten der KSG- und TVöD Mitarbeiter erfolgt im Bereich betriebliche Erträge außerdem eine Erstattung von der Kliniken Service

GmbH. Der Gegenposten für diese Verrechnung erscheint im Bereich Lebensmittel bzw. bezogene Leistungen.

Bei den betrieblichen Erträgen zeigt sich die Abwicklung des Energieversorgungskonzeptes. Seit 2012 mietet die OKM die technischen Anlagen an und ist somit zum Energieerzeuger.

Die Steigerung der gesamten Personalkosten entsteht hauptsächlich durch den Anstieg der Tarife und dem Personalaufbau, maßgeblich im Bereich Ärztlicher Dienst. Außerdem musste erneut außerplanmäßig auf Zeitarbeitskräfte in Höhe von 976 T€ zurückgegriffen werden, was größtenteils im Bereich der Pflege notwendig war. Insgesamt steigen die Kosten für angestelltes Personal sowie Zeitarbeitskräfte u.ä. somit um rd. +2 Mio. € (39,5 Mio. €, Vj. 37,5 Mio. €).

Der Medizinische Bedarf ist ebenfalls um +0,8 Mio. € (12,3 Mio. €, Vj. 11,5 Mio. €) gestiegen. Vor allem zeigt sich beim Ärztl. u. pfl. Verbrauchsmaterial, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf und im Bereich Implantate eine Aufwandssteigerung, was mit der Erweiterung der OP-Kapazität und Fallzahlsteigerung korreliert.

Eine Erhöhung der Aufwendungen um +0,9 Mio. € (2,1 Mio. €, Vj. 2,0 Mio. €) im Bereich der Speisenversorgung und Lebensmittel basiert hauptsächlich auf den Kauf von Lebensmitteln. In der Zeit der Umbauphase musste eine Fremdbelieferung über die Firma Apetito in Anspruch genommen werden.

Die Rückstellungen für Überstunden und Urlaub wurden insgesamt um +55 T€ erhöht. Die Rückstellung für Jubilare hat sich ebenfalls leicht erhöht. Die Verpflichtungen aus dem tariflichen Altersteilzeitmodell sowie die Rückstellung für das Archiv wurden im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Die Rückstellungen für MDK-Risiken wurden um +139 T€ erhöht.

Die direkte arbeitsrechtliche Anbindung der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte an die Regionale Kliniken Holding vermindert die originären Personalkosten und erhöht den Bedarf an gestelltem Personal. Zusätzlich führt die Verlagerung von Arbeitsaufgaben innerhalb des Verbundes zum Tausch von originären Personalkosten zu Personalkostenverrechnungen (Personalgestellung). Grundsätzlich werden Leistungen verursachungsgerecht und kostenneutral verrechnet. Durch die Zusammenführung der EDV-Technologie und der EDV-technischen Dienstleistungen steigen ebenfalls die Leistungsbeziehungen innerhalb des Verbundes. Hard – und Software werden zentral über das verbundinterne EDV-Zentrum (Klinikum Ludwigsburg) beschafft und auch dort inventarisiert. Sämtliche Pflege- und Wartungsverträge werden ebenfalls über das Rechenzentrum abgewickelt. Die daraus resultierenden Nutzungsgebühren werden bei den Nutzern im Investitionsergebnis abgebildet. Die Nutzungsgebühren für Personal- und Sachkosten des EDV-Zentrums sind dem Betriebsergebnis (Verwaltungsbedarf) zugeordnet. Dadurch fallen für die Investitionsseite keine direkten Investitionskosten an.

Der Instandhaltungsbereich ist gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Mio. € (1,9 Mio. €, Vj. 1,5 Mio. €) gestiegen. Hier fielen höhere Sanierungskosten im OP-Bereich (Brandschutzmaßnahmen) an.

Eine Erhöhung im Wartungsbereich sowie ein erhöhter Werkstattbedarf lassen die Aufwendungen ebenfalls ansteigen.

Die Steuerlast bezieht sich auf die positiven Ergebnisse der steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe. Die Gewinnerzielung führt einerseits zu Ertragsteuern, andererseits auch zu Anspareffekten für neue Investitionen in diesen Bereichen. Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde an die Ergebnisentwicklung und die abgeschlossene Betriebsprüfung angepasst. Hier zeigt sich die mittlerweile hohe Auslastung des Parkhauses.

Durch die hohen Finanzierungsanteile an den Baumaßnahmen und die Investitionstätigkeit steigen die Abschreibungen an. Die Zinsaufwendungen bleiben aufgrund des niedrigen Zinsniveaus stabil.

Im Investitionsergebnis zeigen sich auch die Abschreibungsanteile, die z.B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Entgelte gedeckt sind.

Das neutrale Ergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um -676 T€ gesunken. In diesem Ergebnis werden auch die Auflösungen von Rückstellungen gezeigt. Die Erhöhung der Rückstellung für Anfragen des med. Dienstes haben maßgeblich zum negativen Ergebnis beigetragen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	14,8	18,4	- 3,6%
Anlagendeckung I in %	15,5	19,3	- 3,8%
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	48,4	55,3	- 6,9%
Anlagendeckung II in %	16,8	20,4	- 3,6%
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	49,7	56,4	- 6,7%
Liquiditätsgrad in %	114,7	141,0	- 26,3%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise massiv belastet. Im Mittelpunkt der Auswirkungen steht die ausgesetzte und aufgeschobene Versorgung von Patienten, die physische Belastung insbesondere für die Klinikbelegschaft, der Stopp und Aufschub von laufenden Projekten und Maßnahmen. Wie nachhaltig die daraus resultierenden Kollateralschäden wirken ist noch nicht absehbar. Sicherlich wird man erst im Jahr 2021 wieder von einem „Normalbetrieb“ sprechen können, sofern keine weiteren Infektionswellen auftreten und neue Restriktionen die Handlungsfähigkeit beschränken. Auch ist noch nicht bewertbar, in wie weit die Verluste in der Industrie, beim Handwerk und letztlich in den Finanzmärkten bei den Kliniken ankommen. Außerdem ist zu beobachten, dass die Patienten bereits ihr Verhalten verändert haben. Im Laufe des April 2020 wurde deutlich, dass Patienten trotz medizinischer Notwendigkeit Kliniken meiden und Behandlungen so weit als möglich hinauszögern. Der wissenschaftliche Beirat des IQM e.V. bemerkt einen signifikanten

Rückgang der stationären Fälle und prognostiziert eine sockelwirksame Absenkung der Nachfrage nach stationären Leistungen.
Innerhalb der RKH wurde je Standort eine Zielauslastung für das laufende Geschäftsjahr formuliert, die es nun zu erreichen gilt. Bei der Vorausschau bis Ende 2020 bzw. Mitte 2021 wird unterstellt, dass zum Ende 2020 wieder das Leistungsniveau des Vorjahres 2019 erreicht wird. Dies hängt in hohem Maße von den Vorgaben des Bundes und der Länder zur Vorhaltung freier Ressourcen ab. Von einer weiteren Infektionswelle in 2020, die zu einem erneuten Lockdown führt, wird zunächst nicht ausgegangen. Dennoch werden zur Gewährung der Versorgungssicherheit innerhalb der RKH Ressourcen für mögliche intensivpflichtige COVID-Fälle freigehalten. Insbesondere die Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Handicap weisen nach wie vor ein hohes Risikopotenzial auf. Im Ernstfall werden für diese potenziellen Risikopatienten zahlreiche Klinikkapazitäten im jeweiligen Einzugsgebiet benötigt. Da die RKH in der Corona-Krise zwei COVID-Zentren gebildet hat, zeigt sich das Risiko aus einer etwaigen zweiten Welle in den Standorten sehr unterschiedlich. Mit dem Beginn der klassischen Influenzazeit im vierten Quartal kann es erneut zu Einschränkungen im elektiven Klinikbetrieb kommen.
Die Belegungsentwicklung wird stetig überwacht und gesteuert, so dass einerseits die Versorgung wieder aufgebaut und andererseits auf neue Infektionsherde sofort reagiert werden kann. Dafür werden auch die Notfallstrukturen einsatzbereit gehalten und die Reichweiten der Vorräte relevanter Sachmittel ausgeweitet. Die Versorgungssicherheit basiert immer auf der Annahme, dass das Klinikpersonal selbst gesund und einsatzbereit ist. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche Urlaubstage in das zweite Halbjahr übergehen werden.
Trotz der bekannten finanzielle Kompensationsmaßnahmen durch das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz ist absehbar, dass die Jahresziele 2020 der Kliniken nicht erreicht werden können und eine Deckungslücke aus dem laufenden Betrieb bei den Kliniken verbleibt.

Damit geht die Sicherung der Liquidität einher. Durch die nahezu konstante Kostenseite ist eine erhebliche Unterdeckung des laufenden Betriebes entstanden. Durch den rasanten Anstieg der Bezugskosten für Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und andere relevante Materialen sowie Sonderkosten innerhalb der Krisensituation ist die Liquidität zusätzlich belastet. Außerdem mussten aufgrund der unklaren Lage bei Zulieferern die Vorräte von Medikamenten über Sauerstoff bis hin zu medizintechnischen Kleinteilen erheblich aufgestockt werden. Sogar für die orthopädische Fachklinik Markgröningen wurde der Lockdown umgesetzt und später eine Übergangsstation für entlassfähige COVID-Patienten zur Entlastung der umliegenden Pflegeeinrichtungen eingerichtet. Ein ähnliches Konzept wurde im Krankenhaus Marbach zu Lasten von operativen belegchirurgischen Eingriffen angeboten. Als sofortige Gegensteuerungsmaßnahmen wurde in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern die Optionen für kurzfristige Übergangskredite, die Erhöhung der Kreditlinie bei den Hausbanken und das zeitliche Vorziehen von geplanten Darlehensaufnahmen für bereits laufende Bauprojekte abgestimmt und nach Bedarf umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch keine verbindlichen und kalkulierbaren Aussagen der Bundes- und Landesregierung zu den angedachten Entlastungs- und Kompensationsmaßnahmen vor. Letztlich konnte ein Teil der Entlastungen ab Ende April 2020 zahlungswirksam vereinnahmt werden. Die überschlägige Ermittlung dieser Kompensationshilfen deutet darauf hin, dass Kliniken mit einem hohen durchschnittlichen Schweregrad finanziell benachteiligt werden. Also genau die Kliniken mit einem hohen Spezialisierungsgrad, hoher fachlicher Expertise und in denen im RKH-Konzept die COVID-Patienten bewusst konzentriert und Hochleistungsressourcen für Notfälle freigehalten wurden.
Dennoch konnte die Zahlungsfähigkeit im ersten Halbjahr durch die Zusicherungen der Gesellschafter aufrechterhalten werden. Im Saldo wird jedoch ein finanzieller Schaden entstehen, der zu Lasten der Kliniken bzw. zu Lasten der Gesellschafter gehen wird.
Aktuell wird davon ausgegangen, dass die Zahlungsfähigkeit der Kliniken erhalten bleibt. Dabei wird auch unterstellt, dass die Finanzierungshilfen des Bundes und des Landes real ankommen und nicht möglicherweise über andere Ausgleichsmechanismen an anderer Stelle zu Lasten der Kliniken faktisch wieder verrechnet werden. Ohne die Gewährträgerschaft der kommunalen Landkreisgesellschafter wäre der Fortbestand der Kliniken gefährdet.

Die Entwicklung der OKM basiert, sowohl baulich als auch medizinisch, auf einem langfristigen Konzept, das seinen Ursprung in 2001 hat. Darauf aufbauend wurde die bauliche Weiterentwicklung umgesetzt und weiter geplant. Insgesamt hat dies zu einer Erhöhung der Betten- und OP-Kapazitäten geführt. Danach wurde das medizinische Konzept ausgerichtet und zunächst die besondere Behandlungseinheit, die konservative orthopädische Komplexbehandlung inklusive multimodaler Schmerztherapie, als neues Behandlungsspektrums etabliert. Die im Jahr 2019 abgeschlossene Erweiterung der OP-Kapazitäten bedient das gesamte operative Leistungsspektrum der Fachklinik.
Mit dieser Kapazitätserweiterung ist der Standort in der Lage, noch einmal einen großen Entwicklungsschritt zu gehen. Allerdings wurden und werden diese Leistungssteigerungen weiterhin durch die beschriebenen Mechanismen in der Krankenhausfinanzierung erschwert. Zur Gegensteuerung dient z.B. die Gründung der Privatklinik, um zusätzliche Leistungen abschlagsfrei erbringen zu können.
Ein weiterer Faktor ist die ständige Verbesserung der „Produktivität“ in der Leistungserbringung, um das in der Orthopädie vorhandene sinkende Preisniveau auffangen zu können. Dies gelingt nur durch die entsprechenden räumlichen und organisatorischen Ressourcen und insbesondere durch engagiertes und hochqualifiziertes Personal in allen Bereichen.
Im Zusammenspiel mit der ORTEMA besteht ein hochmodernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort ganzheitlich anbieten kann. Die im Jahr 2019 umgesetzte Erweiterung der ambulanten Rehabilitation durch die ORTEMA hat den Standort weiter ergänzt und abgerundet.
Die OKM steht dabei unter dem Druck, die Investitions- und Finanzierungskosten, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, weiterhin selbst zu erwirtschaften muss.
Nach Stand der Planungsrechnungen zur Unternehmensplanung 2020 kann für das Jahr 2020 final noch kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Die kumulierten Absenkungen der orthopädischen Leistungen (negativen Katalogeffekte) der letzten Jahre können nur stufenweise wieder aufgeholt werden kann. Erst mit der anvisierten Erhöhung der Fallzahlen und der Nichtanwendung des Fixkostendegressionsabschlages bei der Verlagerung der Mehrleistungen in die Privatklinik kann dies wieder kompensiert werden. Vor der Corona-Krise war dies bereits für 2021 geplant.

Für das Jahr 2020 ist davon auszugehen, dass die ursprünglichen Planungen nicht erreicht werden. Insgesamt könnte eine Deckungslücke im einstelligen unteren Millionenbereich entstehen. Aufgrund der vorhandenen Kreditlinien wird davon ausgegangen, dass die Zahlungsfähigkeit auch im Folgejahr 2021 jederzeit gegeben ist.

ORTEMA GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-53800
E-Mail	info@ortema.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	12.10.1993

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand des Unternehmens ist die orthopädie-technische Versorgung von Patienten, deren Behandlung nicht durch die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH verordnet wurde sowie die orthopädie-technische Versorgung der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Physikalischen Therapie bei der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH und weiterer solcher Einrichtungen bei den einzelnen Kliniken der Regionale Kliniken Holding RKH GmbH sowie das Angebot präventiver und rehabilitativer Leistungen für ambulante, stationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre Patienten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die ORTEMA ergänzt das Leistungsspektrum der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbundes vervollständigt.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	26.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die ORTEMA GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Für die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Olaf Sporys (kaufmännisch) Hartmut Semsch (technisch bis 07.01.2020)	
Beirat		
Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH bilden entsprechend § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH den Beirat.		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Jürgen Kessing	
Vertreter des Landkreises Ludwigsburg		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier Claus-Dieter Meyer Ralf Trettner	Konrad Epple Joachim Kölz Karl-Heinz-Schlumberger
Mitglieder – Freie Wähler	Jan Trost Dirk Schaible Werner Möhrer	Ralf Zimmermann Rainer Gessler Jürgen Scholz
Mitglieder – SPD	Egon Beck Thomas	Dorothea Bechtle-Rüster Ramona Schröder
Mitglieder – Grüne	Dr. Uwe Stoll Jürgen Waser	Helmut Fischer Susanne Schwarz-Zeeb
Mitglieder – FDP	Helga Eberle	Dr. Horst Ludewig Johann Heer
Gäste – Die Linke**	Wolfram Scheffbuch	Andreas Frisch
Gäste – AfD**	Walter Müller	Andreas Schönberger (bis 11.11.2019)
Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen		
Mitglieder – CDU	Marcus List	Thomas Wiesbauer
Mitglieder – SPD	Thomas Reusch-Frey	Dr. Rolf Breitenbücher
Mitglieder – FW	Dr. Wassilios Amanatidis	Petra Kühltau
Mitglieder – FDP	Dr. Arno Steiler	Dr. Georg Mehrle

Mitglieder – GAL	Traute Theurer	Manuela Buchholz
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher Nadja Schmidt	Martin Oster Ralf Kurfiss

** Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht

Aufgrund der Kommunalwahl im Jahr 2019 ergaben sich Veränderungen bei den ordentlichen Mitgliedern und auch bei den benannten Stellvertretern. Kleinere Veränderungen ergaben sich auch bei den Vertretern der Mitarbeiter.

Als ordentliche Mitglieder des Landkreises Ludwigsburg sind zum 19.07.2019 ausgeschieden: Manfred List, Erich Zucker (beide CDU), Herbert Pötzsch, Jürgen Scholz (beide FW), Dr. Eckhart Bohn, Thorsten Majer (beide SPD), Andrea Stockmayer-Mohn, Andreas Roll (beide GRÜNE), Hans-Jürgen Kemmerle (Gast der LINKEN).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Gero Dorda, Siglinde Lischke, Dr. Jakob Sigle (alle CDU), Gerd Maisch (FW), Erika Pudleiner, Dr. Gertrude Sterzer-Breitenbücher (beide SPD), Peter Schimke (Gast der LINKEN).

Als ordentliche Mitglieder der Stadt Bietigheim-Bissingen sind zum 09.07.2019 ausgeschieden:
Dr. Wolfgang Pfeiffer (CDU), Dr. Georg Mehrle (FDP).

Als Stellvertreter sind ausgeschieden:
Jürgen Weller (CDU), Prof. Dr. Heinrich Heyes (SPD), Götz Noller (FDP), Attila Tür (GAL).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats betrugen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Allgemeines zur Gesellschaft

Die ORTEMA hat schon seit geraumer Zeit den Weg eingeschlagen, zum einen die Abhängigkeit von den Kostenträgern durch den Selbstzahlerbereich und die frei verkäuflichen Artikel im Gesundheitsbereich zu senken und zum anderen, die neuen Geschäftsfelder (Prävention, Rehabilitation und Medical Fitness) weiter voranzutreiben. Die sich daraus ergebenden Synergien stärken die Marktposition durch eine bessere Wahrnehmung der Kunden und einer hohen Kundenbindung, insbesondere auch im Zusammenspiel mit der Orthopädischen Klinik Markgröningen, aber auch vermehrt mit den Krankenhäusern der Regionalen Kliniken Holding RKH GmbH. Dazu haben die Inbetriebnahme der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und eine regelmäßige Versorgung des Krankenhauses Bietigheim beigetragen. Bei einer möglichen baulichen Entwicklung am Standort Bietigheim könnte auch dort die Errichtung einer Filiale sinnvoll sein.

Finanzierungsgrundsätze

Im Bereich Orthopädie-Technik arbeitet die ORTEMA ausschließlich auftragsbezogen auf der Basis ärztlicher Verordnungen und besitzt eine volle Hilfsmittelzulassung für den Hauptsitz in Markgröningen und jeweils Teilzulassungen für die Filialen. Die Rezeptabrechnung erfolgt mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten. An den Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat sich nichts geändert. Die schon seit Jahren aufgezeigten schwierigen Rahmenbedingungen mit den weiter sinkenden Preisen im Bereich der GKV sowie der zunehmenden Bürokratisierung sind mittlerweile systemimmanent. Immer mehr Hilfsmittel werden überhaupt nicht mehr von den Krankenkassen finanziert. Zunehmend bewegen sich neben dem Fachhandel auch Discounter auf dem Hilfsmittelmarkt und bieten vorgefertigte Hilfsmittel (hauptsächlich Bandagen) in einem sehr niedrigen Preissegment an. Die Ausschreibungsmodelle für den Hilfsmittelbereich erhöhen den Druck auf die einzelnen Betriebe, da es einem Preisdiktat gleicht, mit denen die Kostenträger nicht nur weitere Preisreduzierungen, sondern auch eine Konzentration auf einige (wenige) Anbieter erreichen wollen, ungeachtet der Versorgungsqualität und der Versorgungsbreite.

Im Bereich Prävention und Medical Fitness hat die ORTEMA eine Heilmittelzulassung aller Kassen und rechnet auch hier mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten ab. In den anderen Bereichen werden Kursgebühren und Mitgliedsbeiträge erhoben.

Im Rehabilitationsbereich hat die ORTEMA seit 01.08.2011 die Zulassung bei den gesetzlichen Krankenkassen und der deutschen Rentenversicherung Land (DRV-L) für die ambulante Rehabilitation erhalten. Das aufwendige Genehmigungsverfahren hatte im Jahr 2011 zu hohen Anlaufkosten geführt. Mittlerweile waren die genehmigten 20 Plätze mehr als sehr gut ausgelastet. Es wurde deshalb ein Antrag auf Erhöhung der Platzzahl auf 30 gestellt, der mit Wirkung zum 01.05.2016 positiv beschieden wurde. Die dort erzielten Einnahmen decken nun die Kosten dieses Bereiches. Eine weitere erfolgreiche Zulassung war die Anerkennung unseres MBOR-Konzeptes (MBOR= Medizinisch-beruflich orientierte Rehabilitation) durch die Deutsche Rentenversicherung B.W. zum 01.02.2016. Die Zulassung der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV-B) besitzen wir seit Anfang 2017 und haben auch einen Bezugsvertrag nach § 21 SGB IX. Seit dem Jahr 2017 liegt die durchschnittliche Belegung mit ca. 35 - 40 Plätzen dauerhaft über der genehmigten Platzzahl. Es wurde deshalb die Entscheidung getroffen, die ambulante orthopädische Rehabilitation auf 50 bis 60 Plätze zu erweitern und dafür im Rahmen einer Erweiterung des Immobilienleasingmodells einen Neubau in Modulbauweise zu erstellen. Die Refinanzierung dieser Investition erfolgt durch eine Untervermietung an die ORTEMA.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Im Jahr 2019 sind alle Geschäftsbereiche gewachsen. Die Orthopädie-Technik hat sich insbesondere im 2. Halbjahr sehr erfreulich entwickelt. Im Bereich Rehabilitation konnte das hohe Vorjahresniveau stabilisiert, aber aufgrund der räumlichen Engpässe nur leicht gesteigert werden. Im Heilmittelbereich ist die Nachfrage und Auslastung weiterhin hoch. Der Umsatz ist dabei durch die lange fällige Erhöhung der Heilmittelvergütungen durch die Krankenkassen überproportional gestiegen. Im Bereich Medical Fitness ist es nach den Steigerungen im Vorjahr nochmals gelungen, die Umsätze weiter zu steigern und dies trotz stetig zunehmenden Angeboten der großen Ketten, aber auch der Sportvereine mit vereinseigenen Trainingsmöglichkeiten. Ausbildung und Personalgewinnung ist neben einer hohen Qualität ein Schlüssel in der Gesundheitsbranche.

Im Rahmen der geplanten EDV-Ausgliederung in die ORTEMA (Microsoft) Cloud, wurde erfolgreich ein Proof of Concept (POC) durchgeführt. Im Rahmen des POC wurden schon weitreichende Entscheidungen hinsichtlich der neuen IT-Infrastruktur getroffen und ungefähr zwei Drittel der notwendigen Vorarbeiten für einen Komplett-Umzug in die ORTEMA Cloud erledigt. Ziel ist es, im Jahr 2020 die komplette ORTEMA-IT in die Microsoft Cloud auszulagern. In diesem Zusammenhang müssen auch Entscheidungen für unsere betriebswirtschaftlichen Verfahren (Finanzen, Controlling, Personal) als auch für eine neue Branchensoftware in der Orthopädie-Technik getroffen werden.

a) Geschäftsbereich Rehabilitation und Medical Fitness

Die ORTEMA ist auch im Präventions- und Rehabilitationsbereich und im Bereich Medical Fitness ein fester Bestandteil der Gesundheitsversorgung im Landkreis und hat damit ein weiteres Standbein und eine sinnvolle Ergänzung der Orthopädie-Technik geschaffen. Sie rundet somit das Spektrum der Orthopädischen Klinik Markgröningen mit ihren kurativen Angeboten als ganzheitlicher Gesundheitsanbieter ab.

Der Umsatz ist im Jahr 2019 sehr erfreulich um insgesamt 4,53 % gestiegen (Steigerung gesamt 231.851 €) und hat ein Volumen von 5,35 Mio. € überschritten (VJ 5,1 Mio. €).
Die Umsatzanteile verteilen sich zu 26,68% auf die ambulante Heilmitteltherapie (Physiotherapie, Ergotherapie inkl. Schienenbau, Krankengymnastik am Gerät KGG, Massage), zu 27,27% auf die ambulante Rehabilitation, zu 26,97% auf den Bereich Medical Fitness (inkl. therapeutischer Angebote für Selbstzahler) und zu 19,07% auf Leistungen an die OKM.
Mit der Erweiterung der ambulanten Rehabilitation wird dieser Bereich zukünftig den größten Umsatzanteil stellen.

Personalakquise

Die Besetzung offener therapeutischer Stellen, vor allem in der Physio- und Ergotherapie, gestaltet sich zunehmend schwieriger. Offensichtlich bietet der Markt sehr viele offene Stellen in diesen Bereichen. Aufgrund unserer hohen Spezialisierung ist der Zugewinn von Mitarbeitern, die über spezifische Erfahrungen in unseren Fachbereichen verfügen (insbesondere Handchirurgie und Querschnitt), weiterhin sehr schwierig.

Aktuell sind in der Physiotherapie nach wie vor zwei Stellen (im Bereich NO/HC/QS) unbesetzt.
Die Erweiterung der ambulanten Rehabilitation führte zu einem zusätzlichen Bedarf von 2 Vollkräften. Hier konnten „rückkehrende Mütter“ einen Teil der Stellen übernehmen. Der weitere Bedarf wurde durch Neueinstellungen (0,5 VK Arzt) und durch den Einsatz der klinischen Psychologin der OKM (0,15 VK) gedeckt.

Der Anteil an Elternzeiten ist aufgrund des hohen Anteils an Frauen und dem geringen Durchschnittsalter der Mitarbeiter hoch.

Die Auslastung des Zentrums für Rehabilitation & Medical Fitness ist nach wie vor sehr gut. Durch den Umzug der ambulanten Rehabilitation im November 2019 ins neue Gebäude ist im Bereich der ambulanten Therapie zusätzlicher Platz in den Behandlungskabinen entstanden. Auch im Bereich der Kursräume ist eine leichte Entspannung eingetreten. Die Engstelle im Bereich der Büros konnte nun aufgelöst werden.

Ambulante Rehabilitation

Der Neubau der ambulanten Rehabilitation konnte zum 08.11.2019 seinen Betrieb aufnehmen. Das Bauvorhaben ist insgesamt (Kostenrahmen, Termine, Inhalte) sehr gut umgesetzt worden.
Das Wachstum im Bereich der Reha-Patientenfälle betrug in 2019 – aufgrund der beengten Raumsituation – lediglich 1,7% Patienten/Tag. Im Bereich Nachsorge ist wieder ein sehr deutliches Wachstum in der Fallzahl von 15% zu verzeichnen gewesen. Insgesamt konnte ein Umsatzanstieg (Reha- und Nachsorge-Umsätze) von 4,15 % (54.923 Euro) erreicht werden. Es gibt weiterhin einen sehr hohen Anteil an Anschlussheilbehandlungen (ca. 73%). Dabei kommen 42,36% der Patienten aus der RKH (Vorjahr 46,12%), davon 85,3% aus der OKM. 57,64 % kommen von niedergelassenen Ärzten und anderen Krankenhäusern. Dieser Anteil liegt knapp über Vorjahresniveau.
Im November wurde eine Software für die Tele-Nachsorge in Betrieb genommen. Die DRV BW hat nach Konzeptvorlage eine Zulassung erteilt. Dadurch erweitert sich unser Angebotsspektrum in diesem Bereich um eine moderne Betreuungsform. Die ambulante Rehabilitation ist seit 2014 nach dem QReha-Verfahren erfolgreich zertifiziert. Die durch alle Krankenkassen, die DRV

Baden-Württemberg und seit April 2017 auch durch die DRV Bund genehmigte Platzzahl beträgt seit Inbetriebnahme des Neubaus täglich 50 Reha-Patienten. Das seit längerem projektierte Bauvorhaben der ambulanten Rehabilitation wurde zum Jahresende 2018 beauftragt und konnte planmäßig im November 2019 in Betrieb genommen werden.

Heilmittelbereich
Der Heilmittelbereich verzeichnet weiterhin eine sehr hohe Nachfrage und Auslastung. Der Umsatz ist in 2019 deutlich auf 1,43 Mio. € (Vorjahr 1,32 Mio. €, + 7,89 %) gestiegen. Die Steigerung der Fallzahlen betrug lediglich 1,67%. Hier zeigt sich der Effekt der lange fälligen Erhöhung der Heilmittelvergütungen durch die Krankenkassen.

Physiotherapie
Die Auslastung im Bereich der ambulanten Physiotherapie ist nach wie vor sehr hoch. Für die Querschnittpatienten der OKM wurde wiederum ein Adventskaffee mit musikalischem Rahmenprogramm ausgerichtet. Für angehende Physiotherapeuten wurde mit sehr guter Resonanz in Kooperation mit Ärzten der OKM eine Tagesfortbildung zu Operation, Therapie und Versorgung von orthopädischen Krankheitsbildern durchgeführt.

Ergotherapie und Handtherapie
Im Jahr 2019 waren 0,5 VK weniger in der Ambulanz tätig. Trotzdem kam es im Jahr 2019 aufgrund der Erhöhung der Heilmittelpreise nur zu einem leichten Umsatzrückgang (-9.543 Euro, -5,1%).
Gemeinsam mit dem Team von Prof. Haerle wurde die Hand-Fortbildungsreihe für externe Ergo- und Physiotherapeuten erfolgreich weiter fortgeführt.

Medical Fitness
Die neue Führungs- und Teamstruktur hat sich inzwischen etabliert. Die Stimmung und Zusammenarbeit sind wieder sehr gut.
Die Mitglieder- und Umsatzzahlen konnten im Jahr 2019 nochmals sehr deutlich gesteigert werden. Der Jahresendstand von 1.760 Mitgliedern (ohne Firmen-Mitglieder und OKM / OT-Mitarbeiter) stellt ein Allzeit-Hoch dar und entspricht einem erneuten Zuwachs von 7,2% bzw. 118 Mitgliedschaften.
Der Umsatz ist ebenfalls deutlich um 8,67% gewachsen. Dieser deutliche Zuwachs ist nicht zuletzt einer Professionalisierung des Medical Fitness Vertriebs geschuldet. Wir haben dort ein eigenständiges Vertriebsteam gebildet, das mit höheren Abschlussquoten im Verkauf zum Erfolg beigetragen hat.
Die Fluktuation ist mit 19,10% im Branchenvergleich nach wie vor sehr gering. Hier zeigt sich der Erfolg des intensiven Betreuungskonzeptes.
Im Bereich Betriebliche Gesundheitsförderung wurde das Engagement weiter verstärkt. Die Umsätze sind in diesem Teilbereich um 36% (35.305 Euro) gestiegen.
Auch innerhalb der RKH haben wir unser BGM-Engagement verstärkt und vor allem für die KSG zusätzliche Angebote (Arbeitsplatzanalysen, Bewegte Pause, Kooperationsvertrag für MA-Training) umgesetzt.

Der ganzheitliche Ansatz der Prävention, der akuten stationären oder ambulanten Behandlung, der Rehabilitation sowie dem Bereich Medical Fitness an einem Standort, halten wir nach wie vor für zukunftsweisend, da dieses große und breite Spektrum einen Mehrwert für unsere Patienten und Kunden darstellt. Durch die Einbindung in die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH ergeben sich weitere Synergieeffekte und potentielle Kunden für die ORTEMA, wie man am Beispiel der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und der Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Bietigheim sieht.

b) Geschäftsbereich Orthopädietechnik

ORTEMA Markgröningen

Das Geschäftsjahr 2019 lief insgesamt zufriedenstellend. Nach einem durchwachsenen 1. Quartal hat sich der weitere Geschäftsverlauf sehr gut und stabil entwickelt.

Die Orthopädietechnik ist durch den Ausbau der Scantechnologie, der digitalen Modelltechnik und der Servicefertigung für andere Sanitätshäuser geprägt. Im letzteren Bereich konnte eine Steigerung von 57% erreicht werden.
Diese technologischen Fortschritte haben uns ermutigt, erste Umsetzungsversuche bei digitaler Modelltechnik von Korsetten im Bereich der Rumpforthesen-Technik einzusetzen. Dies wird 2020 weiterverfolgt. Auch Handorthesen und Gesichtsmaskenversorgungen können nach einem Scan der betroffenen Körperteile erfolgen. Hier ist darüber hinaus auch eine Fertigung in 3-D Drucktechnik möglich.

Die Scantechnologie ist vor allem interessant für unsere Servicefertigung. Wir haben mittlerweile auch zwei Partner in Österreich, in Salzburg das Sanitätshaus Tappe und in Linz Sport Protection Heinze, dazugewonnen.

Mit der Einführung einer Bereichsleitung Knieorthesen konnte eine deutliche Verbesserung in den Abläufen und der Produktionsplanung für die Herstellung und Versorgung mit Knieorthesen erreicht werden.
Auch die anderen Bereiche der ORTEMA Markgröningen waren das Jahr über gut ausgelastet. Ein deutlicher Umsatzzuwachs konnte im Bereich der Prothetik erzielt werden. Hier sind vor allem technisch aufwändige und teure elektronische Kniegelenke für Oberschenkelprothesen für den Umsatzanstieg verantwortlich. Auch die Zunahme der Versorgungen im Klinikum Ludwigsburg und dem Krankenhaus Bietigheim haben dazu beigetragen.

Die Firma FPQ wird die neue Präqualifizierungsstelle für die ORTEMA, nachdem Fischermanagement durch eine Gesetzesänderung die Akkreditierung nicht mehr erhalten konnte. Hierfür fand am 13.11. 2019 eine erfolgreiche Begehung sämtlicher Filialen und des Hauptbetriebes durch die Firma FPQ statt.

ORTEMA Pforzheim

Leider mussten auch hier wieder hohe Ausfallzeiten durch Krankheit verzeichnet werden. Die Gewinnung neuer Mitarbeiter aufgrund von Schwangerschaften gestaltet sich schwierig. Trotzdem konnten die Umsatzzahlen erreicht und sogar leicht gesteigert werden. Weiterhin werden die neuen Räumlichkeiten von Kunden, Patienten und Mitarbeitern der Arcus Klinik gut angenommen und reichlich frequentiert.

ORTEMA Ludwigsburg

Unsere Filiale im Klinikum Ludwigsburg hat sich weiterhin gut etabliert und konnte seinen Ruf nach außen nochmals verbessern. In 2019 hat die Filiale ihren bislang höchsten Umsatz seit Bestehen erreichen können. Ein Grund ist, dass vermehrt niedergelassene Ärzte aus dem Raum Ludwigsburg ihre Patienten zur Versorgung in unsere Filiale schicken. Ein weiterer Grund ist der Ausbau der lymphatischen Versorgungen und der Brustprothetik. Für die Brustprothetik wurde ein separater Raum eingerichtet, um betroffene Frauen adäquat versorgen zu können.

ORTEMA Neckarsulm

Im Jahr 2019 konnten die Aktivitäten in Neckarsulm weiter vorangebracht und der dort generierte Umsatz um 25 % gesteigert werden. Die Zusammenarbeit mit der Orthopädischen Gemeinschaftspraxis wurde nochmals verbessert. Hier konzentrieren wir uns auf die Anfertigung individueller Produkte aus den Bereichen Knie, Schulter, Ellenbogen, Hand und Fuß. Eine temporäre Sprechstunde ist regelmäßig zweimal pro Woche angesetzt.

Aktivitäten und Events
Seit vielen Jahren betreut die ORTEMA aktiv verschiedene Veranstaltungen und Events, Ärzte- und Patientenfortbildungen sowie Sportveranstaltungen. Die Informationsstände bei der AGA, GOTS, dem Arcus-Sportsymposium, dem Arcus Ärztetag, bei der Kreisärzteschaft Ludwigsburg sowie beim VBG-Kongress in Berlin waren gut besucht. Zum zweiten Mal wurde eine Fortbildung zur Technikerschulung unter dem Motto „Orthopädie und Technik" in Markgröningen durchgeführt. Diese Veranstaltung soll jetzt jährlich - auch zur Mitarbeitergewinnung - in Markgröningen stattfinden. Sie wird durch die Ärzte der OKM und den ORTEMA Physiotherapeuten in den jeweiligen Themengebieten unterstützt. Die Berufsschulen aus Stuttgart und Heidelberg sind mit den letzten Ausbildungsjahrgängen vor Ort. Insgesamt erhält die Veranstaltung sehr gute Rückmeldungen seitens der Teilnehmer und Aussteller. Für 2020 mussten wir die eigenen Veranstaltungen jedoch aufgrund der CORONA-Krise, wie viele andere Veranstaltungen, an denen wir sonst regelmäßig teilgenommen hatten, absagen.

Wie in den letzten Jahren waren wir auch auf verschiedenen Sportveranstaltungen vertreten. Dies waren unter anderem:

- ISPO in München
- Frühjahrsmotorradmessen in Friedrichshafen, München und Dortmund
- Eishockey WM in Dänemark
- Motocross WM Läufe
- FIS Ski Weltcup Rennen
- Eurobike in Friedrichshafen
- Enduro- und Mountainbike Rennen

F & E (Forschung und Entwicklung)
Unser neueingestellter Bereichsleiter F&E konnte nicht langfristig gehalten werden. Es hat sich gezeigt, dass das Aufgabengebiet nicht so gut für einen Ingenieur passt. Eine Neueinstellung ist für 2020 geplant.

Auf der ISPO 2019 in München haben wir unseren Focus auf die Versorgung mit Protektoren und auf Knieorthesen gelegt. Es konnte die Scantechnologie in anschaulicher Form vorgestellt werden. Das Interesse war sehr groß. Im Anschluss wurden viele Versorgungen von betroffenen Sportlern und Sportfachhändlern durchgeführt, die mit Kreuzbandrissen und sonstigen Knieverletzungen zur Individualversorgung nach Markgröningen kamen.

Zusätzlich wurde die Weiterentwicklung unserer ORTHOMAX Protektoren Linie vorangetrieben. Hierzu zählen die Protektoren-Jacken und - Westen, die Rückenprotektoren sowie ein neu gefertigter, so genannter „Centralbackprotektor". Alle diese Produkte sind zertifiziert und entsprechen den modernsten Bauweisen. Anfang des Jahres 2019 hat es eine Umstellung im Bereich der Zertifizierung gegeben. Seit Anfang 2019 müssen Protektoren nach einer neuen EU-Norm zertifiziert werden.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	251	233

Die ORTEMA beschäftigt außer den Orthopädietechnikern und Bandagisten auch Orthopädieschuhtechniker, Ergotherapeuten, Krankengymnasten, Masseure, Sporttherapeuten, Diplomsportlehrer, Verwaltungs- und kaufmännische Kräfte. Seit 2010 hat sie außerdem für den Rehabilitationsbereich einen Leitenden Arzt sowie eine Diplompsychologin, eine

Sozialdienstmitarbeiterin, eine Diätassistentin und eine Krankenschwester angestellt. Seit 2015 wird ein weiterer Arzt in Teilzeit für die Rehabilitation beschäftigt, der mittlerweile alle Reha-Qualifikationen ebenfalls erreicht hat und zum Oberarzt ernannt wurde. Durch die Ausweitung der Platzzahlen Ende 2019 war auch eine Anpassung der Stellenanteile in den verschiedenen Fachdisziplinen erforderlich.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die ORTEMA arbeitet ausschließlich in gemieteten Räumlichkeiten und zwar am Standort in Markgröningen mittlerweile in drei Betriebsgebäuden. Das Gebäude der Orthopädie-Technik wurde 1999 in Betrieb genommen und gehört der OKM. Im Zuge der Ausgliederung der OT ist alles bewegliche Anlagevermögen und die Vorräte an die ORTEMA veräußert worden. Im Neubau für den Bereich Rehabilitation und Medical Fitness ist die ORTEMA Untermieter der OKM, die das Gebäude von einer Immobilienleasinggesellschaft geleast hat. Innerhalb dieses Immobilienleasingmodells wurde 2019 der Neubau für die ambulante Rehabilitation erstellt und auch in Betrieb genommen. Auch dieses Gebäude wird über den Untermietvertrag mit der ORTEMA finanziert. In Pforzheim und seit 2011 auch in Ludwigsburg wurden die Filialräumlichkeiten ebenfalls gemietet. In Neckarsulm wurden 2015 ebenfalls Räumlichkeiten angemietet, um dort eine besondere Versorgung für Spitzen-, aber auch Hobbysportler in Kooperation mit einem Mediziner anzubieten. Die Geschäfts- und Betriebsausstattungen sind nun komplett im Eigentum der ORTEMA bzw. geleast.

Der gesamte Einkauf der Betriebsmittel der Orthopädie-Technik erfolgte seit 2018 direkt über die ORTEMA. Organisatorisch hatte sich beim Beschaffungsprozess nichts geändert, da die Artikel der ORTEMA nicht zum Portfolio des Zentralen Einkaufs passen. Einen großen Anteil haben bei den Vorräten auch die unfertigen Erzeugnisse zum Stichtag.
Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 1994 hatte die ORTEMA 2013 erstmal zur Beschaffung von Fitnessgeräten eine Kreditaufnahme getätigt. Ein weiterer Kredit wurde 2016 für Beschaffung der Einrichtung und Ausstattung des Anbaus OT aufgenommen. Für 2018 war eine Kreditaufnahme für die ambulante Reha geplant, die nicht in Anspruch genommen wurde, da sich die Bauentscheidung verzögert hatte. Dies wurde nun im Geschäftsjahr 2019 nachgeholt.
Mit den Mietzahlungen trägt die ORTEMA dazu bei, dass die OKM die beiden Betriebsgebäude refinanziert und dort Vermögen geschaffen wird. Das 1999 in Betrieb genommene Betriebsgebäude der Orthopädie-Technik konnte somit schon komplett finanziert werden. Der Leasingvertrag für die vom Geschäftsbereich Medical Fitness und Rehabilitation genutzte Immobilie hat noch eine Restlaufzeit von 9 Jahren. Diese Restlaufzeit wurde im Rahmen der Erweiterung des Leasingmodells in 2019 verlängert.
Den eigenen Investitionsbedarf finanziert die ORTEMA durch ihre Liquidität im Rahmen der erwirtschafteten Abschreibungen mit Ausnahme der oben geschilderten Beschaffungen.
Die Liquidität des Unternehmens war das ganze Jahr über sichergestellt. Es mussten keine Kontokorrent- oder sonstige Kredite in Anspruch genommen werden.

Finanzlage

Die EK-Quote in Höhe von 37,7 % VJ (46,0 %) ist durch die Gewinnabführung für das Jahr 2018 und der gleichzeitigen Zunahme der Rückstellungen und Darlehensverbindlichkeiten deutlich gesunken. Sie muss aber weiterhin als Innenfinanzierungsinstrument im Auge behalten werden. Absolut hat sich das Eigenkapital um den an die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ausgeschütteten Betrag von 100.000 € verringert. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen durch die Investitionen für Einrichtung und Ausstattung des Neubaus der ambulanten Reha und EDV erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind parallel zur Umsatzsteigerung 4,4 % (+ 73T€) angestiegen. Die liquiden Mittel haben sich stichtagsbezogen um 16 T€ im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Forderungen gegen den Gesellschafter sind im Verhältnis

zum Vorjahr um 57 T€ gestiegen. Die Rückstellungen sind durch die Pflichtrückstellungen für Boni, Zielvereinbarungen, Urlaub und Überstunden sowie einer Rückstellung für eine eventuelle Ausschüttung an die Mitarbeiter gestiegen.
Die Darlehensverbindlichkeiten sind durch die Neuaufnahme zur Finanzierung der Einrichtung und Ausstattung im Neubau der ambulanten Reha gestiegen. Eine gute Eigenkapitalquote ist notwendig, um die Liquidität des Unternehmens sicherzustellen und weiteres Wachstum finanzieren zu können. Im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses soll über eine Gewinnabführung an die OKM beraten und entschieden werden.

Ertragslage
Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 98.532,59 € (Vorjahr: 169.073,27 €) ab.
Das Ziel, im laufenden Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 95.400 € zu erzielen, wurde somit leicht überschritten. Der Umsatz ist im Geschäftsjahr um 1.181.822 € d. h. +7,2 % (VJ: + 14,7 %) gestiegen.

Die Umsatzsteigerung resultiert aus einer Steigerung bei den orthopädie-technischen Versorgungen um 576 TEUR (+5,2 %) (VJ: 1.860 TEUR / +20 % incl. der Verlagerung aus der OKM) sowie einer Steigerung bei den Erlösen im Bereich Rehabilitation und Medical Fitness um rund 232 TEUR (+4,5 %) (VJ: 199 TEUR / +4,0 %). Beide Geschäftsbereiche haben sich weiter gut entwickelt. Im Bereich Medical Fitness haben wir das Vorjahr noch einmal verbessern können und die höchste Mitgliederzahl seit Inbetriebnahme erreicht. Dies hat zu einer Umsatzsteigerung von 7,56 % geführt. Im Heilmittelbereich konnten wir den Vorjahresumsatz im Bereich Physiotherapie steigern (+7,3 %), während in der Ergotherapie ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (- 5,02%). Eine weitere Steigerung konnte bei der ambulanten Rehabilitation mit einem Zuwachs von + 5,27 % erreicht werden (VJ +2,54 %). Dazu hat schon die Inbetriebnahme des Neubaus beigetragen. Auch die Nachsorgeleistungen konnten auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten und sogar leicht gesteigert werden (+ 1,14 %). Immer wichtiger werden die Präventionsmaßnahmen und die betriebliche Gesundheitsförderung, wo eine Steigerung von 111.565 € im Jahr 2017 auf 204.042 € im Jahr 2018 (+ 82,9 %) und nun auf 250.226 € (+22,63%) gelungen ist. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind durch die Auflösung von Rückstellungen leicht gestiegen.

Die Personalkostensteigerungen sind neben der Anhebung der Tabellenentgelte um 2,0 % sowie der Einstellung von weiteren Mitarbeitern in allen Bereichen bedingt.

Der Materialeinsatz wird zu mehr als 95 % durch die Orthopädie-Technik verursacht. Die Steigerung im Jahr 2019 entspricht den Umsatzsteigerungen. Die Abschreibungen haben sich durch die Beschaffung von Einrichtung und Ausstattung planmäßig nach oben entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten die Rechnungsbegleichung für die neuen MTT-geräte die an die Leasingfirma weiter berechnet wurden. Die Erstattung der Leasingfirma ist bei den Umsatzerlösen verbucht.

Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr 2019 zufrieden stellend entwickelt. Es konnte ein Ergebnis aus dem laufenden Betrieb von 254.774 € (VJ: 491.247 €) erreicht werden. Das Jahresergebnis verschlechterte sich dadurch um -70.541 € auf 98.533 € (VJ: 169.073 €). Die Umsatzrendite nach Steuern ist deshalb wieder auf 0,6% abgesunken. Der Branchenschnitt liegt bei rund 1,5%.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	37,7	46,0	- 8,3%
Anlagendeckung I in %	189,6	264,9	- 75,3%
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	189,6	264,9	- 75,3%
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	91,1	100,2	- 9,1%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Für das Jahr 2020 wurde ein Überschuss in Höhe von 37.500 € anvisiert. Aufgrund der CORONA Pandemie musste für alle Geschäftsbereiche Kurzarbeit angemeldet werden. Stand Juni ist davon auszugehen, dass auch das ganze Jahr 2020 kein voller Betrieb – wie vor dem shut down – möglich sein wird. Dies wird voraussichtlich zu einem Umsatzrückgang in Höhe von 1,5 Mio. € bis 2,2 Mio. € führen. Ein Teil davon wird durch den geringeren Materialeinsatz kompensiert. Zusätzlich zur Kurzarbeit werden aber auch alle disponiblen Aufwendungen zurückgefahren, dies sind insbesondere Werbemaßnahmen und Reisekosten. Außerdem werden freiwerdende Stellen nur dann wieder besetzt, wenn es unbedingt notwendig ist. Alle geplanten Neueinstellungen wurden zurückgestellt. Nach heutigem Kenntnisstand werden diese Maßnahmen nicht ausreichend sein, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Aktuell wird von einem Jahresfehlbetrag von rund -800 T€ ausgegangen. Die genauen Ausgestaltungen hierzu stehen allerdings noch aus. Die Liquidität ist durch das gewährte Gesellschafterdarlehen für das Geschäftsjahr sichergestellt.

Die Filiale im Krankenhaus Ludwigsburg entwickelt sich sehr gut weiter und durch die personelle Verstärkung kann die Ärzteschaft in und um Ludwigsburg effektiver betreut werden. Die Filiale Pforzheim hat sich durch die Ausweitung der Räumlichkeiten positiv weiterentwickelt, allerdings hemmt hier die personelle Besetzung momentan weitere Ausbaumöglichkeiten. Die Versorgung des Krankenhauses Bietigheim ist mittlerweile etabliert. Die vom Aufsichtsrat beschlossene und freigegebene bauliche und betriebliche Weiterentwicklung des Standortes in Bietigheim bietet die Chance, eventuell auch dort noch eine Filiale anzusiedeln. Die Planungen laufen nun an, nachdem die Planer dafür beauftragt sind. Allerdings verzögert sich der ursprüngliche Zeitplan voraussichtlich doch um einige Jahre.

Weiterhin offen ist das im Vorjahr beschriebene EDV-Projekt zur Herauslösung aus dem Krankenhausnetzwerk als Basis für eine durchgängige ERP-Lösung. Das Projekt ist zwar 2019 deutlich vorangekommen und es sind auch schon Teile davon im Echtbetrieb. Eine komplette Herauslösung wird aber voraussichtlich erst 2020 erfolgen können. Dieses Projekt ist weiterhin extrem wichtig, da wir mit den uns derzeit zur Verfügung stehenden EDV-Lösungen unseren mittelständischen Betrieb nicht weiterentwickeln und wirtschaftlich führen können.

Nachdem der Neubau unseres Präventions- und Rehabilitationszentrums nun mehr als 10 Jahre in Betrieb ist und sich die ambulante Rehabilitation sehr gut entwickelt, haben Aufsichtsrat und Gesellschafter im Rahmen der Wirtschaftsplanung die Erweiterung durch einen Neubau, beginnend im Jahr 2018, beschlossen. Der Aufsichtsrat hatte die Baumaßnahme in der Sitzung am 23.11.2018 freigegeben.
Der Neubau eines Ambulanten Orthopädischen Rehabilitationszentrums (AOR) wurde direkt neben dem bestehenden Betriebsgebäude auf dem Parkplatz in zweigeschossiger Bauweise umgesetzt. Da diese Fläche zur Erbbaufläche des schon bestehenden Immobilienleasingmodells der OKM gehört, hat die OKM nicht selbst investiert, sondern wieder die Deutsche Anlagenleasing/Karbonat - finanziert durch die Kreissparkasse Ludwigsburg. Leasingnehmer ist die OKM, die wiederum das Gebäude an die ORTEMA untervermietet hat. Da das Leasingprojekt eine Laufzeit von 20 Jahren hat und nun schon mehr als 10 Jahre läuft, wird dieser Bauabschnitt allerdings mit einer Anschlussfinanzierung des zum Zeitpunkt der Übernahme bestehenden Ablösewertes finanziert. Die Inbetriebnahme ist wie geplant im Oktober erfolgt.

Ein umfassendes Angebot an Gesundheitsleistungen für unsere Kunden und Patienten im Verbund mit der Orthopädischen Klinik Markgröningen und den anderen Kliniken der Regionalen Kliniken Holding, bleibt weiterhin unser langfristiges Ziel zur Unternehmens- und Standortsicherung. Das eingeleitete und schon sehr weitsichtig umgesetzte Konzept gilt somit als richtungweisend. Für das bisher Erreichte gilt noch einmal der besondere Dank an unseren Geschäftsführerkollegen Hartmut Semsch, dessen Name immer mit der ORTEMA verbunden sein wird. Die Lücke, die er hinterlässt, muss durch eine Neuverteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geschlossen werden. Dies wird Aufgabe der Geschäftsführung in 2020 und 2021 sein.

Kliniken Service

Kliniken Service GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 99-90
E-Mail	info.rkh@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	14.05.2004

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von Serviceleistungen für die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, insbesondere

- die Durchführung von Reinigungsleistungen
- hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben
- Küchen- u. Verpflegungsdienste
- interne Hol- u. Bringdienste
- Medizintechnik-Leistungen sowie
- Gartenarbeiten.

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen und kann sich auf den o.g. Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen.
Die KSG hatte sich in früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert. Seit dem Jahr 2016 wird der Leistungsaustausch zwischen der KSG und den Kliniken, als Kunden, über Werkverträge geregelt. Dies schließt die Dienstleistungsfelder Wäscherei-/Wäscheversorgung, Verpflegung und Hauswirtschaft ein. Des Weiteren wurden auch Serviceleistungen im Bereich der Wahlleistungen übernommen.
In Rahmen dieser Unternehmensentwicklung wurde der Betrieb in die zwei Sparten Gastronomie sowie Hauswirtschaft mit Textilversorgung gegliedert.
Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. zu verbessern wurde ein umfangreiches Restrukturierungprogramm im Bereich Reinigung umgesetzt. Außerdem wurde die Leitung Hauswirtschaft mit der Servicegesellschaft der Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH personell zusammengeführt. In 2020 ist es bereits gelungen die Leitung der Gastronomiebereiche ebenfalls einer gemeinsamen Abteilungsleitung zu unterstellen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die KSG hatte sich in früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert. Seit dem Geschäftsjahr 2006 werden auch die Enzkreis-Kliniken gGmbH mit den Krankenhäusern Mühlacker und Neuenbürg sowie die Geriatrische Rehaklinik von der Gesellschaft versorgt. Seit dem 01.07.07 ist die KSG auch für die Reinigung und Hauswirtschaft in der Orthopädischen Klinik Markgröningen (OKM) und deren Tochter Ortema zuständig. Seit dem Jahr 2016 wird der Leistungsaustausch zwischen der KSG und den Kliniken, als Kunden, über Werkverträge geregelt. Dies schließt die Dienstleistungsfelder Wäscherei-/Wäscheversorgung, Verpflegung und Hauswirtschaft ein.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die Kliniken Service GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Für die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Axel Hechenberger	
Aufsichtsrat		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

* Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der Kliniken Service GmbH bedarf der Gesellschafter Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Geschäftsjahr 2019 ist im Rahmen der Unternehmensplanung verlaufen. Der Umsatz ist vor allem durch höhere Anforderungen im Versorgungs- und Servicebereich um rd. 900.000. € gestiegen. Durch die Inbetriebnahme des von der Ortema genutzten neuen Gebäudes der OKM haben sich die Umsatzerlöse weiter erhöht. Entsprechend des Umsatzanstiegs in den verschiedenen Bereichen sind die Personalkosten gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind durch den Einsatz neuer Mitarbeiter vor allem im Gastronomiebereich und die dadurch geringere Anzahl von temporär benötigten Zeitarbeitskräften weiter gesunken.

Der Umsatz der Gesellschaft orientiert sich weiterhin im Rahmen der Kundenanforderungen und deren Wachstum und eigenen Entwicklung.
Das Leistungsspektrum wird jährlich mit dem Kunden abgestimmt und an aktuelle Bedürfnisse angepasst. Die abgerufenen Leistungen sind unmittelbar von der Belegungssituation und der baulichen Entwicklung der Kundenstandorte abhängig. Ein Stellenaufbau ergibt sich auch dann, wenn im Klinikbereich Stellen frei werden und das Aufgabenfeld dann durch einen Mitarbeiter in der Servicegesellschaft nachbesetzt wird. Im Rahmen des Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) kann es zum Abbau von Servicekräften kommen, deren Aufgaben gemäß dem PpSG wieder von den Pflegekräften erbracht werden müssen.
In beiden Sparten sind strukturierte Maßnahmen zur Qualitätssicherung etabliert und werden teilweise um direkte Kundenbefragungen ergänzt. In einem regelmäßigen Treffen der Führungskräfte werden die Ergebnisse ausgetauscht und Maßnahmen angestoßen.
Als ein Erfolg im Jahr 2019 kann die Zertifizierung der Mitarbeitercafeteria im Haus Ludwigsburg nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung genannt werden. Dieses Konzept soll nun in 2020 auf die Häuser Bietigheim und Bruchsal ausgeweitet werden.

Investitionsbereich

Investitionen sind im Gesamtwert von 85.941,63 € getätigt worden. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um eine Waschmaschine, zwei Kehrsaugmaschinen und drei Reinigungsmaschinen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	572	564

Die Verpflegungsbetriebe der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, der OKM gGmbH und der Enzkreis-Kliniken gGmbH und die Wäscherei in Ludwigsburg sind seit dem Jahr 2016 vollständig in die Kliniken Service GmbH integriert. Die Arbeitnehmerüberlassung durch die KSG GmbH in diesen Bereichen an die Krankenhausgesellschaften wurde dadurch abgelöst. Die noch bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, OKM gGmbH und den Enzkreis-Kliniken gGmbH Beschäftigten sind entsprechend der gesetzlichen und tariflichen Regelungen an die KSG GmbH mit ihren seitherigen Rechten und Pflichten gestellt. Die KSG-Mitarbeiter werden in Anlehnung an den Gebäudereinigertarifvertrag auf Grundlage einer Arbeitsordnung beschäftigt,

wobei das Lohnniveau über den Vergütungen des Gebäudereinigertarifvertrages liegt. Der Arbeitgeber finanziert für die Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung.

Bei der KSG sind 560 Personen (Stand 31.12.2019) einschließlich geringfügig Beschäftigte angestellt. Dies entspricht im Jahresdurchschnitt 2019 389 Vollkräften.

Weitere 94 Mitarbeiter/-innen in der Hauswirtschaft, die bei der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, der OKM gGmbH und den Enzkreiskliniken in diesem Bereich angestellt sind, werden zusätzlich von der KSG geführt. Ferner sind in den Verpflegungsbetrieben der KLB gGmbH, OKM gGmbH und EKK gGmbH weitere 94 Mitarbeiter/-innen und in der Wäscheversorgung 24 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, die an die KSG GmbH gestellt sind.

In 2016 wurde ein eigener Betriebsrat von der KSG-Belegschaft gewählt. Dem neuen Betriebsrat stehen zwei freigestellte Mitarbeiter vor. Für alle Beschäftigten wurde bereits Mitte 2015 eine zusätzliche Altersversorgung abgeschlossen, die vom Arbeitsgeber bezuschusst wird.
Gemeinsam mit der SDLK werden z.B. Schulungsprogramme für Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und zahlreiche Programme zur Vermeidung von Krankheit erarbeitet und umgesetzt.

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss
Das Geschäftsjahr 2019 hat die KSG mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 209.831 € (Vj. 235.415 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresüberschuss in Höhe von T€ 192 konnte somit eingehalten werden.

Ertragslage
Die Umsatzerlöse zeigen die in Rechnung gestellten Reinigungs- u. Wäschereileistungen sowie die Dienst- u. Serviceleistungen in den Bereichen Verpflegung und Wahlleistung. Die Preise der erbrachten Leistungen werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden in Rechnung gestellt. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Sachkostenerstattungen (Reinigungsmittel etc.) der Verbundhäuser sowie Erstattungen für Mutterschutz und Eingliederungszuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	48,2	48,5	- 0,3%
Anlagendeckung I in %	509,1	521,3	- 12,2%
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	509,1	521,3	- 12,2%
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	Entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	162,5	176,0	- 13,5%

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise grundsätzlich massiv belastet. Im Mittelpunkt der Auswirkungen stehen bei den Kliniken die aufgeschobene Versorgung von Patienten, die besondere und nachhaltige Belastungen für die Klinikbelegschaft, der Stopp und Aufschub von laufenden Projekten und Maßnahmen. Wie nachhaltig sich diese Kollateralschäden bis in das Jahr 2021 bemerkbar machen ist noch nicht absehbar. Deren finanzwirtschaftlicher Schaden ist voraussichtlich erheblich. Auch ist noch nicht bewertbar, in wie weit die volkswirtschaftlichen Verluste in der Industrie, beim Handwerk und letztlich in den Finanzmärkten bei den Kliniken ankommen. Außerdem ist zu beobachten, dass die Patienten bereits ihr Verhalten verändert haben. Im Laufe des April 2020 wurde deutlich, dass Patienten trotz medizinischer Notwendigkeit Kliniken meiden und Behandlungen so weit als möglich hinauszögern.
Die Ausrichtung der KSG an diesen Entwicklungen ist nun die wichtigste Aufgabe und ist Maßstab für jede unternehmerische Entscheidung. In der Folge wird z.B. jede einzelne Personalentscheidung durch die Geschäftsleitung final frei gegeben.
Die Sicherung der Liquidität ist weiterhin durch die Muttergesellschaft, die entsprechende Sicherungsmaßnahmen ergriffen und umgesetzt hat, gesichert. Für das Jahr 2020 war ursprünglich ein Jahresüberschuss von 185 T€ veranschlagt.

Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise grundsätzlich massiv belastet. Die Folgen sind somit noch nicht absehbar und es ist nicht sicher ob die wirtschaftlichen Jahresziele 2020 erreicht werden können. In Abhängigkeit des Umsatzvolumens ist es möglich, dass der Überschuss geringer ausfällt. Die Geschäftsführung geht daher von einem Jahresergebnis in der Bandbreite von 0 T€ bis 185 T€ für das Geschäftsjahr 2020 aus.
Trotz der Corona-Krise und den nachhaltigen Auswirkungen wird weiterhin das übergeordnete Ziel verfolgt, für die Kliniken, mit deren Patienten und Mitarbeitern, ein qualitativ hochwertiger und kostengünstiger Dienstleister zu sein. Daneben gilt es ebenso für die eigenen Mitarbeiter weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Damit dient die KSG dem Verbundleitbild und dessen Strategien und leistet ihren Beitrag für die exzellente Patientenversorgung im RKH-Verbund.
Das Ziel des Unternehmens ist für die Kliniken, mit deren Patienten und Mitarbeitern, ein qualitativ hochwertiger und kostengünstiger Dienstleister zu sein. Daneben gilt es ebenso für die eigenen Mitarbeiter ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Damit dient die KSG dem Verbundleitbild und dessen Strategien und leistet ihren Beitrag für die exzellente Patientenversorgung im RKH-Verbund.

MVZ Klinikum Ludwigsburg

MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)

Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 94400
E-Mail	info.rkh@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	15.04.2014

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH nahm im April 2014 ihren Betrieb mit den beiden Fachgebieten Pathologie und Labormedizin auf. Mit der Gründung der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH verfolgten die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH das unternehmerische Ziel, die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach dem Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	**Anteil am Stammkapital in €**	**%**
Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Für die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Matthias Ziegler (bis 31.01.2020)	
Aufsichtsrat		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

* Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH bedarf der Gesellschafter Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH nahm im April 2014 mit den beiden Fachgebieten Pathologie und Labormedizin seinen Betrieb auf. Die Kliniken verfolgten mit der Gründung der MVZ gGmbH das unternehmerische Ziel die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten. Der Kundenstamm an Einweisern konnte nach der Übernahme dabei in vollem Umfang erhalten werden. Im Jahr 2018 wurde im Fachgebiet Labormedizin mit dem bestehenden Versorgungsauftrag zusätzlich eine Zweigpraxis in Stuttgart eingerichtet, welche die ambulanten kassenärztlichen Leistungen für das Klinikum Stuttgart durchführt. Im Fachbereich Neurochirurgie wurde ein halber Versorgungsauftrag erworben, um die bestehende, und über Ermächtigungen abgebildete, ambulante Versorgung der Klinik für Neurochirurgie dauerhaft sicherzustellen. Das MVZ zeigt sich auch im abgelaufenen Jahr unternehmerisch erfolgreich.

Der Geschäftsverlauf kann insgesamt als planmäßig beschrieben werden. Seit 01.07.2018 werden die ambulanten kassenärztlichen Leistungen für das Klinikum Stuttgart erbracht. Die ambulante neurochirurgische Versorgung im MVZ startete zum 01.10.2018.

Investitionsbereich
Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	13	10

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss
Aufgrund der soliden Kapitalausstattung wurde die Geschäftsführung, als Vertreter der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, durch den Aufsichtsrat am 23. November 2017 dazu ermächtigt, dass die MVZ gGmbH ab dem Geschäftsjahr 2016 Gewinnanteile an die KLB ausschüttet. Dies ist gemäß dem Gesellschaftervertrag der MVZ gGmbH nach § 4 Abs. 2 „Gemeinnützigkeit" im Rahmen der Abgabenordnung möglich. Die Ausschüttung wird dabei so berechnet, dass der MVZ gGmbH nach Ausschüttung eine Umsatzrendite in Höhe von mind. 2,0 % verbleibt und die Liquidität, unter Berücksichtigung der Forderungen und kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, dafür ausreicht.
Die aus dem Geschäftsjahr 2019 resultierende Gewinnabführung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 mit 500.000 € umgesetzt. Das Geschäftsjahr 2019 hat das MVZ mit einem Jahresüberschuss von 608.081 € (Vj. 279.157 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresüberschuss in Höhe von 309.392 € konnte somit deutlich überschritten werden.

Vermögens- und Finanzlage
Das Anlagevermögen stellt den Firmenwert zum 31.12.2019 dar. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind ausschließlich Forderungen aus Untersuchungsleistungen dargestellt.
Die Finanzlage ist solide und die flüssigen Mittel decken sowohl die Verbindlichkeiten als auch die Rückstellungen.

Nach Ausschüttung von 500.000 € aus dem Geschäftsjahr 2019 erhöht sich das Eigenkapital um den verbleibenden Bilanzgewinn von 108.081 € auf 704.959 €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin resultieren im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung 2019 in Höhe von 500.000 €. Des Weiteren sind gegen verbundene Unternehmen (Regionale Kliniken RKH GmbH) Verbindlichkeiten in Höhe von 43.000 € eingestellt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen resultieren größtenteils aus der Kostenerstattung an das Klinikum Stuttgart in Höhe von 151.000 € (Vj. 709.000 €). Durch die Beteiligungsverträge der angestellten Ärzte besteht zusätzlich eine Verbindlichkeit in Höhe von 89.000 € (Vj. 62.000 €) zum Jahresende. Bei den Rückstellungen wurde eine Zuführung für Urlaub notwendig. Die Rückstellungen für Überstunden, Budgetbeteiligung und offene Rechnungen konnte reduziert werden.

Ertragslage
Die Umsatzerlöse zeigen die in Rechnung gestellten Untersuchungsleistungen gegenüber Kassenpatienten und Selbstzahlern. Ferner sind die Erlöse aus Erstattungen der Versandkosten für die in Rechnung gestellten Untersuchungsleistungen an Selbstzahlern enthalten. Zum 01.07.2018 wurde zwischen dem MVZ und dem Klinikum Stuttgart ein Kooperationsvertrag für die ambulante Laborversorgung geschlossen. Aus diesem Bereich sind in 2019 Umsatzerlöse in

Höhe von 1.965.000 € (2. HJ 2018: 986.000 €) entstanden. Die aus dem Vertrag resultierende Kostenerstattung an das Klinikum Stuttgart beläuft sich auf 1.543.000 € (2. HJ 2018: 709.000 €). In den Personalkosten sind neben den Kosten der eigenen Mitarbeiter und den Beteiligungen der angestellten Ärzte auch die Aufwendungen aus einem Kooperationsvertrag zwischen der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und dem MVZ in Höhe von 967.000 € (Vj. 904.000 €) enthalten. Im Rahmen des Mietvertrages zwischen den Kliniken Ludwigsburg gGmbH und der MVZ gGmbH sind Aufwendungen in Höhe von ca. 11.000 € (Vj. 11.000 €) angefallen.
Die Regionale Kliniken Holding RKH GmbH erhält für den Bereich Labormedizin ebenso eine Kostenerstattung in Höhe von 384.000 € (Vj. 345.000 €).

Die Umsätze steigen planmäßig durch die wachsende Nachfrage und die Ausweitung des Kundenstammes an. Damit verbunden sind höhere Personalkosten und der entsprechenden Materialeinsatz. Ansonsten zeigt die MVZ gGmbH eine solide und positive Ergebnisentwicklung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	37,8	29,6	+ 8,2
Anlagendeckung I in %	entfällt	7.361,5	entfällt
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	entfällt	7.361,5	entfällt
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	160,8	141,4	+ 19,4

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage 17)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Für die ursprüngliche Planung 2020 wurde ein Überschuss in Höhe von 436.000 € veranschlagt. Das Jahr 2020 ist durch die Corona-Krise grundsätzlich massiv belastet. Die Folgen sind somit noch nicht absehbar und es ist nicht sicher ob die wirtschaftlichen Jahresziele 2020 erreicht werden können. Die Geschäftsführung geht daher von einem Jahresergebnis in der Bandbreite von 0 € bis 436.000 € für das Geschäftsjahr 2020 aus.

Nach den Erweiterungen der Leistungen in den letzten Jahren ist für die nächsten Jahre ein weiteres Wachstum möglich, indem das MVZ seine ambulanten Leistungsgebiete nochmals

ausweitet. Im Bereich der ambulanten Notfallversorgung wird derzeit ein hausärztlicher Versorgungsauftrag angestrebt, um die zentrale Notaufnahme von der Versorgung von Patienten mit leichten Erkrankungen zu entlasten.

Bei den angenommenen Eckdaten und Entwicklungen ist für 2020 ein Stellenplan in Höhe von 9,70 Vollkräften (Vorausschau 2019: 7,45 VK) vorgesehen.

RKH MVZ Orthopädische
Klinik Markgröningen

RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-0
E-Mail	info.okm@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten, betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wurde im Mai 2019 gesellschaftsrechtlich gegründet, mit dem Ziel als Mindestlösung mit den beiden Fachgebieten Orthopädie und Allgemeinmedizin im Jahr 2020 auch aktiv den Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Die Kliniken verfolgen mit der Gründung der MVZ gGmbH das unternehmerische Ziel die medizinische Versorgung sicherzustellen. Das Fachgebiet Orthopädie/Unfallchirurgie ist für die OKM von besonderer Bedeutung, weil die vorhandenen Ermächtigungen jeweils nur befristet erteilt werden und zuletzt auch beschnitten wurden. Darüber hinaus besteht immer die Gefahr, dass durch Einsprüche die Ermächtigungen auch ganz entfallen können. Im Jahr 2019 ist es zwar gelungen eine grundsätzliche Einigung mit den beiden Praxisinhabern zu erzielen. Durch die gesellschaftsrechtliche Verknüpfung mit der am Standort befindlichen Praxisgemeinschaft (einer Gemeinschaftspraxis mit 3 Sitzen und 4 Einzelpraxen) konnten die Verträge jedoch noch nicht finalisiert und der notwendige Antrag beim Zulassungsausschuss gestellt werden.
Im ersten Quartal 2020 wurden deshalb in mehreren Gesprächen die Eckpunkte zu einer Änderung der Praxisgemeinschaft geführt, die nun kurz vor dem Abschluss stehen. Mit der entsprechenden Antragsstellung und bei einer positiven Entscheidung des Zulassungsausschusses könnte das MVZ voraussichtlich Anfang Januar 2021 seinen Betrieb aufnehmen.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	**Anteil am Stammkapital in €**	**%**
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	**Name des Mitglieds**	**Name des Stellvertreters**
Gesellschafterversammlung		
Für die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Olaf Sporys	
Aufsichtsrat		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

* Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH bedarf der Gesellschafter Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts
Ein Geschäftsverlauf soll erst im Folgejahr aufgenommen werden.

Investitionsbereich
Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Rumpfgeschäftsjahr 2019 waren keine Mitarbeiter beschäftigt.

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss
Das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 5.102,03 € abgeschlossen. Die Geschäftsführung schlägt vor den Jahresfehlbetrag auf die Folgejahre vorzutragen.

Das MVZ refinanziert seine Aufwendungen für den Ankauf von Sitzen selbst. Darüberhinausgehende Gewinnanteile werden an die OKM abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage
Das Eigenkapital reduziert sich im Wesentlichen um die Bildung einer Rückstellung für die Jahresabschlusskosten in Höhe von 5.102,03 €, was zu einem Betriebskapital von 24.898 € für das Geschäftsjahr 2019 führt.

Ertragslage
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.102,03 € entspricht im Wesentlichen der Einstellung einer Rückstellung für Jahresabschlusskosten.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	79,9	-	-
Anlagendeckung I in %	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	498,0	-	-

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Für das Jahr 2020 wurde ein Überschuss in Höhe von 52.000 € anvisiert. Bei der Planaufstellung wurde davon ausgegangen, dass eine Betriebsaufnahme bereits zum 01.01.2020 möglich wäre. Da dies nun auf das Jahr 2021 verschoben wird, bleibt es bei dem Rumpfgeschäftsjahr mit weiteren Anlaufverlusten, die sich im Rahmen der Aufwendungen des Geschäftsjahres 2019 bewegen. Für 2021 und die Folgejahre ist geplant, dass weitere Versorgungsaufträge in das MVZ aufgenommen werden. Dazu gehört ein anästhesiologischer Sitz für die Schmerztherapie und weitere orthopädische Sitze sowie - wenn möglich - ein neurologischer Sitz, der auch die Konsile für die stationären Patienten abdecken soll.

Zusammen mit der radiologischen und urologischen Nebenbetriebsstätte, die von niedergelassenen Kollegen verantwortet und betrieben werden, bestände somit ein umfangreiches Netzwerk für die sektorenübergreifende Versorgung von Patienten.

RKH Privatkliniken

RKH Privatkliniken GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Telefon	(07145) 91-0
E-Mail	info.okm@rkh-kliniken.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Privatkliniken nach § 30 der Gewerbeordnung an den Standorten der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die RKH Privatkliniken GmbH soll als gewerbliches Unternehmen Privatpatienten behandeln. Dies geschieht zunächst ausschließlich am Standort Markgröningen, kann bei Bedarf aber auf die Standorte der KLB gGmbH, also Ludwigsburg und Bietigheim, ausgeweitet werden. Um die Privatklinik betreiben zu können, wird zwischen der OKM und der RKH Privatkliniken GmbH ein Nutzungsüberlassungs- und Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag regelt zum einen die Überlassung von Räumlichkeiten, die räumlich abgrenzbar sind und nicht vom Land gefördert sein dürfen sowie zum anderen die Überlassung von Inventar und Geräten. Der Dienstleistungsanteil regelt die von der OKM zu erbringenden Krankenhausleistungen, die von der Privatklinik „eingekauft“ und vergütet werden müssen.

Für das geplante Geschäftsjahr 2019 wurde unterstellt, dass die Gründung im ersten Quartal 2019 vollzogen werden kann und die tatsächliche Geschäftstätigkeit zum zweiten Quartal 2019 erfolgt. Durch die Verzögerungen bei den Erweiterungs- und Umbauten im Zentral-OP sowie der schwierigen Personalsituation im Pflege- und Funktionsbereich war die Inbetriebnahme bislang nicht möglich. Ein weiterer schwieriger Punkt ist die Umsetzung der Privatklinik in unserer EDV-Struktur mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Betriebsabläufe, insbesondere im OP. Bis Ende November 2019 wurden diese Voraussetzungen geschaffen. Allerdings konnten noch nicht alle Schulungen und auch ein Testbetrieb erfolgen. Unter der Voraussetzung, dass alle personellen und organisatorischen Hürden genommen werden, war eine Inbetriebnahme der Privatklinik im Januar 2020 geplant. Parallel dazu sind auch Umverteilungen der zugeordneten Stationen notwendig. Durch Personalengpässe im Pflegedienst und um die Leistungsentwicklung durch den

veränderten OP-Betrieb beurteilen zu können, hatten wir uns entschieden als Starttermin das zweite Quartal 2020 anzuvisieren. Dieser Termin wurde aufgrund der Corona Pandemie erneut verworfen. Es lässt sich noch nicht absehen, wann eine Aufnahme des Betriebes der Privatklinik sinnvoll und möglich ist.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	**Anteil am Stammkapital in €**	**%**
Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000	100

Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH Privatkliniken GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	**Name des Mitglieds**	**Name des Stellvertreters**
Gesellschafterversammlung		
Für die Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH*	Prof. Dr. Jörg Martin	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin Olaf Sporys	
Aufsichtsrat		
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.		

* Gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags RKH Privatkliniken GmbH bedarf der Gesellschafter Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts
Im Geschäftsjahr war die Gesellschaft nicht operativ tätig.

Investitionsbereich
Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Im Rumpfgeschäftsjahr 2019 waren keine Mitarbeiter beschäftigt.

Lage des Unternehmens

Jahresabschluss
Das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.102,03 € abgeschlossen. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag auf die Folgejahre vorzutragen.

Vermögens- und Finanzlage
Das Eigenkapital reduziert sich im Wesentlichen um die Bildung einer Rückstellung für die Jahresabschlusskosten in Höhe von 5.102,03 €, was zu einem Betriebskapital von 24.898 € für das Geschäftsjahr 2019 führt.

Ertragslage
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.102,03 € entspricht im Wesentlichen der Einstellung einer Rückstellung für Jahresabschlusskosten.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

- Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019 und den Vorjahreswerten (Anlage) ersichtlich.
- Kennzahlen

Finanzkennzahlen	2019	2018	Veränderung
Eigenkapitalquote in %	79,9	-	-
Anlagendeckung I in %	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung I in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in %	entfällt	entfällt	entfällt
Anlagendeckung II in % mit Sonderposten	entfällt	entfällt	entfällt
Liquiditätsgrad in %	498,0	-	-

(Erläuterungen zu den Kennzahlen vergleiche Anlage)
Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Nachdem noch nicht absehbar ist, wann die Privatklinik ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen wird, bleibt auch 2020 ein volles Geschäftsjahr ohne Geschäftsbetrieb und die Planziele können voraussichtlich nicht erreicht werden. Unter den gegebenen Umständen wird das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis vergleichbar mit dem Ergebnis 2019 abschließen.
Für das Jahr 2020 wurde ein Überschuss in Höhe von 168.000 € anvisiert.

ILS gGmbH
(Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)

Allgemeine Angaben

Anschrift	Marienstr. 22 71634 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 86506-0
E-Mail	info@ils-lb.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	20.02.2014

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Integrierten Leistelle Ludwigsburg in den Räumlichkeiten der Hauptfeuerwache Ludwigsburg in der Marienstraße 22 in Ludwigsburg, auf der Basis der jeweils gültigen gesetzlichen Grundlagen. Wesentliche Aufgaben sind hierbei die Annahme und Abwicklung von eingehenden Notrufen der Bevölkerung im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis Ludwigsburg ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Feuerwehrleitstelle und die untere Katastrophenschutzbehörde für den Landkreis Ludwigsburg. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V., ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Rettungsleitstelle für Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Ludwigsburg. Durch den gemeinsamen Betrieb einer so genannten „integrierten Leitstelle (ILS gGmbH) beabsichtigen der Landkreis und das DRK die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	12.500	50
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	12.500	50

Beteiligungen des Unternehmens

Die ILS gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe

Organ / Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	Walter Adler
Geschäftsführung	
Geschäftsführer	Jürgen Vogt Manfred Hormann (bis Juni 2019) Jürgen Breidbach (seit Dezember 2019)
Aufsichtsrat	
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ILS gGmbH wurde am 20. Februar 2014 gegründet. Der Übergang der neuen Leitstelle in den Echtbetrieb erfolgte am 8. Juli 2015.
Ein Wirtschaftsplan für 2019 wurde erstellt. Es wurde ein Zuschussbetrag i.H.v. 1.488.504 € durch den Landkreis veranschlagt. Der Zuschussbetrag 2018 lag bei 1.385.225 €.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	29	30

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Durch die Gesellschaftsstruktur der ILS gGmbH mit ihren beiden Trägern Landkreis Ludwigsburg und DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V. ist das Risiko für Schäden des Vermögens und der Liquidität als sehr gering einzustufen.

Ein Risiko für die Ertragslage der Gesellschaft ergibt sich aus ihrer Finanzierungsstruktur. 50% der Erträge werden durch Vermittlungsentgelte erwirtschaftet. Die Kostendeckung dieser Vermittlungsentgelte ergibt sich im Rahmen der Verhandlungen mit den Kostenträgern. Werden bei diesen Verhandlungen Kosten der ILS gGmbH von den Kostenträgern nicht als Kosten des Rettungsdienstes anerkannt, werden die Aufwände dann auch nicht über die Vermittlungsentgelte refinanziert. Durch eine regelmäßige Überwachung der betriebswirtschaftlichen Entwicklung des Geschäftsjahres ist dieses Risiko frühzeitig erkennbar.

Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens

Der Jahresabschluss des Jahres 2019 weist einen Fehlbetrag über 448.177,69 € aus. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der gesamte Verlustvortrag beträgt somit
660.571,15 €.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das Land Baden-Württemberg möchte zukünftig das Konzept des Telenotarztes umsetzen. Ein Telenotarzt ist ein rettungsmedizinisches Konzept für die präklinische Patientenversorgung, welches aus mehreren beteiligten Instanzen besteht. Zum einen umfasst es den Telenotarzt und zum anderen das Rettungsdienstpersonal sowie die technische Unterstützung, die den Austausch zwischen Rettungsfachpersonal und dem Telenotarzt erlaubt. Die Versorgung des Patienten geschieht mittels Anweisungen vom Telenotarzt, der nicht physisch vor Ort ist, an das Notfallpersonal (z. B. Notfallsanitäter), das sich am Einsatzort befindet. Die technische Unterstützung besteht unter anderem aus Telekommunikation, Echtzeit-Vitaldaten-Übertragung und ggf. Live-Videoübertragung aus dem Rettungswagen (RTW). Es ist geplant mit zwei Pilotleitstellen, die Umsetzung des Konzepts des Telenotarztes in den Leitstellen oder mit diesen verbundenen (technisch oder räumlich) Räumen voranzutreiben.
Der Landkreis Ludwigsburg ist nach aktuellem Stand, neben Freiburg, als Standort für diese Pilotleitstelle vorgesehen.

Kleeblatt Pflegeheime gGmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Alt-Württemberg-Allee 4 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 968-200
E-Mail	info@kleeblatt-ggmbh.de
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	30.05.1989

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb kleinerer örtlicher Einrichtungen der stationären Alten- und Krankenpflege im Landkreis Ludwigsburg. Die Gesellschaft ist gemeinnützig tätig. Die Gesellschaft kann sich auch auf gemeinnützigen branchenverwandten Gebieten betätigen. Sie kann insbesondere auch Gesellschafterin, Beteiligte oder Mitglied bei gemeinnützigen Verbänden, Organisationen und Gesellschaften der Wohlfahrtspflege werden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insgesamt gehören zur Kleeblatt Pflegeheime gGmbH folgende Einrichtungen:

- 26 Pflegeheime, darunter 1 Kompetenzzentrum für Menschen mit Demenz
- 2 Tagespflegeeinrichtungen
- 1 Ambulanter Dienst für die betreuten Wohnungen im Kleeblatt Wohnen.

Dies entspricht:

- 725 Pflegeplätzen (Dauer- und Kurzzeitpflege)
- 33 eigenständigen Tagespflegeplätzen
- 582 Wohnungen mit Betreuungsangebot Kleeblatt Wohnen

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 736.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	64.000	8,7
Städte, Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg, Zweckverband Pattonville/Sonnenberg	672.000	91,3

Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital in €	%
Kleeblatt Consult GmbH	25.564,59	100

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Landkreis Ludwigsburg		
	Landrat Dr. Rainer Haas	Heiner Pfrommer
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Andrea Nisi-Binder	
	Stefan Ebert	
Kuratorium		
Vorsitzender	Karl-Heinz Balzer	
Stv. Vorsitzende	Thomas Winterhalter	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	Heiner Pfrommer
Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger	---
Mitglieder - Freie Wähler	Rainer Gessler	---
Mitglieder - SPD	Ramona Schröder	---
Mitglieder - Grüne	Rainer Breimeier	---

Zum 31.07.2019 sind Frau Marianne Stellmacher (CDU), Herr Horst Kirschner (Freie Wähler) und Herr Claus Langbein (Grüne) aus dem Gremium ausgeschieden.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 227 T€ ab. Das Ergebnis konnte drastisch um 2.088 T€ verbessert werden. Es ist gelungen, wieder „schwarze Zahlen“ zu schreiben. Den um 3,59 % gestiegenen Erlösen standen um -2,01% rückläufige Personalkosten entgegen.

Um die mit den Kostenträgern vereinbarte Personalquote zu erfüllen, konnte wieder vermehrt auf eigenes Personal zurückgegriffen werden. Somit war es möglich, die teuren Zeitarbeitskräfte zu reduzieren.

Die Auslastungsquote lag im Geschäftsjahr bei 96,51% (Vorjahr 95,57%) und damit um 0,94% über dem Vorjahr. Aufgrund der sich langsam verbesserten Personalsituation konnte die Anzahl der geblockten Betten reduziert werden.

Dem in Folge des zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) ausgelösten Rothgang-Effektes konnte mit einem konsequentes Einstufungsmanagement annähernd gegengesteuert werden. Dennoch können hohen Pflegegrade, welche auch hohe Leistungsbeträge der Pflegekassen sicherstellten, durch das neue Einstufungsverfahren für viele Bewohner nicht mehr erreicht werden. Neue Bewohner ziehen in der Regel mit einem Pflegegrad 2 oder 3 ins Pflegeheim ein. Die Pflegegrade 4 und 5 nehmen kontinuierlich ab, was zu schrumpfenden Budgets führt.

Im September 2019 ist die Übergangsfrist der Landesheimbauverordnung ausgelaufen. Es konnten für alle Kleeblattstandorte Ausnahmegenehmigungen in Bezug auf das Einzelzimmergebot erlangt werden. Dennoch sind weitere Maßnahmen zur Schaffung von Einzelzimmern in Planung oder bereits schon in der Umsetzung.

Die größte Sorge gilt jedoch weiterhin der Gewinnung von guten Mitarbeitern. Es bleibt schwierig, vakante Stellen im Bereich der Pflege mit guten Fachkräften zu besetzen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Angestellte insgesamt (Konzern)	1.134	1.097
davon Auszubildende und Praktikanten	76	64

Lage des Unternehmens

Vermögenslage
Die Sachanlagenintensität lag bei 87,84 %. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt unter Einbeziehung des Sonderpostens im Berichtsjahr bei 83,03 %. Dies entspricht nahezu dem Niveau des Vorjahres (83,77 %).

Finanzlage
Die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich auch weiterhin stabil dar. Es war zu keinem Zeitpunkt eine Einschränkung der Liquidität vorhanden.

Ertragslage
Die Erträge der Gesellschaft sind gegenüber dem Vorjahresniveau um 3,59 % gestiegen und lagen im Berichtsjahr bei 42.219 T€. Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen nach SGB XI sind bei der Muttergesellschaft und dem Konzern identisch. Bei diesen Erträgen konnte ein Zuwachs in Höhe von 4,01 % erzielt werden, die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung stiegen gleichzeitig um 5,73 % an. Die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten an Pflegebedürftige sind um 0,67 % gestiegen.

Die Personalaufwendungen der Gesellschaft lagen im Jahr 2019 bei 27.758 T€. Dies entspricht einer Reduzierung um -2,01 %. Trotz Tarifsteigerung konnten die Personalaufwendungen aufgrund der Verminderung der Fremdarbeiten um 51,82% insgesamt reduziert werden.

Die Ausgaben für Instandhaltungen in Höhe von 1.579 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 177 T€ gesunken. Der Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf (ohne Fremdarbeit) ist um 3,90% gestiegen. Die Gesamtaufwendungen lagen im Berichtsjahr bei 43.229 T€ und sind um 1,15% gesunken.

Das Geschäftsjahr 2019 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 227 T€ abgeschlossen.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Ausblick

Das laufende Geschäftsjahr wird Kleeblatt aufgrund der Corona Pandemie vor große Herausforderungen stellen. Der positive Trend aus dem Geschäftsjahr 2019 hat sich im ersten Quartal 2020 fortgesetzt. Durch den Lockdown im Frühjahr musste über mehrere Wochen ein Aufnahmestopp erfolgen sowie die Tagespflegeeinrichtungen geschlossen werden. Die Preise für Schutzkleidung sind explodiert und die Beschaffung von ausreichend Schutzkleidung zeigte sich zunehmend schwierig. Die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, dass die finanzielle Unterstützung durch den Rettungsschirm (Gesetz zum Ausgleich COVID 19 bedingter Belastungen für Gesundheitseinrichtungen) die Umsatzeinbußen und die Mehrkosten der Schutzkleidung kompensieren werden und für 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH

Allgemeine Angaben

Anschrift	Rotebühlstr. 121 70178 Stuttgart
Telefon	(0711) 6606-0
E-Mail	kontakt@vvs.de
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	22.12.1977

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft hat im Verbundgebiet Stuttgart Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordination des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft ist zudem für verbundübergreifende Werbung, Fahrgastinformation und Kundenberatung sowie die Erstellung von Nahverkehrsplänen zuständig.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Jahr 2019 verzeichnete der Verbund gemäß Verkaufsstatistik 384,2 Mio. zahlende Fahrgäste (ohne Schwerbehinderte). Damit ist die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Ticket um 10,2 Mio. bzw. 2,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Verbundeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 511,4 Mio. € (ohne Schwerbehinderte, ohne Ausgleichsleistungen Tarifzonenreform). Dies entspricht einem Rückgang der Einnahmen um 28,2 Mio. € bzw. -5,2 %. Das ist vor allem der Tarifreform geschuldet. Für die einkalkulierten Mindereinnahmen leisteten die Finanzierungsträger den Verkehrsunternehmen einen Ausgleich von 31,8 Mio. €. Unter Einbeziehung dieses Ausgleichs lag das Einnahmeplus bei 0,7 %. Zum 1. Januar 2019 gab es auch erstmals im VVS keine Tariferhöhung.

Gesellschafter des Unternehmens / Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 248.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital in €	%
Landkreis Ludwigsburg	9.300	3,75
Landkreis Böblingen	9.300	3,75
Landkreis Esslingen	9.300	3,75
Rems-Murr-Kreis	9.300	3,75
GbR der Kooperationspartner des VVS	12.400	5,00
Landeshauptstadt Stuttgart	18.600	7,50
Land Baden-Württemberg	18.600	7,50
DB Regio	47.120	19,00
VRS	49.600	20,00
SSB	64.480	26,00

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Gesellschafterversammlung		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Thomas Hachenberger Horst Stammler	
Aufsichtsrat		
Vorsitzender	OB Fritz Kuhn	
1. Stv. Vorsitzender	Dr. Dirk Rothenstein	
2. Stv. Vorsitzender	Rainer Ganske	
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 35.575 €.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Angestellte	77	72
Beamte	5	5
Projektmitarbeiter	0	0
GESAMT	**82**	**77**

Lage des Unternehmens

Vermögens- und Finanzlage

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft belief sich im Berichtsjahr auf 659 T€. Ein Großteil der Mittel wurde für Erweiterungsinvestitionen in die bestehende Software der Fahrplanauskunft und im Bereich des Ticketvertriebs verwendet. Unter anderem wurde eine Schnittstelle zur Übertragung von aktuellen GPS-Daten an die Live-Karte in der App und der „Responsive EFA“ eingerichtet und konfiguriert. Damit ist es möglich, den jeweiligen Fahrzeugstandort von Bussen und Bahnen präziser darzustellen. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr die Live-Karte auf der Homepage um neue Features erweitert. Sie liefert u. a. Echtzeitdaten, Haltestelleninformationen, Auskunft über interessante Orte wie z. B. Gastronomie und Kultur, ebenso können die Einstellungen individuell angepasst und zusammengestellt werden. Mit Einrichtung einer neuen Meldefunktion können Fahrgäste per Crowdsourcing die Belegungsdaten einer aktuellen Fahrt melden und bekommen von anderen Fahrgästen gemeldete Belegungsdaten live in der App „VVS Mobil“ angezeigt. Im Bereich eTicketing wurde das Hintergrundsystem der mobilen Kontrollgeräte für den BW-Tarif und die neue Generation der Kontrollgeräte ertüchtigt. Gleichzeitig wurde das System auf die aktuelle Version des bundesdeutschen Standards (VDV-KA) gebracht. Im Zuge der Tarifreform wurden neue Schnittstellen programmiert und diverse Informationsmedien und Vertriebssysteme verbessert. Weitere Investitionsmittel waren für die Weiterentwicklung des Einnahmeabrechnungssystems, beispielsweise um die neuen Verträge in der Monats- und Jahresabrechnung verarbeiten zu können. Erweiterungen waren auch für den Einbau zusätzlicher Elemente im Zuge der Tarifreform notwendig. Im Bereich Sachanlagen wurden Investitionsmittel v.a. für die Ausstattung der Geschäftsstelle benötigt.

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft zum 31.12.2019 betrug 1.566 T€. Ein Anstieg um 37 T€ zum Vorjahr ist auf Anschaffungen von Software zurückzuführen, während das Sachanlagevermögen leicht rückläufig war.

Das kurzfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft belief sich zum 31.12.2019 auf 2.896 T€. Der Kassenbestand war mit 1.385 T€ um 792 T€ höher als im Vorjahr, da die Rechnungen für die Leistungsvergütung der regionalen Verkehrsunternehmen früher versandt und somit noch weitgehend in 2019 bezahlt wurden. Mit dem 1. Liquiditätsgrad (125,1 %) können die kurzfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristig verfügbare Mittel vollständig gedeckt werden.

Ertragslage

Die betrieblichen Erträge der Gesellschaft beliefen sich auf insgesamt 13.375 T€, was einem Anstieg um 313 T€ bzw. 2,4 % entspricht.
Der Anstieg der Umsatzerlöse um 91 T€ bzw. 1,2 % auf 7.833 T€ resultiert zum Beispiel aus der höheren Vergütung für die Erstellung von Nahverkehrsplänen für die Verbundlandkreise und die Landeshauptstadt Stuttgart sowie aus gestiegenen Umsatzerlösen für Werbemaßnahmen, z.B. bei der Inbetriebnahme von neuen Linienbündeln. Insgesamt wurden 51,2 % aller Erträge über die Leistungsvergütung der Verkehrsunternehmen erwirtschaftet.

Im Berichtsjahr gab es weiterhin nennenswerte Erträge von den Verbundlandkreisen für die Unterstützung bei Vergabeverfahren im regionalen Busverkehr und Erträge von den EZV-Partnern für Leistungen im Rahmen des polygo-Betriebs.
Die Zuschüsse der Grundvertragspartner beliefen sich auf 4.996 T€ und machten damit 37,4 % der gesamten betrieblichen Erträge aus. Für das Projekt „RegioWIN“ (Fördergeber EU, Land, VRS) sowie sieben DkV-Projekte im Rahmen des Sofortprogramms „Saubere Luft“ (Fördergeber Bund) wurden 2019 insgesamt Fördermittel in Höhe von 309 T€ als Aufwandszuschuss abgerufen, was einer Steigerung um 110 T€ oder 53 % entspricht. Erhaltene Investitionszuschüsse in Höhe von 150 T€ wurden von den Anschaffungskosten direkt abgesetzt.
Außerdem erhielt die Gesellschaft für die tarifliche Teilintegration des Landkreises Göppingen sowie von weiteren Kommunen wie in den Vorjahren einen Zuschuss für die Beteiligung an den Grundlasten des Verbundes.
Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 50 T€. Die Erträge sind geringer als im Jahr 2018, da im Vorjahr eine einmalige Auflösung einer Mietrückstellung erfolgte.

Die Kosten der Gesellschaft resultieren aus den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben. Darüberhinausgehende Tätigkeiten und größere Investitionen erfordern die Zustimmung der Aufsichtsgremien. Die Kostenstruktur orientiert sich am handelsrechtlichen Schema der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren.
Der betriebliche Gesamtaufwand (ohne Berücksichtigung von Finanzergebnis und steuerlicher Belastung) lag um 265 T€ bzw. 2,0 % höher als 2018 und belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf 13.190 T€. Der Anstieg ist einerseits bedingt durch höhere Abschreibungen durch vermehrte Investitionen in neue Produkte in den beiden Vorjahren. Andererseits stieg der Personalaufwand (inklusive Projektpersonal) auf 6.791 T€ und lag damit um 136 T€ (2,0 %) über dem Vorjahr. Hauptgrund dafür ist der Tarifabschluss im Rahmen des TVöDs mit einer durchschnittlichen Tariferhöhung von 3,02 % ab März 2019, die durch geringere Aufwendungen für Altersversorgung nicht vollständig kompensiert werden konnte.

Zum 31. Dezember 2019 ergab sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 185 T€. Da die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nur handelsrechtlich anerkannt sind, ergibt sich ein Steueraufwand in Höhe von 183 T€ und ein Jahresüberschuss von rund 2 T€ (Vorjahr 4 T€).

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Rahmen der am 28. November 2012 geschlossenen Zuschussvereinbarung, die die Vereinbarung vom 1. Dezember 1995 ablöste und ab 2014 eine Dynamisierung der Zuschüsse beinhaltet, entfielen auf die Grundvertragspartner des VVS für 2019 folgende Zuschüsse:

	2019	2018
Aufwand VVS GmbH	295.767,24	290.537,56 €

Ausblick

Erträge

Die Erträge der Gesellschaft basieren überwiegend auf bestehenden vertraglichen Regelungen.

- Die Vergütungsvereinbarung mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG und der DB Regio AG behält unverändert ihre Gültigkeit. Neue Eisenbahnverkehrsunternehmen werden in die Vergütungsvereinbarung integriert.
- Eine neue Vergütungsvereinbarung für die regionalen Busunternehmen und Nebenbahnen tritt im Jahr 2020 in Kraft. Im Zuge eines Anpassungspfads zahlen diese 1,32 % der zugeschiedenen Bruttofahrgeldeinnahmen, dieser Anteil erhöht sich jährlich bis 2024 auf dann 1,36 %.

- Die Zuschussvereinbarung mit den Aufgabenträgern und dem Verband Region Stuttgart beinhaltet eine Dynamisierung der jährlichen Zuschüsse um 1,8 % p.a., welche zur Zeit bis Ende 2021 Gültigkeit besitzt.
- Der Verbundfördervertrag des Landes Baden-Württemberg wird für 2020 weitgehend unverändert fortgeführt. Über die Förderbedingungen für die Zeit ab 2021 (gesetzliche Regelung) werden derzeit Verhandlungen geführt.
- Die bestehende Vereinbarung zur Unterstützung bei Vergabeverfahren durch die Landkreise wurde für das Jahr 2020 erweitert.
- Die VVS GmbH wird im Jahr 2020 noch einmalig steigende Erträge durch Fördermittel im Zusammenhang mit Digitalisierungsprojekten erwirtschaften.

Kosten

Beim VVS gibt es in den Jahren 2020 und 2021 in vielen Bereichen neue Projekte und Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen, um die Kernaufgaben zu erfüllen.

- Vorbereitung der Vollintegration des Landkreises Göppingen zum 1. Januar 2021 im Bereich der Vertriebstechnik, der Kundeninformation, der Unternehmensorganisation sowie durch zahlreiche Marketingaktivitäten
- Umsetzung neues Liniennummernkonzept im Landkreis Göppingen
- Mitarbeit bei der Einführung eines landesweiten eTicketing (ELA-CiCo) im Rahmen eines Förderprojekts (DkV)
- Entwicklung und Einführung eines einheitlichen JugendTickets
- Ausbau des elektronischen Bestellformulars für polygo Chipkarten
- Entwicklung einer Analyse-App, die Barcodes und Chipkarten auslesen kann
- Unterstützung der Verbundlandkreise und Kommunen bei der Qualitätskontrolle und der Abrechnung der Verkehrsverträge im regionalen Busverkehr
- Erweiterung des Abrechnungsprogramms der Einnahmenaufteilung
- Verkehrsstromerhebungen im SSB-Netz in 2020 und Vorbereitung der Verkehrserhebungen im S-Bahn- und Regionalzugnetz in 2021 (derzeit ausgesetzt)
- Querschnittszählungen in den Busnetzen der Verbundlandkreise
- Einführung eines Hintergrundsystems für Automatische Fahrgastzählsysteme (AFZS) und Anschluss erster Verkehrsunternehmen
- Fortschreibung der Nahverkehrspläne für die Landeshauptstadt Stuttgart und die Verbundlandkreise
- Weiterentwicklung der Qualitätsdatenbank Echtzeit und EMS für Störungsmeldungen
- Neue Angebote für digitale Mobilität wie z. B. ein neuartiger Sprachassistent
- Einführung und Rollout von DFI Light Anzeigern an Haltestellen in der Region
- Integration von Ruftaxibuchung in App und Web
- Relaunch des Radroutenplaners (polygo&bike) im Rahmen eines Förderprojekts (DkV)
- Beschaffung einer Software zur Analyse von geographischen Daten
- Ausbau der digitalen Informationsangebote und Mitwirkung beim Förderprojekt RegioWIN
- Fortsetzung weiterer verschiedener Förderprojekte zur „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ (DkV) im Rahmen des Sofortprogramms des Bundes „Saubere Luft 2017 - 2020“
- Durchführung diverser Marketingaktionen und Kampagnen mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit sowie weitere Abo-Kampagnen u. a. zum StudiTicket und Ausbildungs-Abo (derzeit in der Überprüfung)
- Einführung einer neuen Personalsoftware und Software zur Zeiterfassung

Bezüglich des Wirtschaftsplans 2020 wird nach heutigem Stand ein leicht positives Ergebnis angestrebt. Für das Jahr 2021 kann derzeit, aufgrund der nicht absehbaren Entwicklung bei den Fahrgeldeinnahmen, keine wirkliche Prognose stattfinden.

Komm.ONE AöR

Allgemeine Angaben

Anschrift	Krailenshaldenstr. 44 70469 Stuttgart
Telefon	(0711) 8108-20
E-Mail	info@komm.one
Rechtsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	01.07.2018

Vorbemerkung

Zum 1 Juli 2018 sind die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) jeweils unter Einbringung ihres gesamten Vermögens im Wege der Gesamtrechtsnachfolge der Datenzentrale Baden- Württemberg beigetreten. Gleichzeitig wurde die bisherige Datenzentrale Baden- Württemberg in Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts umfirmiert (Komm.ONE). Parallel zur Gründung von Komm.ONE haben sich die drei Zweckverbände KIRU, KDRS und KIVBF zum neuen Zweckverband 4IT zusammengeschlossen, welcher die 88 % Trägerschaft der Komm.ONE für die Kommunen neben der 12 % weiteren Trägerschaft der Komm.ONE durch das Land Baden-Württemberg ausübt.

Die zugehörigen Betriebsgesellschaften (RZRS GmbH, IIRU GmbH und KRBF GmbH) der ehemaligen Zweckverbände, wurden im Dezember 2018 rückwirkend zum 1. Juli 2018 zur neuen DIKO GmbH verschmolzen. Die übernommenen Geschäftsfelder und Betriebszwecke der verschmolzenen Firmen sind weitgehend deckungsgleich.

<u>Gegenstand des Unternehmens Komm.ONE AöR</u>
Das auf die Kommunen ausgerichtete Lösungs- und Serviceangebot der Zweckverbände ist im Zuge der Fusion in das Komm.ONE-Portfolio übergegangen. Die bisher den Mitgliedern durch die Zweckverbände zur Verfügung gestellten Lösungen werden nun durch die Komm.ONE bereitgestellt. Diese Lösungen unterstützten die Mitglieder bei der Erledigung ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben. Dazu betreibt die Komm.ONE-Gruppe Leistungszentren und erbringt dort Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung in den Geschäftsfeldern Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen, den Betrieb von Rechnern sowie die organisatorische Beratung in datenverarbeitungstechnischen Bereichen und Schulungen.
Daneben sind die Firmen der Komm.ONE-Gruppe in der Softwareentwicklung und –beratung für Unternehmen der öffentlichen Verwaltung tätig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und dauerhaften Pflege von landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahren für die baden-württembergischen Kommunen. Daneben erbringt die Komm.ONE-Gruppe eine Vielzahl von Dienstleistungen wie die Beratung des Landes, der kommunalen Landesverbände und anderer Stellen.

Seit den 1990er- Jahren ist die Komm.ONE-Gruppe mit ihren Verfahren auch bundesweit und damit auch außerhalb von Baden-Württemberg tätig.

Die Komm.ONE-Gruppe hat rechtlich unselbstständige Betriebstätten in Ulm, Reutlingen, Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Stuttgart.

Zweckverband 4 IT

Der Zweckverband 4IT hat zum 01.07.2018 seine Geschäftstätigkeit aufgenommen. Er besteht in seiner Funktion als gemeinsamer Träger mit dem Land Baden-Württemberg an der ITEOS-Komm.ONE AöR (ehemals Datenzentrale Baden-Württemberg). Die Komm.ONE AöR ist durch den Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIVBF und KIRU zur Datenzentrale Baden-Württemberg kraft Gesetzes zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften vom 06.03.2018 aus der DZBW hervorgegangen. Der Anteil von 88 % des Zweckverbandes am Stammkapital der Komm.ONE AöR von 10.000.000 € beträgt 8.800.000 €. Der restliche Anteil i.H.v. 12 % wird vom Land Baden-Württemberg getragen.

Gegenstand des Zweckverbands
Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE AöR im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in der Komm.ONE AöR als Stammkapital eingebrachte Vermögen zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen.

Der Zweckverband 4IT besitzt kein eigenes Vermögen. Er finanziert seinen Verwaltungsaufwand, soweit er nicht durch Beiträge Dritter, sonstiger Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlagen.

Die Umlage für das Geschäftsjahr 2019 lag bei 455.289,48 €. Die bereits geleisteten Vorauszahlungen beliefen sich auf 574.485,16 €, sodass eine Verbindlichkeit gegenüber Mitgliedern i.H.v. 119.195,68 € besteht.

Das Eigenkapital der Komm.ONE AöR beläuft sich auf 74.496.448,81 € und daraus folgend ergibt sich ein Beteiligungsanteil des Zweckverbandes 4IT an der Komm.ONE AöR i.H.v. 65.556.874,60 € (entspricht 88 %). Dieser wird entsprechend dem jeweiligen Beteiligungsanteil der vormaligen Zweckverbände der KDRS und KIRU mit je 16.389.218,65 (je 22 %) und der KIVBF mit 32.778.437,30 € (44 %) zugewiesen.

Der Beteiligungsanteil des Landkreises Ludwigsburg am Zweckverband 4IT setzt sich zusammen aus der KDRS Eigenvermögensumlage zum 31.12.2017 i.H.v. 639.093,97 €, einer Zurechnung von Rundungsdifferenzen aus KDRS-Umlagen zum 30.06.2018 über 2.119,92 € und einer Zurechnung aus dem 4IT-Vermögensausgleich i.H.v. 265.361,69 €.
Daraus ergibt sich ein finanzielle Gesamtbeteiligung i.H.v. 968.173,61 €, was derzeit einem Anteil am Gesamtvermögen i.H.v. 1,4768 % entspricht

Verbandsmitglieder / Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes:
Die 1137 Mitglieder des Zweckverbandes 4IT sind Städte, Gemeinden, Landkreise und weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts uns sonstige Mitglieder.

Die Mitglieder des Zweckverbandvorsitzes und des Verwaltungsrates des Zweckverbandes 4IT zum 31.12.2019 setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Vorsitzende des Zweckverbandes und des Verwaltungsrats:
Verbandsvorsitzender: OB Dr. Ulrich Fiedler, Stadt Metzingen

1. Stellvertreter: Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
2. Stellvertreter: EBM Dr. Fabian Mayer, Stadt Stuttgart
3. Stellvertreter: OB Dr. Frank Mentrup, Stadt Karlsruhe

Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband 4 IT ist mit 88 % an der Komm.ONE AöR beteiligt. Diese Beteiligung wurde wie folgt von den vormaligen Zweckverbänden KDRS 22 %, KIRU 22 % und KIVBF 44 % eingebracht.

Die Komm.ONE ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

a) civillent GmbH, Sitz in Reutlingen:

Die Komm.ONE ist alleiniger Gesellschafter der civillent GmbH und somit mit 100 % beteiligt.

Der Jahresabschluss 2019 beinhaltet folgende Werte:

Stammkapital	EUR	1.000.000,00
Kapitalrücklagen	EUR	13.859.898,71
Gewinnrücklagen	EUR	10.576,00
Gewinnvortrag	EUR	10.416.051,25
Jahresüberschuss	EUR	476.135,22

b) DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebsgesellschaft (EVG), Sitz Stuttgart

Die Komm.ONE ist zum Bilanzstichtag mit unmittelbar 100 % an der EVG beteiligt.

Der Jahresabschluss 2019 beinhaltet folgende Werte:

Stammkapital	EUR	460.162,69
Gewinnvortrag	EUR	104.078,28
Jahresfehlbetrag	EUR	6.693,19

c) endica GmbH, Sitz in Karlsruhe:

Die Komm.ONE hält 86 %, in EUR 430.000,00, des Stammkapitals der endica GmbH.
Der Jahresabschluss 2019 beinhaltet folgende Werte:

Stammkapital	EUR	500.000,00
Kapitalrücklagen	EUR	910.000,00
Gewinnvortrag	EUR	2.114.707,83
Jahresüberschuss	EUR	943.490,75

Zweckverband Strohgäubahn

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 40 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 1444-2312
E-Mail	strohgaeubahn@landkreis-ludwigsburg.de
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	06.03.2010

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben im Verkehrsraum der Strohgäubahn im öffentlichen Personennahverkehr wahr:

a. Die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz inklusive der Errichtung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
b. Die Bereitstellung der für die Durchführung des Betriebs erforderlichen Fahrzeuge.
c. Die Unterhaltung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz sowie die Unterhaltung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
d. Die Verpachtung und Vermietung der Schienenstrecke, der betriebsnotwendigen Anlagen und der Fahrzeuge an einen Infrastruktur- und Verkehrsunternehmer. Anstelle einer Verpachtung/Vermietung der Eisenbahninfrastruktur kann der Zweckverband auch als Eisenbahninfrastrukturunternehmen tätig werden.
e. Die Festlegung des Bedienungs- und Qualitätsstandards der Schienenstrecke und die Erbringung der Verkehrsleistung der Strohgäubahn zwischen Korntal und Heimerdingen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband hat im Jahr 2019 die entsprechenden Aufgaben erfüllt. Die Anschaffung von neuen Triebwagen, der Neubau der Betriebswerkstatt in Korntal und die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal und Hemmingen sind weitestgehend abgeschlossen. Die neue Leit- und Sicherungstechnik wurde in Betrieb genommen. Es fehlen noch die Modernisierung der Bahnhöfe Heimerdingen und Korntal. Zum 01.01.2020 wird der Zweckverband Strohgäubahn Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU).

Verbandsmitglieder / Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil in %
Landkreis Ludwigsburg	50,00
Große Kreisstadt Ditzingen	5,55
Stadt Korntal-Münchingen	16,80
Gemeinde Schwieberdingen	12,55
Gemeinde Hemmingen	15,10

Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Strohgäubahn ist an keinen Unternehmen beteiligt.

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Verbandsversammlung		
Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas	
Mitglieder des Kreistags		
Mitglieder – CDU	Dietmar Allgaier	Andreas Beck
	Martin Hönes	Karl-Heinz Schlumberger
	Dr. Klaus Müller	Ralf Trettner
Mitglieder – Freie Wähler	Eberhard Weigele	Rainer Gessler
	Werner Nafz	Michael Ilk
	Klaus Warthon	Karl-Heinz Balzer
Mitglieder – Grüne	Doris Renninger	Reiner Theurer
	Fabian Obenland	Michael Klumpp
	Harald Wagner	Dr. Ewald Bischoff
Mitglieder – SPD	Egon Beck	Ingrid Farian
	Erika Pudleiner	Robert Müller
Mitglieder – FDP	Viola Noack	Volker Godel
Gäste		
Die Linke	Peter Schimke	Andreas Frisch
AfD	Walter Müller	Andreas Schönberger (bis 11.11.2019)
Verbandsvorsitz		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Michael Makurath	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Axel Meier	Jürgen Vogt

Verwaltungsrat

Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dr. Rainer Haas
Große Kreisstadt Ditzingen	OB Michael Makurath
Stadt Korntal-Münchingen	BM Dr. Joachim Wolf
Gemeinde Schwieberdingen	BM Nico Lauxmann
Gemeinde Hemmingen	BM Thomas Schäfer

Aufgrund der Kommunalwahl im Jahr 2019 gab es Veränderungen bei den Vertretern des Kreistages in der Verbandsversammlung.

Als ordentliches Mitglied der Verbandsversammlung sind zum 19.07.2019 ausgeschieden:
Horst Fiedler, Albrecht Fischer (beide CDU).

Als stellvertretende Mitglieder sind zum 19.07.2019 ausgeschieden:
Bernd Hasenmaier, Manfred Hollenbach, Thomas Wiesbauer (alle CDU), Horst Kirschner (FW), Werner Rohloff (SPD), Rainer Breimaier, Andreas Roll (GRÜNE).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung
Die Lieferung der neuen Leit- und Sicherungstechnik für die gesamte Strecke wurde im September 2015 an die Firma Thales Deutschland aus Ditzingen vergeben. Die Montage und Inbetriebnahme der neuen Leit- und Sicherungstechnik erfolgte im Jahr 2018.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)
Zum Stichtag 31.12.2019 hatte der Zweckverband Strohgäubahn keine eigenen Mitarbeiter. Das eingesetzte Personal besteht aus Ehrenbeamten und einem von Landkreis Ludwigsburg abgeordneten Mitarbeiter.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage
Im Laufe des Jahres 2019 wurden folgende Investitionen getätigt:

Investitionen	Angaben in Euro
Investitionen in die Infrastruktur (Anlagen im Bau)	2.295.141,96
Grunderwerb (Streckengrundstück und Waldfläche)	142.888,55
Technische Anlagen und Maschinen	77.146,59
Restzahlungen Werkstattbau	14.222,86
Büro- und Geschäftsausstattungen	1.648,38

Abgänge aus dem Anlagevermögen	- 312.233,33
Gesamt	**2.218.815,00**

Insgesamt steigt der Wert des Anlagevermögens auf 21.131.206,99 Euro.

Finanzlage
Insgesamt wurden 16.399.000,00 Euro an langfristigen Krediten aufgenommen, davon wurde im Jahr 2019 ein langfristiger Kredit in Höhe von 1.600.000,00 Euro aufgenommen. Die Kreditsumme bei der L-Bank BW beträgt 9.450.000,00 Euro und bei der KfW-Bank 6.949.000,00 Euro. Im Jahr 2019 wurden Tilgungen für Kredite in Höhe von 822.176,00 Euro geleistet. Zum Jahresende beträgt die Schuldenhöhe mit langfristigen Krediten 12.776.796,00 Euro.

Seit dem Jahr 2016 wird bei der Kreissparkasse Ludwigsburg ein kurzfristiger Roll-Over-Kredit mit einer Laufzeit von 6 Monaten abgeschlossen. Halbjährlich wird dieser Kredit mit neuen Konditionen verlängert. Zum Jahresende 2019 beträgt die Kredithöhe 5,0 Mio. Euro bei einem Zinssatz i.H.v. 0,2 %.

Ertragslage
Die beschlossene Verbandsumlage wurde nicht im vollen Umfang benötigt. Anstatt der erhaltenen Höhe von 3.032.623,54 Euro wurden für Leistungsvergütungen, Aufwendungen, Steuerrückstellungen und die Berücksichtigung der Erträge insgesamt 3.032.399,48 Euro benötigt. Die Differenz von 224,06 Euro wurde an die Verbandsmitglieder zurückgezahlt.

Umsätze
Die Umsätze bestehen aus der Verbandsumlage der Mitglieder.

Erträge
Die Fahrzeuge und die Werkstatt werden an die WEG vermietet. Die Erlöse betragen 1.214.410,80 Euro. An einen Anwohner in Korntal ist eine Fläche zum Preis von 165,00 Euro vermietet. Die sonstigen Erträge und die Auflösungen von Rückstellungen ergeben einen Ertrag in Höhe von 3.200,23 Euro.

Aufwendungen
Gegenüber dem vorgesehenen Planansatz für das Jahr 2019 werden zum Jahresabschluss 2019 folgende Abweichungen festgestellt. Aufgeführt sind alle Positionen, bei denen der Feststellungswert gegenüber dem Planansatzwert über 1.000 Euro abweicht.

Höhere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

-	Abgänge auf Sachanlagen	+	312.200,00 Euro
-	Periodenfremde Aufwendungen	+	110.400,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Schienenersatzverkehr	+	107.000,00 Euro
-	Abschluss- und Prüfungskosten	+	8.600,00 Euro
-	Sonstige Steuern	+	5.800,00 Euro
-	Rechtanwalt- und Steuerberatungskosten	+	4.100,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Infra-Vertrag 2009	+	4.000,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Schülerzug	+	3.800,00 Euro

Geringere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

-	Abschreibungen	-	310.000,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Infrastrukturbetrieb	-	65.100,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Verkehrsleistungen	-	60.400,00 Euro
-	Zinsaufwendungen	-	48.700,00 Euro
-	Leistungsvergütung für Stationsentgelte	-	27.800,00 Euro
-	Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	-	8.300,00 Euro
-	Buchführungskosten	-	7.000,00 Euro
-	Beratungskosten für Schienenkartell	-	5.000,00 Euro
-	Versicherung	-	3.000,00 Euro
-	Mieten, Pachten, Beiträge	-	2.000,00 Euro
-	Aufwandsentschädigungen VS/VR	-	1.500,00 Euro
-	Aufwendungen für Betriebseinrichtungen	-	1.300,00 Euro

Mit den Schlusszahlungen zum Grunderwerb der Streckeninfrastruktur inklusive Optionsfläche (30.036,00 Euro) wurden das Anlagegut Grundstücke, Bauten und Streckenausrüstungen angepasst. Durch die Modernisierung der Bahnhöfe, Gleisanlagen und Leit- und Sicherungstechnik werden 312.233,33 Euro aus dem Anlagevermögen aufgelöst und als Aufwand gebucht.

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis

Im Geschäftsjahr 2019 betrug die Betriebskostenumlage des Landkreises Ludwigsburg an den Zweckverband Strohgäubahn 1.516.199,74 Euro (Vorjahr: 1.378.215,36 Euro).

Ausblick

Im Oktober 2015 wurde die Werkstatt in Korntal eröffnet. Die Baukosten werden mit rund 3.893.000 Euro vom Land Baden-Württemberg gefördert. Es liegen alle Schlussrechnungen vor und die erforderlichen Unterlagen für die Abrechnung der restlichen Fördermittel wurden eingereicht. Bis zur Auszahlung der verbleibenden Fördermittel in Höhe von 400.000,00 Euro wurde eine Forderung gebildet. Eine Auszahlung wird erst im Jahr 2021 erfolgen.

Bei der Modernisierung der Streckeninfrastruktur warten wir auf die Planfeststellungsbeschlüsse zu den Bahnhöfen Heimerdingen und Korntal. Die Umbauten der Bahnhöfe folgen im Anschluss. Die Inbetriebnahme der neuen Leit- und Sicherungstechnik für die komplette Strecke fand im Jahr 2018 statt. Anteilig wurden dazu Rechnungen im Jahr 2019 ausgeglichen. Die Schlussabrechnung mit Nachträgen und Ergänzungen und die Auszahlung von Fördermitteln werden in den Jahren 2020 und 2021 folgen.

Die Ausstattungen der Fahrzeuge mit Fahrgastzählsystem, Fahrgastinformationssystem und freiem W-LAN folgen im Jahr 2021. Insgesamt sind für die Ausstattungen der acht Fahrzeuge rund 210.000,00 Euro vorgesehen.

Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL)

Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 30/1 71638 Ludwigsburg
Telefon	(07141) 144-69970
E-Mail	info@zvkbl.de
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	09.02.2019

Gegenstand und öffentlicher Zweck des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben für die Mitgliedskommunen im Bereich des Breitbandausbaus wahr:

a. Übergeordnete Koordination, Planung, Beratung und Begleitung der Verbandsmitglieder bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung, insbesondere im Zusammenhang mit der Errichtung von Telekommunikationsinfrastrukturen durch die Verbandsmitglieder nebst dazugehörigen Anlagen sowie bei beabsichtigter Zusammenarbeit oder Kooperation der Verbandsmitglieder mit Unternehmen der Privatwirtschaft mit (Wirtschaftlichkeitslückenförderung) oder ohne Gewährung von Zuwendungen.
b. Bedarfsgerechte Errichtung und Bau bzw. Erwerb oder Veräußerung von Backbone trassen zur Errichtung eines Backbonenetzes nebst Zuführungstrassen im Eigentum des Zweckverbandes einschließlich dazugehöriger Bauleitung, Bauüberwachung und Durchführung hierzu erforderlicher Ausschreibungen und sonstiger Maßnahmen. Bedarfsgerecht in diesem Sinne ist die Errichtung insbesondere dann, wenn keine parallelen Infrastrukturen Dritter zur Nutzung als Backbonetrasse oder Backbonenetz vorhanden sind oder die Nutzung paralleler Infrastrukturen Dritter unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte oder aus sonstigen Gründen nicht sinnvoll oder möglich ist. Dies schließt aber nicht aus, dass der Zweckverband in begründeten Einzelfällen zur Erfüllung seiner Aufgaben in Infrastrukturwettbewerb tritt.
c. Netzbetreibersuche und Einräumung des Nutzungsrechtes an Unternehmen für das Backbonenetz und innerörtliche Telekommunikationsinfrastrukturen
d. Ausschreibung zur Gewährung von Zuwendungen an Netzbetreiber zur Sicherstellung der Versorgung mit den geforderten Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten unter Beachtung etwaiger förderrechtlicher Vorgaben wahlweise im eigenen Namen oder im Auftrag der betreffenden Verbandsmitglieder, auf deren Gemarkung die Versorgung

mit Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten entsprechend verbessert werden soll.

e. Verwaltung der Telekommunikationsinfrastrukturen im Eigentum des Zweckverbandes (Backbonenetz) bzw. für die dem Zweckverband das Nutzungsrecht durch die Verbandsmitglieder oder durch Dritte eingeräumt wurde (z.B. Zuweisung von Pachteinnahmen, Abschluss von (An-)Pachtverträgen, Herausgabe von Dokumentationen etc.).

Verbandsmitglieder

Bis auf die große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen sind alle Städte und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg Mitglieder des Zweckverbands Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL).

Besetzung der Organe / Vertreter des Landkreises in den Organen

Organ / Funktion	Name des Mitglieds	Name des Stellvertreters
Verbandsvorsitz		
Vorsitzender	Landrat Dr. Rainer Haas	
Stv. Vorsitzender	OB Michael Makurath	
Geschäftsführung		
Geschäftsführer	Viktor Kostic	
Verwaltungsrat		
	Landrat Dr. Rainer Haas	
	OB Michael Makurath	OB Gerd Maisch
	OB Dr. Matthias Knecht	OB Ursula Keck
	BM Thomas Schäfer	BM Ralf Trettner
	BM Torsten Bartzsch	BM Thomas Winterhalter
	BM Alexander Fleig	BM Jürgen Scholz
	BM Ralf Zimmermann	BM Klaus Warthon

Nach dem Ausscheiden von OB Werner Spec aus Verwaltungsrat zum 31.08.2019, wurde am 21.11.2019 OB Dr. Matthias Knecht als Nachfolger gewählt.

Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg ist mit 14,3 % (EUR 7.143) am Stammkapital der Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS GmbH) beteiligt.

Vertreter des Zweckverbandes in den Gremien der GRS GmbH sind:

GRS GmbH	
Aufsichtsrat	**Stv. Aufsichtsrat**
Oberbürgermeister Michael Makurath	Bürgermeister Ralf Zimmermann
Bürgermeister Thomas Schäfer	Bürgermeister Torsten Bartzsch
Gesellschafterversammlung	ZV Vorsitzender Landrat Dr Rainer Haas

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Kommunen:
Der Kooperationspartner Telekom hat im Jahr 2019 in den Kommunen Ditzingen und Heimerdingen den Glasfaserausbau für die Privathaushalte gestartet.

Gewerbegebiete:
Ausgebaut wurden im Jahr 2019 Gewerbegebiete in Remseck, Erligheim, Schwieberdingen, Korntal-Münchingen, Ditzingen, Steinheim, Besigheim.

Schulen:
Eine Markterkundung für den Landkreis wurde gestartet, um den Breitbandausbau der Schulen voranzutreiben. Insgesamt konnten 30 Förderanträge, mit einem Gesamtvolumen i.H.v. EUR 6.200.000, gestellt werden. Die Ausschreibungen für diese Vorhaben sollen im Jahr 2021 erfolgen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Zum Stichtag 31.12.2019 hatte der Zweckverband Kreisbreitband keine eigenen Mitarbeiter. Drei Mitarbeiter des Landkreises wurden zum Zweckverband abgeordnet.

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt EUR 616.893.

Das Vermögen des Zweckverbands besteht im Wesentlichen aus der Beteiligung an der GRS GmbH (EUR 7.143) sowie aus Guthaben bei Kreditinstituten (EUR 609.611).

Das Gesamtkapital besteht im Wesentlichen aus Eigenmitteln. Die Eigenkapitalquote, das heißt der Anteil des Eigenkapitals (EUR 586.259) am Gesamtkapital auf der Passivseite der Bilanz (EUR 616.893), beträgt 95,0 %. Die Fremdmittel setzen sich aus kurzfristigen Rückstellungen, insbesondere für ausstehende Rechnungen und Jahresabschlusserstellung sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zusammen.

Es wurden weder Kredite für Investitionen noch Kassenkredite aufgenommen.

Ertragslage

Die Umlagen in Höhe von EUR 406.170 wurden von dem Landkreis Ludwigsburg für neun Monate des Jahres 2019 angefordert. Der Wirtschaftsplan 2019 wurde in der Annahme erstellt, dass die Kosten für Personal und Raumkosten vom Zweckverband selbst getragen werden. Da sowohl das Personal als auch die Räumlichkeiten von Landkreis Ludwigsburg jedoch unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, weist die Bilanz zum 31. Dezember 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 278.835 aus.

Die im Wirtschaftsplan angesetzten Zuwendungen für die GRS GmbH wurden aufgrund der geänderten Ausgabensituation nicht angefordert.

Die jährlich angeforderten Mittel, die am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbraucht wurden, sind in Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern wahlweise an den Landkreis Ludwigsburg zurückzuerstatten oder für die Deckung künftiger Kosten zu verwenden. Es wurde einvernehmlich beschlossen, die überschüssigen Mittel nicht dem Landkreis Ludwigsburg zu erstatten, sondern zur Deckung zukünftigen bereits geplanten Projekten zu verwenden.

Des Weiteren wurden Einnahmen aus einer Verwaltungsleihe erzielt.

Personalaufwand

Das benötigte Personal wird dem Zweckverband vom Landkreis Ludwigsburg unentgeltlich zur Verfügung gestellt, sodass entgegen des Planansatzes keine Personalkosten entstanden sind.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Aufwendungen:
Die Umlage an die Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS), Stuttgart, wurde im Wirtschaftsplan ungekürzt auf Basis von 12 Monaten angesetzt. Da sich die GRS im Jahr 2019 noch in der Aufbauphase befand, wurde die Umlage in Höhe von EUR 142.800 nur zur Hälfte (EUR 71.400) abgerufen.

Die Aufwendungen für Rechts- und Fördermittelberatung umfassen die Rechtsberatung der Wurster Weiss Kupfer Rechtsanwälte Partnerschaft mbB für die Projektberatung und diverse Beratungstätigkeiten der Firma Geo Data GmbH. Hinzu kommen die steuerliche Beratung sowie Kosten für die laufenden Buchhaltung und die Erstellung des Jahresabschlusses durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Die weiteren angefallenen Kosten beziehen sich auf verschiedene Werbemaßnahmen, diverse Bürokosten sowie Kosten für Fortbildungen.

Raumkosten wurden entgegen des Planansatzes vom Landkreis Ludwigsburg nicht weiteberechnet.

Ausblick

Der Zweckverband finanziert sich in den ersten 8 Jahren ausschließlich über die Zuweisungen des Landkreises Ludwigsburg.

Da der Zweckverband in der Hauptsache koordinierende und keine investiven Aufgaben wahrnimmt, ist die Ausgabenseite weitestgehend absehbar und kalkulierbar. Der größte Unsicherheitsfaktor ist derzeit die Stabilität der Umlage an die Gigabit Region Stuttgart GmbH, da diese Position die größte Ausgabe ist und schwankend sein kann. Auch hinsichtlich der Kosten für externe Beratung ist gerade in den Anfangsjahren noch ein gewisser Unsicherheitsfaktor vorhanden. Hier tritt der Zweckverband als Dienstleister für die Kommunen auf und unterstützt die Kommunen bei vergabe-, förder-, wettbewerbs- und beihilferechtlichen Fragestellungen.

Im Dezember 2020 wird in der Verbandsversammlung die rollierende Ausbauplanung für die Jahre 2021/2022 verabschiedet.
Alle Berufsschulen des Landkreises werden bis Jahresende 2020 mit einem Glasfaseranschluss versorgt.

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite

	31.12.2019 €	31.12.2018 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	151.347,38	82
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	285.846,74	402
2. Einbauten in fremden Grundstücken	531.447,26	708
3. Technische Anlagen und Maschinen	13.756.636,04	13.955
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	674.042,04	548
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	229.484,98	280
	15.477.457,06	15.893
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	12.500,00	13
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68.825,74	59
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.099.457,86	1.077
2. Forderungen gegen Gesellschafter	7.798.156,15	9.295
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	582.548,45	1.073
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.077.729,91	6
	10.557.892,37	11.451
III. Guthaben bei Kreditinstituten	15.015.902,59	14.289
C. Rechnungsabgrenzungsposten	254.066,56	188
	41.537.991,70	41.975

Passivseite

	31.12.2019 €	31.12.2018 T€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	102.260,00	102
II. Gewinnvortrag	19.864,23	97
III. Jahresüberschuss	16.942,02	6.423
	139.066,25	6.622
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	1.143
2. Sonstige Rückstellungen	29.868.552,04	21.829
	29.868.552,04	22.972
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.585.054,66	2.884
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	7.124.493,38	8.607
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.820.825,37	890
	11.530.373,41	12.381
	41.537.991,70	41.975

Anlage 2

Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019 (01.01.-31.12.2019)

		2019	2018
		€	€
1.	Umsatzerlöse	44.616.810,64	45.113.749,70
2.	Sonstige betriebliche Erträge	594.671,80	1.032.606,87
		45.211.482,44	46.146.356,57
3.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe	-12.169,06	6.564,30
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen und Aufwendungen für Deponien	22.595.954,87	23.908.896,32
		22.583.785,81	23.915.460,62
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	5.261.369,52	5.017.657,75
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	1.531.144,09	1.428.668,44
		6.792.513,61	6.446.326,19
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.735.100,30	1.683.939,58
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.373.213,64	4.748.118,68
7.	Erträge aus Beteiligungen	100.000,00	0,00
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.081,05	30.000,00
9.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	18.000,00	0,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	324.835,12	301.345,90
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.500.908,56	2.646.789,43
11.	Ergebnis nach Steuern	29.206,45	6.434.376,17
12.	Sonstige Steuern	12.264,43	11.751,43
13.	Jahresüberschuss	16.942,02	6.422.624,74

Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Bilanz vom 31.12.2019

Aktivseite

	31.12.2019 €	31.12.2018 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	174,06	1.218,39
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	418.008,62	1.665,46
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.749.740,50	2.191.227,36
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.453,00	38.098,83
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	163.425,78	135.798,55
	2.378.801,96	2.368.008,59
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.104,90	6.158,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	213.483,98	589.384,76
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.574.286,85	610.483,65
3. Sonstige Vermögensgegenstände	105.148,67	262.802,00
	1.892.919,50	1.462.670,41
III. Guthaben bei Kreditinstituten	3.848.576,85	3.648.114,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	64.422,20	36.195,42
	8.192.825,41	7.521.147,26

Passivseite

	31.12.2019 €	31.12.2018 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	493.475,07	219.890,67
III. Jahresüberschuss	354.168,73	473.584,40
	872.643,80	718.475,07
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	31.057,00	172.918,00
2. Sonstige Rückstellungen	6.132.456,70	4.831.229,32
	6.163.513,70	5.004.147,32
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	83.528,58	175.545,27
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	766.772,29	1.448.235,56
3. Sonstige Verbindlichkeiten	291.792,33	159.046,53
	1.142.093,20	1.782.827,36
D. Rechnungsabgrenzungsposten	14.574,71	15.697,51
	8.192.825,41	7.521.147,26

Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019 (01.01.-31.12.2019)

	2019	2018
	€	€
1. Umsatzerlöse	4.604.323,12	4.643.122,40
2. Sonstige betriebliche Erträge	442.334,88	13.826,96
	5.046.658,00	4.656.949,36
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.211,64	1.821,71
b) Aufwendungen für Deponien	1.227.303,75	180.689,25
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	306.660,63	284.814,75
	1.531.752,74	467.325,71
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	100.800,11	88.067,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	27.774,02	23.780,90
	128.574,13	111.848,27
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	871.473,54	871.384,37
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.014.698,69	2.300.893,69
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54,20	0,56
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.014,44	120.848,24
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	408.198,66	784.649,64
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	53.388,93	310.474,24
11. Ergebnis nach Steuern	354.809,73	474.175,40
12. Sonstige Steuern	641,00	591,00
13. Jahresgewinn	354.168,73	473.584,40

Regionale Klinken Holding RKH GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		0,00	
II. Sachanlagen (Einrichtung und Ausstattung)	369.682,00		448.000,00	
III. Finanzanlagen, hier Beteiligungen	6.375.000,00	**6.744.682,00**	6.375.000,00	**6.823.000,00**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		**362.242,48**		**342.921,96**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.591.244,52		813.555,89	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an den Gesellschafter	4.007,75		1.358,85	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.241.120,93		1.618.206,74	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	87.546,48	**2.923.919,68**	31.426,08	**2.464.547,56**
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		**134.460,60**		**259.511,62**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**1.967,62**		**95,00**
		10.167.272,38		**9.890.076,14**

Passivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	2.247.000,00		2.247.000,00	
II. Kapitalrücklagen	3.166.076,22		3.166.076,22	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	425.713,44		225.887,53	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	18.752,19	**5.857.541,85**	199.825,91	**5.838.789,66**
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	114.000,00		9.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	1.192.000,00	**1.306.000,00**	1.028.000,00	**1.037.000,00**
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		40.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(40.000,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	650.824,26		739.452,29	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(650.824,26)		(739.452,29)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.260,00		1.368,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(1.260,00)		(1.368,00)	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	1.655.440,88		1.824.060,92	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(1.655.440,88)		(1.824.060,92)	
6. Sonstige Verbindlichkeiten	696.205,39		409.405,27	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(696.205,39)	**3.003.730,53**	(409.405,27)	**3.014.286,48**
D. Rechnungsabgrenzungsposten		**0,00**		**0,00**
		10.167.272,38		**9.890.076,14**

Regionale Kliniken Holding RKH GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

		2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1.	Umsatzerlöse	21.776.679,24		20.630.251,55	
2.	Sonstige betriebliche Erträge	77.654,66	**21.854.333,90**	23.776,69	**20.654.028,24**
3.	Materialaufwand und bezogene Leistungen				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.895.318,02		4.998.892,56	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistunge	166.002,68	**5.061.320,70**	127.658,94	**5.126.551,50**
4.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	10.551.095,06		9.894.182,80	
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.404.278,38	**12.955.373,44**	2.162.682,34	**12.056.865,14**
	davon für die Altersversorgung	(707.034,22)		(634.096,38)	
	Zwischenergebnis		**3.837.639,76**		**3.470.611,60**
5.	Abschreibungen auf imm. Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	137.443,91		160.798,61	
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.605.243,04	**3.742.686,95**	3.073.296,46	**3.234.095,07**
	Zwischenergebnis		**94.952,81**		**236.516,53**
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.140,00		2.366,00	
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.867,00		11.689,00	
	davon für Betriebsmittelkredite	(0,00)		(0,00)	
	davon an verbundene Unternehmen	(0,00)	**-3.727,00**	(0,00)	**-9.323,00**
9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		72.473,62		27.367,62
10.	**Ergebnis nach Steuern**		**18.752,19**		**199.825,91**
11.	sonstige Steuern		0,00		0,00
12.	**Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)**		**18.752,19**		**199.825,91**

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		**1.078.926,00**		**899.470,48**
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	183.914.008,47		178.598.230,40	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	10.593.006,51		9.126.007,91	
3. Grundstücke ohne Bauten	817.548,51		817.548,51	
4. Technische Anlagen	16.300.439,96		18.654.092,96	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	37.615.376,80		36.604.708,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.507.706,78	**256.748.087,03**	13.681.405,23	**257.481.993,01**
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.230.967,00		12.230.967,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,00	
3. Beteiligungen	1.001.320,19		30.564,59	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		76.693,79	
5. Sonstige Ausleihungen	0,00	**13.232.287,19**	0,00	**12.338.225,38**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.369.648,76		7.522.498,77	
2. Unfertige Leistungen	4.670.621,82	**12.040.270,58**	6.382.082,55	**13.904.581,32**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.775.456,93		66.374.609,38	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	111.711.524,49		106.395.558,63	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(94.651.344,20)		(83.576.275,12)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	8.712.613,09		9.271.930,55	
davon nach KHEntgG und nach BPflV	(5.420.893,09)		(6.850.210,55)	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.004.154,81		2.904.043,01	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	989.996,01		69.122,80	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände	1.352.443,67	**194.546.189,00**	867.579,62	**185.882.843,99**
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		**17.562.398,50**		**9.237.787,58**
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		**20.003.686,87**		**19.918.841,87**
D. Rechnungsabgrenzungsposten		**588.098,25**		**351.265,37**
		515.799.943,42		**500.015.009,00**

Passivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5.500.000,00		5.500.000,00	
II. Kapitalrücklagen	19.819.167,26		19.819.167,26	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.025.219,89		520.310,84	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-813.187,99	**25.531.199,16**	504.909,05	**26.344.387,15**
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	96.196.143,12		96.754.433,71	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Han	109.898.160,20		108.557.265,50	
davon Gesellschafter	(99.404.921,19)		(97.977.007,84)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	243.988,00	**206.338.291,32**	318.824,00	**205.630.523,21**
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	152.000,00		151.000,00	
2. Steuerrückstellungen	466.900,00		557.900,00	
3. Sonstige Rückstellungen	24.814.199,24	**25.433.099,24**	27.672.000,00	**28.380.900,00**
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	143.374.931,56		143.610.506,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(13.771.072,07)		(21.838.156,35)	
2. Erhaltene Anzahlungen	25.083,99		1.875,37	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(25.083,99)		(1.875,37)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.268.775,96		13.363.879,81	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(12.268.775,96)		(13.363.879,81)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	80.691.465,59		49.341.781,74	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(80.691.465,59)		(49.341.781,74)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	7.824.584,00		4.775.078,74	
davon nach KHEntgG und nach BPflV	(1.842.008,13)		(1.811.347,93)	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(7.092.093,85)		(4.190.843,88)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	491.546,63		509.556,10	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(491.546,63)		(509.556,10)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	2.932.726,48		10.713.507,99	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(2.932.726,48)		(10.713.507,99)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	241.743,04		280.167,55	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(241.743,04)		(280.167,55)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten	10.481.166,74	**258.332.023,99**	16.432.841,62	**239.029.194,92**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(10.481.166,74)		(16.432.841,62)	
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		**138.378,00**		**272.077,00**
F. Rechnungsabgrenzungsposten		**26.951,71**		**357.926,72**
		515.799.943,42		**500.015.009,00**
G. Haftungsverhältnisse durch Bürgschaften		306.755,13		306.755,13

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	262.799.011,81		256.632.483,07	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	11.568.458,15		11.351.903,26	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen d. Krankenhauses	28.983.837,49		25.385.654,94	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	6.840.198,70		7.650.575,99	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB sow eit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	57.117.430,85	**367.308.937,00**	54.333.232,96	**355.353.850,22**
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(199.100,20)		(749.149,02)	
5. Erh./Vermind. der Bestände an unfertigen Leistungen	-101.831,03		780.938,56	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	350.334,47		206.786,39	
7. Zuw eisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, sow eit nicht unter Nr. 11	1.906.832,16		1.870.732,73	
8. Sonstige betriebliche Erträge	13.038.153,22	**382.502.425,82**	9.985.734,14	**368.198.042,04**
9. Personalaufw and				
a) Löhne und Gehälter	172.784.242,63		166.690.344,06	
b) Soziale Abgaben und Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung	44.197.785,47		42.076.658,01	
davon für die Altersversorgung	(14.015.450,59)		(13.512.881,08)	
10. Materialaufw and				
a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	78.346.786,82		75.965.296,57	
b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	33.537.179,44	**328.865.994,36**	29.697.131,08	**314.429.429,72**
Zwischenergebnis		**53.636.431,46**		**53.768.612,32**
11. Erträge aus Zuw endungen zur Finanzierung von Investitionen	14.657.048,86		9.082.236,92	
davon Fördermittel nach dem KHG	(14.657.048,86)		(9.082.236,92)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	84.845,00		246.959,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuw endungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	20.881.018,43		20.249.359,01	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darl.-Förderung	133.699,00		205.913,00	

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
15. Aufw endungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuw endungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	13.555.679,36		9.468.004,96	
16. Aufw endungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	1.048.824,80	**21.152.107,13**	101.784,24	**20.214.678,73**
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	25.190.455,63		24.380.635,37	
18. Sonstige betriebliche Aufw endungen	49.887.918,06	**75.078.373,69**	48.147.526,69	**72.528.162,06**
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(289.114,76)		(9.719,51)	
Zwischenergebnis		**-289.835,10**		**1.455.128,99**
19. Erträge aus Beteiligungen	750.000,00		660.000,00	
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	864,94		5.368,56	
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.463.644,90		1.783.009,49	
davon aus verbundenen Unternehmen	(13.638,31)		(0,00)	
21. Zinsen und ähnliche Aufw endungen	2.434.616,90	**-220.107,06**	3.026.839,03	**-578.460,98**
davon für Betriebsmittelkredite	(232.132,29)		(192.181,62)	
davon an verbundene Unternehmen	(40.216,13)		(119.801,32)	
22. Steuern	303.246		371.759	
davon vom Einkommen und vom Ertrag	(169.064,45)		(249.877,59)	
23. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		**-813.187,99**		**504.909,05**

Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		4.618,00		7.283,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	54.740.513,77		49.160.456,35	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	1.369.292,65		1.473.124,65	
3. Grundstücke ohne Bauten	131.601,59		131.601,59	
4. Technische Anlagen	3.297.961,00		3.693.923,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	7.050.136,08		7.187.735,35	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	481.191,19	67.070.696,28	4.925.108,42	66.571.949,36
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	89.819,10		26.000,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,00	
3. Beteiligungen	4.557,25		4.450,00	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
5. Sonstige Ausleihungen	0,00	94.376,35	0,00	30.450,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	910.415,69		815.877,13	
2. Unfertige Leistungen	357.771,39	1.268.187,08	680.811,26	1.496.688,39
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.048.470,79		9.692.091,63	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(866.498,47)		(714.311,66)	
2. Forderungen an Gesellschafter	356.529,27		8.942.198,13	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.575.224,71		1.593.126,41	
davon nach KHEntgG und nach BPflVo	(1005.224,71)		(23.126,41)	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	880.733,74		809.882,44	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände	5.817.426,14	20.678.384,65	1.008.032,44	22.045.331,05
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		653.921,61		680.535,95
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		436.511,20		436.511,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten		24.107,66		31.189,54
		90.230.802,83		**91.299.938,49**

Passivseite	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	4.545.100,00		4.545.100,00	
II. Kapitalrücklagen	3.850.443,66		3.850.443,66	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	4.349.953,24		4.906.600,34	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-2.318.851,27	10.426.645,63	-556.647,10	12.745.496,90
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	21.791.370,00		23.706.291,12	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	194.981,00		211.226,00	
davon Gesellschafter	(0,00)		(0,00)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	79.097,00	22.065.448,00	83.987,00	24.001.504,12
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00		0,00	
2. Steuerrückstellungen	35.000,00		40.000,00	
3. Sonstige Rückstellungen	3.367.500,00	3.402.500,00	3.281.886,00	3.321.886,00
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.049.288,60		43.820.877,53	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(2.149.959,36)		(4.997.421,93)	
2. Erhaltene Anzahlungen	65.087,98		93.354,49	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(65.087,98)		(93.354,49)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.113.818,89		2.512.732,87	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(3.113.818,89)		(2.512.732,87)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	7.165.239,20		581.459,17	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(7.165.239,20)		(581.459,17)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	192.797,62		2.093.957,86	
davon nach KHEntgG und nach BPflVo	(128.496,95)		(1.751.145,11)	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(192.797,62)		(2.093.957,86)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	106.198,54		305.659,15	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(106.198,54)		(305.659,15)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten	1.642.339,73	54.334.770,56	1.800.411,24	51.208.452,31
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(1.642.339,73)		(1.800.411,24)	
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		0,00		0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.438,64		22.599,16
		90.230.802,83		**91.299.938,49**

Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

		2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1.	Erlöse aus Krankenhaus-leistungen	53.657.053,29		51.970.028,95	
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	5.023.098,73		4.863.797,55	
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.179.519,95		1.851.060,17	
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	527.162,72		446.159,33	
4a.	Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB sow eit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	7.058.584,72	**68.445.419,41**	6.328.644,26	**65.459.690,26**
	davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(1.803,12)		(0,00)	
5.	Erhöh./Verminderung der Bestände an unfertigen Leistungen	-323.039,87		197.222,27	
6.	Andere aktivierte Eigenleistungen	96.911,88		27.184,34	
7.	Zuw eisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, sow eit nicht unter Nr. 11	145.983,05		130.583,24	
8.	Sonstige betriebliche Erträge	209.429,21	**68.574.703,68**	324.140,81	**66.138.820,92**
9.	Personalaufw and				
	a) Löhne und Gehälter	29.248.852,70		28.463.089,18	
	b) Soziale Abgaben und Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.534.726,09		6.216.948,00	
	davon für die Alters-versorgung	(2.025.404,85)		(1.926.670,61)	
10.	Materialaufw and				
	a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.905.002,63		15.151.957,57	
	b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	4.482.117,77	56.170.699,19	3.909.527,88	53.741.522,63
	Zw ischenergebnis		**12.404.004,49**		**12.397.298,29**

11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	787.393,52		6.579.711,36	
davon Fördermittel nach dem KHG	(787.393,52)		(6.579.711,36)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0,00		0,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.637.302,46		2.328.123,01	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00		0,00	
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	427.436,97		6.246.454,45	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	361.418,55	2.635.840,46	333.290,91	2.328.089,01
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.042.449,59		4.810.187,97	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.531.162,39	16.573.611,98	9.651.135,86	14.461.323,83
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(0,00)		(129.775,77)	
Zwischenergebnis		**-1.533.767,03**		**264.063,47**
19. Erträge aus Beteiligungen	198.532,59		0,00	
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlageverm	0,00		0,00	
21. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41.611,25		127.384,86	
davon aus verbundenen Unternehmen	(1.343,95)		(7.450,22)	
22. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	830.960,34	-590.816,50	861.014,82	-733.629,96
davon für Betriebsmittelkredite	(6.723,96)		(14.364,38)	
davon an verbundene Unternehmen	(13.638,31)		(56,23)	
23. Steuern	194.267,74		87.080,61	
davon vom Einkommen und vom Ertrag	(181.670,15)		(74.906,11)	
24. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		**-2.318.851,27**		**-556.647,10**

Ortema GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		**8.045,00**		**18.094,00**
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	803.651,00		600.566,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	**803.651,00**	0,00	**600.566,00**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	798.882,95		766.324,12	
2. Unfertige Leistungen	431.579,93	**1.230.462,88**	260.866,38	**1.027.190,50**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.721.449,86		1.648.812,66	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	77.879,64		20.560,04	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	79.181,84		90.329,24	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	268,58	**1.878.779,92**	1.852,96	**1.761.554,90**
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		**143.952,38**		**128.007,00**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**17.300,01**		**25.248,88**
		4.082.191,19		**3.560.661,28**
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00		26.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.414.322,89		1.443.782,21	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	98.532,59	**1.538.855,48**	169.073,27	**1.638.855,48**
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	94.058,00		49.407,00	
2. Sonstige Rückstellungen	822.572,00	**916.630,00**	566.219,00	**615.626,00**
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	433.818,27		101.509,79	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(110.618,27)		(65.000,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	347.255,73		222.155,54	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(347.255,73)		(222.155,54)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	516.880,55		624.719,23	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(516.880,55)		(624.719,23)	
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	188.826,53		246.303,75	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(188.826,53)		(246.303,75)	
7. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
8. Sonstige Verbindlichkeiten	116.161,33	**1.602.942,41**	93.530,54	**1.288.218,85**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(116.161,33)		(93.530,54)	
E. Rechnungsabgrenzungsposten		**23.763,30**		**17.960,95**
		4.082.191,19		**3.560.661,28**

Ortema GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	17.416.605,78		16.387.206,82	
2. Bestandserhöhung unfertige Leistungen	170.713,55		11.958,46	
3. Sonstige betriebliche Erträge	200.749,67	**17.788.069,00**	38.227,16	**16.437.392,44**
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	7.905.851,58		7.223.431,63	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.593.426,10		1.458.610,35	
davon für die Alters-versorgung	(187.606,79)		(165.331,09)	
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.119.902,10		4.001.450,67	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	68.349,97	**13.687.529,75**	77.463,20	**12.760.955,85**
Zwischenergebnis		**4.100.539,25**		**3.676.436,59**
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände des Anlagever-mögens und Sachanlagen	182.137,15		163.887,16	
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.756.047,64	**3.938.184,79**	3.245.765,81	**3.409.652,97**
Zwischenergebnis		**162.354,46**		**266.783,62**
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.973,65		3.935,37	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.810,80	**-837,15**	9.523,75	**-5.588,38**
davon für Betriebs-mittelkredite	(0,00)		(0,00)	
davon verbundene Unternehmen	(1.343,95)		(7.450,22)	
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		**62.117,72**		**91.192,97**
11. Ergebnis nach Steuern		**99.399,59**		**170.002,27**
12. sonstige Steuern		**867,00**		**929,00**
13. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		**98.532,59**		**169.073,27**

Kliniken Service GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		**0,00**		**0,00**
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	223.258,00		177.771,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	**223.258,00**	0,00	**177.771,00**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	143.213,19		0,00	
2. Unfertige Leistungen	0,00	**143.213,19**	0,00	**0,00**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.461,36		13.829,05	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	1.118.608,28		642.607,11	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	182.489,63		75.468,93	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	5.026,85	**1.331.586,12**	999,32	**732.904,41**
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		**654.917,15**		**1.000.943,08**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**6.087,68**		**26,83**
		2.359.062,14		**1.911.645,32**
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	901.768,27		666.353,19	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	209.830,53	**1.136.598,80**	235.415,08	**926.768,27**
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	15.000,00		13.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	402.000,00	**417.000,00**	466.500,00	**479.500,00**
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.677,44		50.667,88	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(59.677,44)		(50.667,88)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	496.130,07		120.739,94	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(496.130,07)		(120.739,94)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	26.478,42		53.748,64	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(26.478,42)		(53.748,64)	
5. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Sonstige Verbindlichkeiten	223.177,41	**805.463,34**	280.220,59	**505.377,05**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(223.177,41)		(280.220,59)	
davon aus Steuern	(76.175,14)		(147.354,07)	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		**0,00**		**0,00**
		2.359.062,14		**1.911.645,32**

Kliniken Service GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	19.384.785,20		18.459.175,40	
2. Sonstige betriebliche Erträge	39.823,37		21.994,57	
		19.424.608,57		**18.481.169,97**
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	740.836,19		711.873,08	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	68.243,90		37.113,12	
		-809.080,09		**-748.986,20**
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	10.520.103,81		9.682.480,16	
b) Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.238.370,41		2.031.829,57	
davon für die Altersversorgung	(159.810,99)	**-12.758.474,22**	(154.787,05)	**-11.714.309,73**
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	40.152,20		35.862,10	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.519.844,70		5.648.562,85	
		-5.559.996,90		**-5.684.424,95**
Zwischenergebnis		**297.057,36**		**333.449,09**
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		141,14	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		0,00	
davon für Betriebsmittelkredite	(0,00)		(0,00)	
		0,00		**141,14**
9. Steuern	87.154,00		98.155,98	
10. Ergebnis nach Steuern		**209.903,36**		**235.434,25**
11. Sonstige Steuern	72,83		19,17	**0,00**
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		**209.830,53**		**235.415,08**

MVZ Klinikum Ludwigsburg GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		**0,00**		**8.108,15**
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	0,00		0,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		0,00	
2. Unfertige Leistungen	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	593.738,47		1.352.985,67	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	15.693,46		13.042,24	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	18.506,98		9.697,32	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	**627.938,91**	0,00	**1.375.725,23**
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		**1.236.458,73**		**634.930,00**
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung		**0,00**		**0,00**
D. Rechnungsabgrenzungsposten		**163,07**		**0,00**
		1.864.560,71		**2.018.763,38**
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	571.877,75		492.720,79	
IV. Bilanzgewinn	108.081,44	**704.959,19**	79.156,96	**596.877,75**
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	251.000,00	**251.000,00**	308.500,00	**308.500,00**
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	170.153,68		710.681,13	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(170.153,68)		(710.681,13)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	557.532,09		297.042,16	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(557.532,09)		(297.042,16)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	42.568,15		21.677,55	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(42.568,15)		(21.677,55)	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	138.347,60	**908.601,52**	83.984,79	**1.113.385,63**
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(138.347,60)		(83.984,79)	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		**0,00**		**0,00**
		1.864.560,71		**2.018.763,38**

MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (01.01.-31.12.2019)

	2019 €	2019 €	2018 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	5.141.549,24		3.851.283,21	
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.029,27	5.143.578,51	4.989,03	3.856.272,24
3. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	1.371.907,25		1.281.622,14	
b) Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	99.524,68	1.471.431,93	86.877,36	1.368.499,50
davon für die Altersversorgung	(0,00)		(0,00)	
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.319,19		13.803,36	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.549.356,41	1.566.675,60	794.454,81	808.258,17
Zwischenergebnis		**2.105.470,98**		**1.679.514,57**
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.108,15		27.800,04	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.489.281,39	1.497.389,54	1.372.557,57	1.400.357,61
Zwischenergebnis		**608.081,44**		**279.156,96**
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		0,00	
davon Gesellschafter	(0,00)		(0,00)	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
davon für Betriebsmittelkredite	(0,00)		(0,00)	
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00		0,00
11. Ergebnis nach Steuern		**608.081,44**		**279.156,96**
12. sonstige Steuern		0,00		0,00
13. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		**608.081,44**		**279.156,96**
14. Gewinnausschüttung Gesellschafter		500.000,00		200.000,00
15. Bilanzgewinn		108.081,44		79.156,96

RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH

Bilanz zum 31.12.2019

	31.12.2019 €	31.12.2019 €	12.05.2019 €	12.05.2019 €
Aktivseite				
A. Umlaufvermögen				
I. Forderungen an Gesellschafter (davon aus Einforderung Stammkapital: € 0,00; 12.05.2019: T€ 25)	0,00		25.000,00	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.897,97	**24.897,97**	0,00	**25.000,00**
		24.897,97		**25.000,00**
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	25.000,00		25.000,00	
II. Jahresfehlbetrag	-5.102,03	**19.897,97**	0,00	**25.000,00**
B. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen	5.000,00	**5.000,00**	0,00	**0,00**
		24.897,97		**25.000,00**

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (13.05.-31.12.2019)

	Rumpfgeschäftsjahr vom 13.05.2019 - 31.12.2019 €	€
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.102,03	5.102,03
2. Jahresfehlbetrag		**5.102,03**

RKH Privatkliniken GmbH

Bilanz zum 31.12.2019

	31.12.2019 €	31.12.2019 €	12.05.2019 €	12.05.2019 €
Aktivseite				
A. Umlaufvermögen				
I. Forderungen an Gesellschafter (davon aus Einforderung Stammkapital: € 0,00; 12.05.2019: T€ 25)	0,00		25.000,00	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.897,97	**24.897,97**	0,00	**25.000,00**
		24.897,97		**25.000,00**
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	25.000,00		25.000,00	
II. Jahresfehlbetrag	-5.102,03	**19.897,97**	0,00	**25.000,00**
B. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen	5.000,00	**5.000,00**	0,00	**0,00**
		24.897,97		**25.000,00**

Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 (13.05.-31.12.2019)

	Rumpfgeschäftsjahr vom 13.05.2019 - 31.12.2019 €	€
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.102,03	5.102,03
2. Jahresfehlbetrag		**5.102,03**

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften anhand der nachfolgenden Finanzkennzahlen analysiert:

- Eigenkapitalquote in % = $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

  Das Eigenkapital setzt sich aus dem Grundkapital (gezeichnetem Kapital), den offen angesammelten Rücklagen, dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, dem Jahresüberschuss und der Hälfte der langfristigen Rückstellungen (in der Regel für Pensionsverpflichtungen) zusammen.

  Die Eigenkapitalquote stellt den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme des Unternehmens dar.

- Anlagendeckung I in % = $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

  Anlagendeckung II in % = $\frac{\text{Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

  Die Anlagendeckung sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen (im Wesentlichen Grundstücke, Gebäude, Maschinen, langfristige Forderungen und Beteiligungen) durch Eigenkapital und durch langfristiges Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert ist.

- Liquiditätsgrad in % = $\frac{\text{Flüssige Mittel + Kurzfristige Forderungen}}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100$

  Als Liquidität wird die Fähigkeit eines Unternehmens bezeichnet, fällige Zahlungen termingerecht zu leisten.

  Der Liquiditätsgrad zeigt, in welchem Prozentsatz kurzfristige Verbindlichkeiten durch liquide Mittel und kurzfristige Forderungen abgedeckt sind.